

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Werner Müller

Die DDR und der Bau der Berliner Mauer  
im August 1961

Hans Georg Lehmann

Mit der Mauer leben?

Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel

Gerd Langguth

Innerdeutsche und internationale Aspekte  
der Berlin-Politik

B 33-34/86

16. August 1986

Werner Müller, Dr. phil. habil., geb. 1946; Privatdozent für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

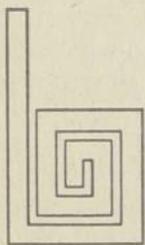
Veröffentlichungen u. a.: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M.–New York 1979; Der Transformationsprozeß der SED, in: H. Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Köln 1982; Zur Entwicklung des FDGB nach 1945, in: E. Matthias/K. Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde, Bonn 1984; Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Krise, Habilitationsschrift, Ms., Mannheim 1985.

Hans Georg Lehmann, Dr. phil., geb. 1935; Studium der Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Rechtswissenschaft in München und Tübingen; 1966–1974 im Auswärtigen Amt in Bonn; seit 1977 Dozent für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Rheinland; seit 1980 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Bücherveröffentlichungen: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970; (Mithrsg.) Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie E, 4 Bde., Göttingen 1969–1975; Der Reichsverweser-Stellvertreter. Horthys gescheiterte Planung einer Dynastie, Mainz 1975; In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976; Carlo Schmid Bibliographie, Bonn 1977; Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979; (Hrsg.) Die Europäische Integration in der interdisziplinären Lehrerbildung, Bonn 1981; Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1983, München 1983; Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984; Nationalsozialistische und akademische Ausbürgerung im Exil. Warum Rudolf Breidscheid der Dokortitel aberkannt wurde, Marburg 1985; Chronik der DDR 1945/49–1986, München 1986. Zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.

Gerd Langguth, Dr. phil., geb. 1946; Politikwissenschaftler; seit Januar 1986 Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretär beim Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten von Berlin.

Veröffentlichungen (u. a.): Jugend ist anders — Portrait einer jungen Generation, Freiburg–Basel–Wien 1983; Protestbewegung — Entwicklung, Niedergang, Renaissance — Die neue Linke seit 1968, Köln 1984; Der grüne Faktor — Von der Bewegung zur Partei?, Zürich 1985; The Green Factor in German Politics, Boulder (Col.)–London 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die DDR und der Bau der Berliner Mauer im August 1961

## I. Einleitung

Den Zeitgenossen in der Bundesrepublik wird der Bau der Berliner Mauer vor nunmehr 25 Jahren vornehmlich als ein Ereignis in Erinnerung sein, das eine an Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit gemahnende Reaktion westlicher Politiker, vor allem der damaligen Bundesregierung, aber auch der USA, offenbarte. Die Abriegelung West-Berlins demonstrierte nachdrücklich das Scheitern aller Versuche, eine deutsche Wiedervereinigung auf dem Weg der „Politik der Stärke“ zu erreichen. Schon dieses Faktum rechtfertigt es zweifellos, von einer tiefgreifenden Zäsur zu sprechen<sup>1)</sup>.

Interpretiert man den Kalten Krieg der Nachkriegszeit als politische, propagandistische und nicht zuletzt wirtschaftliche Aktivitäten beider Weltmächte, die seit 1948 verfestigten „Einflusssphären“ in Frage zu stellen, also selbstverständlich auf Kosten des jeweils anderen zu erweitern, so stellt das Ende der Berlin-Krise mit dem Bau der Mauer, mehr noch als die Kuba-Krise im Folgejahr, das definitive Ende dieser Phase dar. Die Teilung Berlins, die Abriegelung der Westsektoren im August 1961, bedeutet auf beiden Seiten der Fronten des Kalten Krieges die endgültige Akzeptanz des „Systems von Jalta“, die Unver-

meidbarkeit einer Politik, die die Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa voraussetzte.

Trotz aller verbal und propagandistisch artikulierten Ziele stand freilich die militärische Veränderung der Lage in Mitteleuropa in den Nachkriegsjahren nie ernsthaft auf der Tagesordnung. Um so lautstärker aber wurde auf beiden Seiten eine solche Gefahr beschworen — und die jeweils andere Seite als Urheber und Verantwortlicher benannt. Bekannt und hier weiter keiner Erörterung bedürftig ist, daß die Intentionen der USA auf Eindämmung und Zurückdrängung des Kommunismus gerichtet waren. War deren Politik noch offen und eindeutig auf die Veränderung des Status quo gerichtet, so stellt sich solches für die Sowjetunion und das sich unter ihrer Führung formierende „Weltfriedenslager“ weniger offenkundig dar.

Zumindest für Deutschland wurde indes phasenweise die Beseitigung des imperialistisch-kapitalistischen „Kolonialregimes“ gefordert<sup>2)</sup>. Freilich spiegelte das auch nur eine Phasenverschiebung wider: Als sich die USA — politisch und wirtschaftlich gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen — um die Rekonstruktion eines einheitlichen Weltmarktes außerhalb der sowjetischen Hemisphäre bemühten, in dessen Zentrum die ökonomische Wiederherstellung Westeuropas und zugleich die Integration Westdeutschlands standen, galt die Hauptsorge der Sowjetunion immer noch der wirtschaftlichen Regenerierung, der Überwindung der immensen Kriegsschäden und der administrativ-militärischen Sicherung des sich bildenden eigenen „Lagers“ insgesamt. Zu einer politischen oder gar wirtschaftlichen Offensivstrategie fehlten ihr in den Nachkriegsjahren offenkundig alle wesentlichen Ressourcen.

Dennoch konnte sich im Westen ohne großen Widerspruch das Bild eines auf Expansion gerichteten

<sup>1)</sup> Vgl. Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985, S. 321 ff. Die Literatur zum 13. August ist nicht sehr umfangreich; Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig, *13. August 1961. Die Mauer von Berlin*, hrsgg. von Ilse Spittmann, Köln 1986<sup>2</sup>; anderen Fragestellungen folgt Honoré M. Catudal, *Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in USA, Berlin (West) 1981*; gerade wieder neu vorgelegt wurde: *Der Bau der Mauer durch Berlin. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin*. Faksimilierter Nachdruck der Denkschrift von 1961, hrsgg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986. Für die Literatur der DDR vgl. *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner*, Berlin (Ost) 1981, S. 199 ff.; Gerhard Keiderling/Percy Stulz, *Berlin 1945—1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin*, Berlin (Ost) 1970; Hartmut Mehls/Ellen Mehls, *13. August*, Berlin (Ost) 1979<sup>2</sup>

<sup>2)</sup> Vgl. Ernst Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, Stuttgart 1985<sup>2</sup>, S. 211 ff.

ten sowjetischen Kurses herausbilden und verfestigen, gestützt nicht nur auf die Etablierung „volksdemokratischer“ Regime in den osteuropäischen Staaten, sondern auch auf den Februar-Umsturz in der Tschechoslowakei, die chinesische Revolution und vor allem den Korea-Krieg.

Die gegenseitige Wahrnehmung der beiden Weltmächte als auf Expansion drängend korrelierte in Europa bis 1961 indes mit einer Respektierung der gegen Kriegsende vereinbarten und bis 1948/49 verfestigten Einflußsphären. Beide Hegemonialmächte respektierten den „Besitzstand“ der anderen Seite. Die Sowjetunion war nicht willens oder in der Lage, überall in der ihr zugestandenen Einflußsphäre „volksdemokratische“ Regime zu errichten, wie nicht allein das Beispiel der österreichischen Neutralisierung, sondern vor allem auch Finnlands zeigt. Zugleich wirkten die großen kommunistischen Parteien Westeuropas, so in Frankreich und Italien, keinesfalls einer nationalen Integration entgegen<sup>3)</sup>. Auf der anderen Seite griffen die Westmächte auch nicht ein, als sich in Ost-Berlin und in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956 die bekannten Aufstandsbewegungen entwickelten.

Lediglich Berlin bildete eine Ausnahme. Hier stellten die Sowjetunion und die DDR bis 1961 den Status quo in Frage. Zunächst sei noch einmal darauf verwiesen, daß die Konstruktion der Viermächteverwaltung durch die Alliierte Kommandantur, wie Ende 1944 beschlossen und ab Sommer 1945 realisiert, nur sinnvoll und tragfähig sein konnte, wenn alle Siegermächte die Gemeinsamkeit der Alliierten auch über das Kriegsende hinaus erhalten wollten. Der Konsens über die Viermächteverwaltung Berlins schließt folglich eine Teilungsabsicht in jener Phase aus. Mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges von 1947 an mußte das zum Anachronismus werden. Die zwei größeren Versuche der Sowjetunion, die für ihre welt- und blockpolitische Lage prekäre Situation in Berlin nicht unterhalb der Schwelle einer militärischen Intervention zu verändern, blieben die im Grunde einzigen Beispiele, die „Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“ in Mitteleuropa ohne Konsens umzuformen.

<sup>3)</sup> Freilich übernahmen sie die ideologischen und taktischen Wendungen der sowjetischen Politik. Vgl. u. a. Fernando Claudin, Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform, Bd. 2, Berlin (West) 1978, S. 298 ff.

Schon das allein zeigt die eminente Bedeutung der Berlin-Frage für die sowjetische Politik und damit selbstverständlich auch für die DDR. In der Tat stellten eine offene Grenze und das Faktum von Westsektoren in Berlin permanent den Anspruch der DDR in Frage, ein demokratischer Staat zu sein. Sie verhinderten beständig die wirtschaftliche und auch politische Konsolidierung der DDR, untergruben ihre Legitimationsbemühungen und machten ihre deutschlandpolitischen Initiativen weitgehend wirkungslos. Die Lösung der Berlin-Frage im Sinne der SED mit dem Bau der Mauer entlang der Sektorengrenzen von 1945 war also nichts weniger als eine Existenzfrage für die DDR.

Die aus der Sicht der SED erfolgreiche Abriegelung West-Berlins kann insofern durchaus als „zweite Staatsgründung“ der DDR angesehen werden. Auch in der Historiographie der DDR bildet das Jahr 1961 das Ende einer „Übergangsperiode“<sup>4)</sup>, gleichsam den Abschluß der Konstituierungsphase des Staates. Naturgemäß wird dort der Mauerbau nur als einer unter mehreren Gründen für eine Phasenbildung angesehen; ein Hauptgewicht wird der Durchsetzung „sozialistischer Produktionsverhältnisse“ zugeschrieben<sup>5)</sup>.

Die Vorgeschichte und Konsequenzen des Baus der Berliner Mauer tangieren somit drei für Politik und Selbstverständnis der DDR zentrale Bereiche, die im folgenden vor dem historischen Hintergrund eingehender betrachtet werden sollen:

1. die wirtschaftliche Konsolidierung und die vollständige Umformung des Wirtschaftssystems;
2. die Frage der Legitimationsbildung und -sicherung für das politische System; und
3. die Außenwirkungen des „Modells DDR“, d. h. die Versuche der DDR, auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik einen Anhang, möglichst einen Massenanhang in der Bundesrepublik zu gewinnen — verstand sich doch die DDR bei ihrer Gründung ebenfalls als der „eigentliche“ deutsche Staat, als Kern oder Modell eines zukünftigen Gesamtdeutschlands.

Selbstverständlich ist die Politik der DDR und insbesondere des SED-Chefs Walter Ulbricht, der

<sup>4)</sup> So Rolf Badstübner/Heinz Heitzer (Hrsg.), Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961, Berlin (Ost) 1979.

<sup>5)</sup> Für vieles: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost), S. 378 ff.

noch 1960 zum Vorsitzenden des neugebildeten Staatsrates aufrückte und damit auch formell zum ersten Mann der DDR wurde, ohne die enge Abstimmung mit und ohne die Billigung der Sowjetunion nicht denkbar. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion<sup>6)</sup> bildet gleichsam die Folie, den unverzichtbaren Hintergrund für den Handlungsrahmen der SED-Führung, was keine Interessenidentität in allen Details bedeutet. Vermutlich dominierte in der SED deutlicher und klarer in der gesamten Nachkriegszeit das Bedürfnis der Herrschaftssicherung nach innen<sup>7)</sup>, während die sowjetische Deutschlandpolitik augenscheinlich von dem Interesse getragen war, sich alle Möglichkeiten offenzuhalten. Die sowjetische Politik kann im folgenden nur soweit behandelt werden,

wie sie unmittelbar auf den Aktionsradius der SED-Führung Einfluß nahm.

Eine Betrachtung der Ursachen und Folgen des Mauerbaus aus der Perspektive der DDR darf nicht vergessen machen, daß die DDR nicht, wie sie es selbst gern darstellt<sup>8)</sup>, nur das Opfer eines gegen sie vorwiegend propagandistisch, aber auch durch Sabotage und Abwerbung geführten Kalten Krieges gewesen ist. Sie ist dabei zumindest in gleichem Maße auch aktiv handelnder Teil gewesen; die Instrumente des Kalten Krieges wurden von ihr breit genutzt. Freilich darf nicht übersehen werden, daß ihr aufgrund der schlechteren Ausgangsbedingungen und der geringeren Ressourcen<sup>9)</sup> nur eingeschränkte Chancen offenstanden.

## II. Die Vorgeschichte des Mauerbaus

Schon die erste Berlin-Krise der Jahre 1948 und 1949, die Blockade West-Berlins, zeigte deutlich das Bemühen der Sowjetunion, ganz Berlin in das Herrschafts- und Wirtschaftsgebiet ihrer Besatzungszone einzubeziehen. Die SED-Führung nahm dabei bedingungslos die Position der Sowjetunion ein. Auch daran zeigte sich, daß zumindest nach außen hin die Umformung dieser Partei zu einer ausschließlich an der Sowjetunion orientierten „marxistisch-leninistischen“ Partei zu einem Abschluß gekommen war. Die Blockade Berlins<sup>10)</sup> zeigte die wirtschaftspolitischen Ziele der

SED und ihre auf Legitimationssicherung gerichteten Intentionen. Schließlich kam es im November 1948 zur formellen Spaltung der Stadtverwaltung, als sich unmittelbar vor den turnusgemäß fälligen Wahlen zum Berliner Magistrat am 5. Dezember 1948 im sowjetischen Sektor durch eine von der SED initiierte und getragene Massenversammlung und nach mehreren Demonstrationen ein „demokratischer Magistrat“ unter dem Vorsitz von Friedrich Ebert (SED) bildete. Ohne Wahlen konstituiert, erhob er gleichwohl den Anspruch, für ganz Berlin zu sprechen, zudem wurden die schon anberaumten Parlamentswahlen im Ostsektor unterbunden. Mit der Parole „Berlin hat schon gewählt“ sollte der Konstituierung des Separat-Magistrats durch eine Massenversammlung eine demokratische Legitimation gesichert werden.

Der Ausbruch der Krise 1948 zeigte bereits ihre wirtschaftspolitische Dimension. Die sowjetische Besatzungsmacht und die SED forderten vehement nach den getrennten Währungsreformen in West und Ost die Einbeziehung ganz Berlins in das Währungsgebiet der sowjetischen Zone. Die westlichen Alliierten untersagten freilich die Einführung der Ost-Währung in die Westsektoren; damit war die wirtschaftliche Spaltung Berlins unübersehbar geworden. Augenscheinlich war in weiten Teilen der SED-Führung die Erwartung weit verbreitet, die Westmächte würden die Westsektoren im Laufe der Blockade räumen und ganz Berlin an das sowjetische Besatzungsgebiet fallen

<sup>6)</sup> Eine neuere Untersuchung der Deutschlandpolitik der Sowjetunion fehlt. Für die erste Phase vgl. die knappe Skizze von Alexander Fischer, Die Sowjetunion und die „deutsche Frage“ 1945—1949, in: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945—1949, Berlin (West) 1984, S. 41. — Völlig apologetisierend ist dagegen die Studie von V. N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945—1976, Berlin (Ost) 1977.

<sup>7)</sup> So das recht überzeugende Ergebnis der Studie von Hans-Joachim Spanger, Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982.

<sup>8)</sup> Vgl. Eberhard Heinrich/Klaus Ullrich, Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR, Berlin (Ost) 1981; Hans Teller, Der kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961, Berlin (Ost) 1979.

<sup>9)</sup> So für vieles Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (Ost) 1979.

<sup>10)</sup> Anschaulich beschrieben bei Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik, München 1984, S. 9 ff. Für die Sichtweise der DDR, die eine „Blockade“ in Abrede stellt, vgl. Gerhard Keiderling, Die Berliner Krise 1948/49, Berlin (Ost) 1982.

lassen. Dieter Borkowski berichtet von entsprechenden Äußerungen Karl Schirdewans, Ernst Wollwebers und Ottomar Geschkes<sup>11)</sup>. Schirdewan, später Mitglied des SED-Politbüros und faktisch Stellvertreter Ulbrichts, war zu dieser Zeit Leiter der „Westkommission“ im Zentralsekretariat der SED; Wollweber, später Minister für Staatssicherheit der DDR, war Generaldirektor des Schifffahrtswesens; Geschke hatte 1945 dem Zentralkomitee der KPD angehört und war stellvertretender Vorsteher der 1946 gewählten Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. Es erscheint also kaum angebracht, diese Erwartungen als private Meinungen einzelner Funktionäre abzutun.

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 blieb der Problemdruck fehlender wirtschaftlicher Konsolidierung und unzureichender Legitimation des politischen Systems erhalten. Bis zum Jahre 1955 mußte schließlich — aus den deutschlandpolitischen Erwägungen der Sowjetunion<sup>12)</sup> — die gesamte Existenz der DDR als ungesichert gelten. Auf mehreren Außenministerkonferenzen war zwischen den Alliierten intensiv um einen Weg zur Lösung der „deutschen Frage“ gerungen worden. Im Mittelpunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen standen Terminierung und Stellenwert freier Wahlen in ganz Deutschland. Noch 1954 akzeptierte die Sowjetunion die Forderung nach freien Wahlen zu Beginn des Wiedervereinigungsprozesses und nahm damit das mögliche Ende des politischen Systems der DDR zumindest verbal in Kauf. Wieweit jedoch die Sowjetunion tatsächlich zu Konzessionen in der Deutschlandfrage bereit war, ob sie, wie auch kürzlich wieder behauptet<sup>13)</sup>, zu einer tatsächlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis einer parlamentarischen Mehrheitsdemokratie entschlossen war, kann naturgemäß nicht endgültig beantwortet werden. Der Kontext sowjetischer Offerten im Zusammenhang (und damit zur Verhinderung) der Westintegration der Bundesrepublik ist offensichtlich.

<sup>11)</sup> Dieter Borkowski, Für jeden kommt der Tag... Stationen einer Jugend in der DDR, Frankfurt/Main 1983, S. 133 ff.

<sup>12)</sup> Alexander Fischer, Außenpolitische Aktivität bei ungewisser sowjetischer Deutschland-Politik (bis 1955), in: Hans-Adolf Jacobsen/Gert Leptin/Ulrich Scheuner/Eberhard Schulz (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München-Wien 1979, S. 51 ff.

<sup>13)</sup> Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Bonn 1985.

Zugleich betrieb die SED-Führung eine Politik der beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungen, der Anpassung an das sowjetische Modell; die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschloß den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“. Die SED griff zu verschärftem Druck gegenüber privater Industrie und privatem Handel. Der forcierte Aufbau einer Schwerindustrie und die Vernachlässigung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern führten zu einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise, die sich nach einer administrativ verfügbaren Normenerhöhung — faktisch einer Lohnkürzung — in dem bekannten Arbeiteraufstand vom 16. und 17. Juni 1953 entlud<sup>14)</sup>.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR zeigte für die SED ein vierfaches Dilemma auf:

1. demonstrierte er, daß die politische Macht der SED letztlich nur auf der militärischen Präsenz der Sowjetunion beruhte;
2. besaß die SED für den beschleunigten Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ keine ausreichend breite Basis in der Bevölkerung;
3. hatte die Umformung des Wirtschaftssystems nicht zur Konsolidierung, sondern im Gegenteil zur Verschärfung der Krise geführt; und
4. legten die Folgen des Aufstandes offen, daß die SED trotz einer großen Zahl von Verurteilungen Beteiligter nicht über ausreichende Mittel verfügte, um Massenloyalität gegenüber Partei und Staat zu erzwingen.

Die offene Grenze zu West-Berlin wies angesichts der Zahl von mehr als 300 000 Flüchtlingen aus der DDR im Jahre 1953 auf die sehr engen Grenzen staatlicher und politischer Sanktionen hin, die der SED zur Verfügung standen. Letztlich war das nur Ausdruck — vielleicht unvermeidliche Begleiterscheinung — des Prozesses wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Angleichung an das sowjetische Vorbild. Zwar hatte noch Jahre später Willy Brandt als Regierender Bürgermeister wiederholt angegeben, die Verhinderung der Konsolidierung der DDR sei das vornehmste Ziel West-Berliner Politik, aber das konnte niemals überdecken, daß die Ursachen der Krise in der DDR im wesentlichen „hausgemacht“, also Aus-

<sup>14)</sup> Vgl. im einzelnen: 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, hrsgg. von Ilse Spittmann und Karl Wilhelm Fricke, sowie die neu aufgelegte, fast „klassische“ Untersuchung von Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983.

wirkungen der Umbrüche in der DDR und Erscheinungen des Aufbaus eines „volksdemokratischen“ Systems waren.

Die Erlangung der formellen Souveränität der DDR im Jahre 1955 vermochte an dieser Situation zunächst nur wenig zu ändern. Immerhin hatten der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita Chruschtschow, und daran anschließend Walter Ulbricht erklärt, für ein wiedervereinigtes Deutschland seien die „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR nunmehr unverzichtbar. Damit hatten sie zum Ausdruck gebracht, daß nach dem Deutschland-Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik für sie die Konzession freier Wahlen nun hinfällig geworden war<sup>15</sup>).

Die Entwicklung von 1956 an zeigte indes, daß die SED-Führung aus dem Juni-Aufstand Lehren gezogen hatte. Sie bemühte sich gleichzeitig, drei Zielsetzungen nebeneinander zu verfolgen: wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, den politischen und gesellschaftlichen Umformungsprozeß der DDR fortzuführen, aber auch die Arbeiterschaft zu integrieren, zumindest sie an der betrieblichen Basis in Mitwirkungsprozesse einzubeziehen. Den Auftakt dazu bildete die 3. Parteikonferenz der SED im März 1956. Sie befaßte sich im wesentlichen mit Wirtschaftsfragen. Statt der vielfach erwarteten Übernahme der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU beschloß sie mit den Direktiven für einen Fünfjahrplan vor allem die Steigerung des Wirtschaftswachstums. Das sollte auch „die Perspektive für den unaufhaltsamen Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung“ umfassen<sup>16</sup>). Immerhin war zugleich eine bedeutende Steigerung der Konsumgüterproduktion und des Wohnungsbaus vorgesehen.

Daneben wurde den Parteimitgliedern zur Pflicht gemacht, „für die immer engere Verbindung mit

den Werktätigen, für eine strenge Beachtung der Vorschläge und Kritik der Werktätigen und für die ständige Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit“ einzutreten. Diese Hinwendung zu den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit korrelierte jedoch mit dem Anspruch, den „demokratischen Zentralismus“ weiter auszubreiten, indem zentralen Instanzen ein Kontrollrecht über Arbeitsweise und Beschlüsse regionaler und lokaler Gremien eingeräumt wurde. Die noch verbliebenen Reste örtlicher Selbstverwaltungen sollten so eliminiert werden.

Nachdem sich die SED-Führung unter Walter Ulbricht 1957 mit der Ausschaltung der oppositionellen Führungsgruppe um Karl Schirdewan, Ernst Wollweber und Fred Oelßner und der Zerschlagung der intellektuellen Opposition um Wolfgang Harich und Heinz Zöger endgültig stabilisiert hatte, wurden auch die Konturen der angestrebten wirtschaftlichen Gesundung klarer: Verstärkter Kurs eines „sozialistischen Aufbaus“ in der DDR, Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Integration in das östliche Wirtschaftssystem, Verringerung der Abhängigkeiten von der Bundesrepublik und den westlichen Märkten — („Störfreimachung“ hieß das anschließend in Ulbrichts bürokratischer Sprache) — rückten in das Zentrum der SED-Strategie. Immerhin hatten die 1956/57 ausgeschalteten oppositionellen Gruppen nicht zuletzt auch einen langsameren Umformungsprozeß der DDR befürwortet, um die Entfremdung zwischen beiden deutschen Staaten nicht zu forcieren.

Die wirtschaftspolitischen Ziele, die sich die SED setzte, waren durchaus ehrgeizig. Walter Ulbricht forderte auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958: „Die Volkswirtschaft der DDR ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“<sup>17</sup>)

Die verstärkte Orientierung auf den „sozialistischen Aufbau“ brachte nun keine Verlangsa-

<sup>15</sup>) Vgl. die sowjetische Erklärung vom 15. Januar 1955, in: Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945—1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt/Main 1983, S. 478 ff., sowie die Rede Nikita Chruschtschows in Berlin am 26. Juli 1955, in: DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945—1985, hrsgg. von Hermann Weber, München 1986, S. 217 ff.

<sup>16</sup>) Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 5. bis 7. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1956, S. 1025.

<sup>17</sup>) Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 5. Verhandlungstag, Berlin (Ost) 1959, S. 68.

mung, sondern im Gegenteil eine Beschleunigung des Umformungsprozesses der Wirtschaft. Die 3. Parteikonferenz hatte beschlossen, bis zum Ende des von ihr verabschiedeten Fünfjahrplanes den Anteil der Industrieproduktion aus verstaatlichten Betrieben auf über 90 % der gesamten Industrieproduktion zu steigern; eine Förderung des Strukturwandels in der Landwirtschaft kündigte sich an mit der Formulierung, den „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) „alle Unterstützungen zu gewähren, damit sie sich zu mustergültigen sozialistischen Großbetrieben mit einer hohen Marktproduktion entwickeln“<sup>18)</sup>; ähnliches wurde für die „Volkseigenen Güter“ (VEG) formuliert.

Hier sei nur daran erinnert, daß bis zum Bau der Berliner Mauer die Kollektivierung der Landwirtschaft im Sinne der SED erfolgreich abgeschlossen werden konnte. In der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik hat das die übrigen Veränderungen im Wirtschaftssystem der DDR fast verdeckt: Parallel dazu liefen Kampagnen zur Kollektivierung des Handwerks durch Bildung von „Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ (PGH), von denen nicht wenige im Jahre 1972 dann ihrerseits in „Volkseigene Betriebe“ (VEB) überführt wurden. Zugleich gingen die Anteile privater Industriebetriebe und des privaten Handels in der DDR deutlich zurück. Die überwiegende Zahl noch privater Industriebetriebe wurde in „halbstaatliche“ Eigentumsformen überführt — eine Rechtsform, die dem früheren Eigentümer zwar ein sicheres Einkommen garantierte, aber nur den staatlichen Kapitalanteil wachsen ließ, also den privaten Anteilseigner quasi langsam enteignete. So fiel der Anteil rein privater Betriebe an der industriellen Produktion vor dem Bau der Mauer auf weniger als 4 %, der des privaten Einzelhandels auf weniger als 15 %. Dieser Strukturwandel war begleitet von Versuchen, die Arbeiterschaft, vornehmlich die Indu-

striearbeiter, mit dem politischen und dem Wirtschaftssystem zu versöhnen. Durch die Bildung von „Arbeiterkomitees“ in den Jahren 1957/58 suchte die SED Mitwirkungsformen „in der Form institutionalisierter Dialoge auf den verschiedensten Entscheidungsebenen“<sup>19)</sup> zu verwirklichen. Zweifellos stellte das auch eine Reaktion auf die Aufstände in Ungarn und Polen dar. Eine Autonomie der Betriebe stand aus der Sicht des Zentralkomitees der SED niemals zur Debatte, aber immerhin wurde über erweiterte Rechte der Arbeiter, freilich in erster Linie gegenüber „säumigen“ Wirtschaftsfunktionären debattiert. Naturgemäß sollte das letztlich der Stärkung der „führenden Rolle“ der Partei in den Betrieben dienen, stellte zugleich aber auch das Spannungsverhältnis von Aktivierung und Kontrolle, von Herrschaftssicherung und Integration heraus. Die späteren Bemühungen um die Bildung von „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ verdeutlichten dieses hier zutage getretene Spannungsverhältnis von beabsichtigter Mobilisierung der Arbeiter zur Steigerung wirtschaftlicher Effizienz und der Möglichkeit, Gruppeninteressen in partiellen betrieblichen Bereichen zu vertreten.

Die ersten Jahre nach 1956 zeigten eine — wenn auch bescheidene — wirtschaftliche Konsolidierung an. Die verbesserte Versorgung mit Konsumgütern, die Bemühungen der SED, die Alltagsinteressen der Bevölkerungsmehrheit zu wahrzunehmen, und die bis in das Jahr 1958 hinein moderaten deutschlandpolitischen Töne der Partei versöhnten offenkundig weite Teile der Deutschen in der DDR mit dem politischen System oder veranlaßten sie wenigstens zu dessen Tolerierung. Zeitgenössische Umfragen unter Flüchtlingen (!) zeigten z. B. eine deutliche Akzeptanz bestimmter sozialer Errungenschaften in der DDR an, mit der Tendenz, daß eine Mehrheit dieses Personenkreises selbst die Verstaatlichungen der Industrie billigte<sup>20)</sup>.

### III. Die zweite Berlin-Krise seit 1958

Was also setzte dann für die DDR-Führung den Zwang zur „Lösung des Berlin-Problems“ erneut auf die Tagesordnung? Im Juli 1957 hatte die Re-

gierung der DDR durch ihren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl den Plan für einen deutschen

<sup>18)</sup> Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz (Anm. 16), S. 1030.

<sup>19)</sup> Dietrich Staritz, Die „Arbeiterkomitees“ der Jahre 1956/58. Fallstudie zur Partizipations-Problematik in

der DDR, in: Der X. Parteitag der SED. 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz. Vierzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9. bis 12. Juni 1981, Köln 1980 (sic!), S. 63.  
<sup>20)</sup> Hermann Weber (Anm. 1), S. 297.

Staatenbund, eine „Konföderation“, verbreitet. Trotz des noch genannten Zieles einer Wiedervereinigung zeigte der Vorschlag das Interesse der DDR an einem Nebeneinander beider deutscher Staaten und der, wie sie es verstand, Verhinderung der Atomrüstung und der Aufhebung der Blockbindungen. Aber schon hier wurde als Gegenstand weiterer Absprachen „zwischen den souveränen und unabhängigen deutschen Staaten“ die Regelung der „mit dem Status von Berlin verbundenen Fragen“ genannt<sup>21)</sup>. Eindeutig hatte die Berlin-Frage über die unübersehbare Flüchtlingsproblematik hinaus für die DDR eine eminent wirtschaftspolitische Bedeutung. Die DDR versuchte wiederholt, den Warenverkehr über die innerstädtische Grenze Berlins zu unterbinden oder wenigstens zu kontrollieren. Trotz der allmählichen wirtschaftlichen Konsolidierung waren viele DDR-Bürger gezwungen, sich einen Teil ihres Konsums aufgrund von Versorgungsmängeln im Westteil Berlins zu beschaffen. Sie waren dazu auf den illegalen Warenexport oder zum Geldumtausch auf den freien Markt angewiesen.

Beides unterminierte selbstverständlich die Außenwirtschaftspolitik der DDR. Mehrfach suchte man durch Razzien „Schwarzhändler“ oder „Schieber“ auszuschalten und deren Warenlager zu beschlagnahmen. Die spektakulärste Aktion fand im Oktober 1957 statt, als man durch einen äußerst kurzfristigen Umtausch des in Umlauf befindlichen Papiergeldes die in West-Berlin und in der Bundesrepublik befindlichen Geldmengen wertlos zu machen suchte<sup>22)</sup>. Das zeigte aber nur an, wie dringlich die Lösung dieses Problems für die SED geworden war.

Der SED-Parteitag im Juli 1958 formulierte in einer Resolution die Interessen der DDR schon wesentlich klarer: „Im Zusammenhang mit der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa gilt es, die Frontstadtpolitik in Westberlin zu beseitigen, normale friedliche und demokratische Verhältnisse in ganz Berlin zu schaffen und dadurch auch die Normalisierung des Verhältnisses von Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen.“<sup>23)</sup> Sie zeigte nichts an-

deres als den Anspruch, auf die inneren Verhältnisse West-Berlins Einfluß nehmen zu wollen. In der Folgezeit bildeten sowjetische und SED-Vorschläge zur „Normalisierung der Lage in Berlin“ ein zeitlich fein abgestimmtes Wechselspiel deutschlandpolitischer Aktivitäten bis hin zu Vorschlägen eines Friedensvertrages und der Drohung eines separaten Vertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR.

Walter Ulbricht besetzte im Oktober 1958 eine neue Ebene der Auseinandersetzungen um Berlin. In einer Kundgebung zu den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus, an denen dieses Mal wieder die SED teilnahm, reklamierte er West-Berlin als Teil der DDR: „Als 1945 die verschiedenen Besatzungszonen geschaffen wurden, wurde Berlin nicht zu einer fünften Besatzungszone gemacht. Es blieb Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone, auch nachdem die Truppen der Westmächte an der gemeinsamen Besetzung Berlins beteiligt wurden.“ Aus dieser Behauptung folgerte er: „Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Ganz Berlin gehört zum Hoheitsbereich der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>24)</sup>

Ulbricht leitete das historisch ab: „Da die Westmächte außerdem mit der Abspaltung der Westzone und der Bildung des westdeutschen Staates die Einheit Deutschlands und Berlins zerstörten, ... haben sie die Rechtsgrundlage ihres Aufenthaltes in Berlin untergraben, und jeden Rechtsanspruch sowie jeden moralisch-politischen Anspruch auf eine Fortführung der Besetzung in Westberlin verwirkt.“ Er folgerte daraus in Anlehnung an den Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR aus dem Jahre 1955, der der DDR formell die Souveränität eingebracht hatte, das Recht der Kontrolle über die Zugangswege nach Berlin. Wie in dieser Zeit von der SED häufig geschehen, stützte er seine Ansprüche auf das Potsdamer Abkommen aus dem Jahre 1945. Er unterstellte den Westmächten, „im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen und zu den anderen Vier-Mächte-Vereinbarungen die Macht der für den Krieg und Faschismus verantwortlichen Monopolherren und die Tätigkeit ihrer militaristischen und nazistischen Handlanger wieder zugelassen und gefördert“ zu haben.

<sup>24)</sup> Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. VII: 1957—1959, Berlin (Ost) 1964, S. 647.

<sup>21)</sup> Wiedergegeben u. a. in: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, Hauptband I, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn—Wien—Zürich 1961<sup>2</sup>, S. 668 f.

<sup>22)</sup> Gerhard Keiderling/Percy Stulz (Anm. 1), S. 387 ff.

<sup>23)</sup> Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages (Anm. 17), 6. und 7. Verhandlungstag, S. 1336.

Offenkundig ist Ulbrichts Interpretation des Potsdamer Abkommens niemals Gemeingut der drei Signatarmächte gewesen. Das zeitgenössische Faschismus-Verständnis der SED<sup>25</sup>), das auf Dimitroffs 1933/34 entwickelte Formel der „offenen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ zurückging, wurde nun auf das Potsdamer Abkommen rückübertragen und als dessen einzig legitime Interpretation unterstellt. Das Geschichtsverständnis der SED-Führung und Walter Ulbrichts wurde hier zur wesentlichsten und wichtigsten Legitimationsbasis aktueller politischer Forderungen.

Über die neue Dimension hinaus, den Westmächten das Recht ihrer Anwesenheit in West-Berlin zu bestreiten, zielte Ulbrichts Argumentation in zwei Richtungen. Gegenüber der Bundesrepublik, zu der sich die DDR in einer beständigen und unausweichlichen Konkurrenz- und Vergleichssituation befand, sollte der Anspruch der DDR begründet werden, der einzig demokratische und daher legitime deutsche Staat zu sein, der den Optionen der Alliierten für ein Nachkriegsdeutschland entsprach. Zum anderen darf die Sicherungsfunktion für die angestrebte innere Stabilität der DDR nicht übersehen werden. Mit der permanenten Behauptung von Kriegsvorbereitungen in der Bundesrepublik, mit der Beschwörung von Zuständen wie im „Dritten Reich“ sollte selbstverständlich in der DDR selbst Loyalität erzeugt werden, eine Loyalität, die in offener demokratischer Auseinandersetzung nicht erreichbar war. Die Propaganda der noch viel schlechteren Alternative hatte das zu kompensieren.

Möglicherweise diene Ulbrichts Vorstoß einem weiteren Zweck, nämlich analog zur Situation von 1952/53 einer Neigung der Alliierten zu begegnen, sich „auf Kosten“ der DDR zu arrangieren. Schon die Konföderationspläne des Jahres 1957 hatten ja eine Art Bestandsgarantie für die DDR vorgesehen; die verstärkte gesellschaftlich-wirtschaftliche Umformung nach 1956 und der forcierte Ost-Integrationskurs der SED weisen in diese Richtung. All das legte den Schluß nahe,

<sup>25</sup>) Vgl. Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1975<sup>2</sup>, S. 19 ff. — Den aktuellen Stand der Diskussion in der DDR verkörpert Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismus-Forschung. Positionen. Probleme. Polemik, Berlin (Ost) 1980.

daß Ulbricht und seine Anhänger in der SED-Führung in erster Linie aus Motiven der Herrschaftssicherung im eigenen Bereich auf Konfrontation zur Bundesrepublik bedacht waren und zugleich ihre Hegemonialmacht in diesem Sinne zu beeinflussen und möglichst festzulegen trachteten. Ulbrichts Berlin-Forderungen waren so als Versuche interpretierbar, auf einem Schlüsselsektor einem Konsens der Alliierten frühzeitig vorzubeugen.

Im Folgemonat richtete die Sowjetunion dann die bekannte Note, das sogenannte Berlin-Ultimatum, an die Westmächte, mit der sie formell den Vier-Mächte-Status Berlins aufkündigte. Hier wurde die historisierende Argumentation Ulbrichts in ausgreifender Weise fortgeführt. Aus der Unterstellung, die Westmächte und die Bundesregierung verhinderten die Vorbereitung eines Friedensvertrages, leitete die Sowjetunion die Notwendigkeit ab, „die Berlin-Frage in nächster Zeit einer selbständigen Lösung“ zuzuführen<sup>26</sup>). Als „richtigste und natürlichste Lösung“, also als Maximalziel, sah die Sowjetregierung die „Wiedervereinigung des westlichen Teils Berlins, der heute faktisch von der DDR losgelöst ist, mit dem östlichen Teil“ an, „wodurch Berlin zu einer vereinigten Stadt im Bestande des Staates würde, auf dessen Gebiete sie sich befindet.“ Sie schlug vor, das Besatzungsregime aufzuheben und den Status einer Freien Stadt für West-Berlin zu schaffen. Dieser Status sollte von den vier Mächten oder auch durch die Vereinten Nationen garantiert werden und eine Neutralität ähnlich der österreichischen besitzen. Die Sowjetunion wollte eine innere Autonomie gewährleisten, was sie — angesichts des Anspruchs der DDR auf ganz Berlin — noch als „Zugeständnis“, als „ausgesprochenes Opfer der DDR für die Festigung des Friedens in Europa“ ausgab.

Der Abzug der westlichen Alliierten und die Aufgabe der „Frontstellung“ West-Berlins wurde in der Note mit einer blühenden wirtschaftlichen Zukunft als wirtschaftliche Brücke zwischen Ost und West übermalt, die Sowjetunion versprach Industrienaufträge und Rohstofflieferungen. Für die Annahme ihres Planes setzte sie eine Frist von einem halben Jahr. Einen „Gegenstand für Verhandlungen“ sah sie in der Berlin-Frage nicht mehr; insofern handelte es sich in der Tat um ein

<sup>26</sup>) Wiedergegeben u. a. in Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig (Anm. 1), S. 22 ff.

Ultimatum, das nur Annahme oder Ablehnung mit der Folge von Sanktionen zuließ. Sie drohte dazu an, die Kontrolle der Verkehrswege der DDR zu überlassen, einschließlich der Luftkorridore.

Die Frage, warum die Sowjetunion mit der Aufkündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin zu einer offenen Politik der Stärke übergang, ist naturgemäß nicht exakt zu beantworten. Zweifellos hat die DDR-Führung sie in diesem Sinne zu beeinflussen versucht. Drei Gründe könnten maßgeblich sein, daß die Sowjetunion sich zu einer weltpolitischen Offensive in der Lage sah. Erstens hatte sich die sowjetische Parteiführung stabilisiert; Nikita Chruschtschow war auf dem Gipfel seiner Macht. Zweitens konnte nach dem Weltraumerfolg des „Sputnik“-Fluges die Sowjetunion mit dem Anwachsen ihrer politischen und wissenschaftlich-technischen Reputation rechnen; ihr ideologischer Anspruch, den kapitalistischen Staaten „um eine Epoche voraus“ zu sein, schien sich endlich einzulösen. Ein dritter möglicher, aber gewichtiger Grund lag in der inneren Entwicklung des sowjetischen „Blocks“. Noch die Konferenz der Vertreter kommunistischer Parteien in Moskau im November 1957 hatte die Einigkeit des „Lagers“ demonstriert. Tatsächlich aber wurden schon im Laufe des Jahres 1957 erste ideologische Differenzen aus Anlaß der „Entstalinisierung“ zwischen der Sowjetunion und China deutlich, die sich in der Folge bis zu dem bekannten Bruch verdichteten<sup>27)</sup>. Die durchaus plausible Überlegung der sowjetischen Führer angesichts dessen mag gelautet haben, nicht in zwei größere Konflikte gleichzeitig verwickelt sein zu wollen.

Wie dem auch sei: Die Sowjetunion hatte die Berlin-Krise mit einem Paukenschlag eingeläutet, trug in der Folge wenig zur Deeskalation bei, aber verschärfte sie auch nicht, sondern verfolgte mitunter das Ziel des Zeitgewinns.

Selbstverständlich lehnten die drei Westmächte Chruschtschows Berlin-Ultimatum ab. Daraufhin veröffentlichte die Sowjetunion im Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland, der ebenfalls den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt für West-Berlin vorsah. Noch vor der (letzten) Außenministerkonferenz der vier Alliierten im Sommer 1959 kündigte Chru-

schtschow im März in Leipzig an, für den Fall des Scheiterns der Friedensvertragsverhandlungen einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu schließen, in dessen Rahmen auch die Berlin-Frage gelöst würde.

Die Genfer Außenministerkonferenz 1959 sah erstmals deutsche Delegationen als Beobachter; einen Fortschritt brachte sie nicht. Eine für das Folgejahr vereinbarte weitere Konferenz wurde schließlich von Chruschtschow nach dem Abschluß eines amerikanischen Spionageflugzeuges über der Sowjetunion abgesagt, womit definitiv die Runde der Nachkriegskonferenzen der Alliierten über Deutschland beendet war. Auch das zeigte an, wie weit die Nachkriegsordnung sich verfestigt hatte und in welchem geringen Maße ihre Revision von den Beteiligten erstrebt wurde. Offenkundig war damit nach dem Ultimatum vom November 1958 für die Sowjetunion eine Regelung des Berlin-Problems doch nicht so dringlich gewesen, wie es der Text der Note nahegelegt hatte. Anders für die DDR: Hier kamen drei Momente zusammen, die eine für die Partei- und Staatsführung geradezu bedrohliche Zunahme der Flüchtlingszahlen nach West-Berlin bedingten. Erstens kam es nach einem vorübergehenden Aufschwung der DDR-Wirtschaft schon 1959/60 wieder zu Engpässen in Produktion und Versorgung, so daß die DDR-Führung die Sowjetunion um Kredite bitten mußte. Auch die überstürzte Kollektivierung in Landwirtschaft und Handwerk verschlimmerte die Situation. Die Beschleunigung dieser Art der „sozialistischen Umwälzung“ in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie bedeutete zweitens für viele DDR-Bürger einen Grund, aus der DDR abzuwandern. Drittens wirkte wahrscheinlich in der DDR selbst die Berlin-Krise und die damit verbundene Propaganda der DDR nicht stabilisierend, sondern nährte vielmehr die Befürchtung, daß dieser Ausweg verschlossen werden könnte.

Die Berlin-Krise, der harte Kurs und Versorgungsmängel wirkten sich aus: Nach dem Juni-Aufstand von 1953 waren die Flüchtlingszahlen von rund 330 000 (1953) auf knapp 144 000 im Jahre 1959 zurückgegangen. Die Eskalation der Krise um Berlin ließ sie schon 1960 wieder auf knapp 200 000 ansteigen. Im Jahre 1961 flüchteten dann bis zum Bau der Mauer mehr Menschen in den Westen als im gesamten Jahr 1959. Die soziale Zusammensetzung des Flüchtlingsstromes ist hinlänglich bekannt; es überwogen jüngere,

<sup>27)</sup> Vgl. Hermann Weber, Konflikte im Weltkommunismus. Eine Dokumentation zur Krise Moskau—Peking, München 1964, S. 14ff.

beruflich meist qualifizierte Personen, handwerkliche und industrielle Facharbeiter sowie Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluß, in der DDR-Terminologie Angehörige der „Intelligenz“<sup>28)</sup>).

Die nähere Betrachtung des Flüchtlingsstroms zeigt, daß nicht die im Frühsommer 1960 beendete Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft das wesentliche Fluchtmotiv gewesen ist, denn davon Betroffene waren nicht überproportional vertreten. Auch die Zuspitzung der Berlin-Krise scheint kein unmittelbares Moment zur Flucht aus der DDR gewesen zu sein; dafür spricht die starke Zunahme in der Phase erst nach der Absage der Vier-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1960.

Ausschlaggebend war offenbar das dritte, für die DDR typische Moment: Die auf mangelnde Rechtssicherheit gegründete Unmöglichkeit, Handlungen der politischen Führung auf längere Sicht kalkulieren zu können, zwangen vielfach

den einzelnen zu quasi präventiven Entscheidungen, also zur Flucht, solange es die Möglichkeit noch gab. Der Propagandakrieg der DDR gegenüber West-Berlin und der Bundesrepublik wirkte im Endeffekt also nicht stabilisierend, sondern eher gegenteilig. Er stellte letztlich kein adäquates Gegenmittel gegen die westliche Propaganda dar, die ein attraktives Bild einer prosperierenden Wirtschaft vermitteln konnte. Die von der DDR immer wieder lautstark beklagte „Abwerbung“, oft „Menschenhandel“ von Arbeitskräften genannt, funktionierte angesichts der wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Ost und West weitgehend ohne Manipulation. Auch das spiegelte im Grunde nur die inneren Probleme der DDR wider: nicht nur die größeren Belastungen durch die Kriegsfolgen, sondern vor allem die Friktionen und Spannungen, die der Aufbau eines volkdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschafts-systems ohne breite Zustimmung in der Bevölkerung mit sich gebracht hatte.

#### IV. Die Aktionen der SED-Führung

Jenseits aller propagandistischen Formeln stellte der Massenexodus aus der DDR ihre politische Führung vor geradezu existenzbedrohende wirtschaftliche Probleme. Im nachhinein bezifferte die DDR den ihr entstandenen Schaden auf rund 100 Milliarden Mark — eine Summe, die DDR-Ministerpräsident Willi Stoph noch bei seinem Treffen mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt im März 1970 in Erfurt als „Wiedergutmachungsverpflichtung“ genannt hatte. Entstanden war nach DDR-Interpretation dieser Schaden durch einen jahrelangen „Wirtschaftskrieg“, geführt vornehmlich durch „Embargopolitik und wirtschaftlichen Boykott“, durch „Schiebungen und großangelegte Sabotageakte“<sup>29)</sup>. Daneben beklagte man den „Raub von Patenten und Rezepturen sowie den Diebstahl von wichtigen und seltenen Rohstoffen“<sup>30)</sup>.

Kern des Problems war damit neben der genannten Massenflucht der schon angedeutete Waren-

und Geldtransfer über die innerstädtische Grenze in Berlin. Nur die Kontrolle über diese Grenze konnte, wenn man schon nicht in der Lage war, das West-Berlin-Problem durch Einverleibung in die DDR zu lösen, eine wirksame Abhilfe bringen. Selbstverständlich suchte die SED-Führung schon früh beider Probleme Herr zu werden.

Zum einen wandte man gesetzgeberische Mittel an. Mit der Änderung des Paßgesetzes wurde im Dezember 1956 die „Republikflucht“, so der sich nun einbürgernde Terminus, strafbar. Zum entscheidenden Sanktionsmittel, da die erfolgreiche Tat nicht mehr bestraft werden konnte, wurde die Strafandrohung bei Vorbereitungshandlungen und Versuch. Dieser Straftatbestand führte in der Folge zu einer großen Zahl von Verurteilungen. Ergänzt wurde er durch administrative Mittel, so durch die Einziehung des Vermögens Geflohener, durch Versuche, Kontakte zu Anverwandten oder Bekannten auf legalem Wege zu unterbinden, oder schlichtweg durch die Weigerung, Urkunden und andere persönliche Dokumente an Geflüchtete in den Westen auszuliefern<sup>31)</sup>.

<sup>28)</sup> Vgl. die detaillierten Angaben in: Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, hrsgg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn—Berlin 1961<sup>2</sup>, S. 15 ff.

<sup>29)</sup> Hans Teller (Anm. 8), S. 187.

<sup>30)</sup> Hartmut Mehls/Ellen Mehls (Anm. 1), S. 21.

<sup>31)</sup> Die Flucht aus der Sowjetzone (Anm. 28), S. 24f.

Zu diesem Bereich zählten auch die immer schärferen Restriktionen für legale Reisen in die Bundesrepublik vor 1961. Zunächst nahm man bestimmte Bevölkerungsgruppen insgesamt (so Studenten und Angehörige der staatlichen Verwaltungen) von der Chance legaler Besuchsreisen aus — und wirkte damit vermutlich kontraproduktiv, denn der Zwang zum „illegalen Grenzübertritt“ in Berlin wurde dadurch nur größer. Mit Kontrollen sollten präventiv Fluchtwillige erfaßt werden; für die Bearbeitung von Reiseanträgen wurden ab 1959 auf Gemeindeebene „Komitees für gesamtdeutsche Arbeit“ gebildet, später wurde diese Aufgabe den Volkspolizei-Kreisämtern übertragen. Da diese auch die Einwohner-Melderegister führten, war eine effektive Kontrolle von Reisepapieren möglich. Insgesamt wurden im Jahr 1956 noch rund 2,5 Millionen legaler Westreisen gezählt, 1958 nur noch rund 700 000.

Zum zweiten versprach sich die SED-Führung über legislative und administrative Maßnahmen hinaus Abhilfe durch eine propagandistische Offensive. Hermann Matern, Mitglied des SED-Politbüros, erklärte schon im Oktober 1957 den „Kampf gegen die Republikflucht“ zu einem „Bestandteil unseres Kampfes gegen die Bonner Kriegspolitiker, für den Frieden, für die friedliche Wiedervereinigung als demokratischer Staat“. Erfolg versprach er sich von einer „großen politisch-ideologischen Offensive gegen noch vorhandene Reste und ständige Wirkungen der kapitalistischen Ideologie in den Köpfen unserer Bevölkerung“<sup>32)</sup>. Walter Ulbricht formulierte noch zugespitzter: „Es ist notwendig, eine große Aufklärungsarbeit zu führen, daß kein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sich von westdeutschen Werbern dazu verleiten läßt, nach Westdeutschland zu ziehen. Wir müssen alle Menschen davor bewahren, daß sie von den westdeutschen Großkapitalisten ausgebeutet und erniedrigt werden. Vor allem ist es notwendig, den Menschen zu erklären, warum das System des militaristischen Obrigkeitsstaates keine Zukunft hat und warum die Erhaltung des Friedens die Stärkung der DDR erfordert und deshalb kein Arbeiter, kein Angehöriger der Intelligenz, kein Bauer aus kleinlichen wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen nach Westdeutschland ziehen darf.“<sup>33)</sup>

<sup>32)</sup> Zitiert ebenda, S. 22.

<sup>33)</sup> Aus dem Wortprotokoll der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957, o.O. o.J., S. 58.

Die SED wollte eine Vielzahl „offener Aussprachen“ initiieren; geplant waren Versammlungen der Ausschüsse der „Nationalen Front“ in Hausgemeinschaften, in Betrieben und in der Landwirtschaft, um offensiv über die „Republikflucht“ zu diskutieren. Für besonders wirksam erachtete man Berichte zurückgekehrter Flüchtlinge oder von Übersiedlern aus der Bundesrepublik — freilich ein Personenkreis, der nur in verhältnismäßig geringem Umfang zur Verfügung stand.

Zum dritten wurde ein System intensiver Kontrolle der Reisewege eingerichtet. Fernzüge nach Berlin wurden von Polizei- und Geheimdienstmitarbeitern überwacht und die Kontrollen an der offenen Grenze in und um West-Berlin im Rahmen des personell möglichen ausgeweitet. Für Berlin wurden für das Frühjahr 1961 nicht weniger als 5 000 Grenzpolizisten genannt, die häufig von Helfern aus Betrieben und Betriebskampfgruppen unterstützt wurden.

Nur indirekt wurde in der SED-Führung Selbstkritik laut. Gegenüber bestimmten Berufsgruppen, die überproportional von Abwanderung betroffen waren oder die in der DDR schwer zu ersetzen waren, schlug die SED im Jahre 1960 konziliantere Töne an. Das betraf in erster Linie Lehrer, Ärzte und Ingenieure. Ulbricht räumte im März 1961 ein: „Es kommt bei uns immer wieder vor, daß wertvolle Bürger die Deutsche Demokratische Republik verlassen, weil sie von den Dienststellen des Staates und manchmal auch von den Organen der Partei bürokratisch und lieblos behandelt, weil ihre berechtigten Wünsche mißachtet werden. In solcher Stimmung werden sie dann oftmals eine Beute des von Bonn gelenkten systematischen Menschenhandels.“<sup>34)</sup> Zuvor war zugegeben worden, daß dieser Personenkreis nicht selten mit fachfremden „bürokratischen Arbeiten belastet“ oder „gesellschaftlichen Aufgaben“ betraut worden war. Indirekt wurde so zugestanden, daß gerade die unvermeidlichen Begleiterscheinungen des verstärkten „Aufbaus des Sozialismus“ und die damit verbundene ideologische „Aufklärungsarbeit“ zum Fluchtgrund für viele geworden waren.

Das zeigte, wie begrenzt der Katalog der Abhilfemaßnahmen im Grunde war. Bis zum Sommer 1961 war die SED-Führung offenkundig nicht in

<sup>34)</sup> Walter Ulbricht (Anm. 24), Bd. IX: 1960—1961, Berlin (Ost) 1966, S. 503; ähnlich ebenda, S. 540f. (in bezug auf die Jugend).

der Lage, der Sowjetunion die Zustimmung zu einer Radikalmaßnahme abzugewinnen. Der DDR verblieben im wesentlichen drei Alternativen zur Abriegelung von Berlin:

— Erstens die totale Sperrung der Zugangswege einschließlich der Luftkorridore. Das hätte binnen kurzem zur Kontrolle über West-Berlin geführt.

— Zweitens bestand die Möglichkeit der Abriegelung der Westsektoren, faktisch der Bau einer Mauer durch Berlin, wie dann vom August 1961 an realisiert.

— Die dritte Möglichkeit hätte zumindest äußerlich dem Vier-Mächte-Status Berlins Rechnung getragen, nämlich die Abriegelung ganz Berlins und damit verbunden eine Ausklammerung der „Hauptstadt der DDR“ aus der DDR.

Schwieriger wurde die Situation für die SED-Führung nach dem Amtsantritt der Kennedy-Administration. Der neue Präsident legte schnell klar, daß er zu den Verpflichtungen der USA gegenüber Berlin stehen werde. Im März 1961 hatte Walter Ulbricht nach einem Bericht des damaligen stellvertretenden tschechoslowakischen Verteidigungsministers Jan Sejna, der 1968 in den Westen ging, auf einer Tagung des Warschauer Paktes versucht, die Zustimmung der Sowjetunion und der Mitglieder des Warschauer Vertrages für eine Lösung der Berlin-Frage in seinem Sinne zu erhalten<sup>35</sup>). Trotz einer dramatischen Schilderung des Flüchtlingsproblems und der Ankündigung, die DDR werde möglicherweise ihre Verpflichtungen im RGW nicht erfüllen können, blieb ihm in der Tagung eine Zustimmung versagt.

So mußte sich die DDR auf Aktionen an der Peripherie beschränken. Sie startete eine Kampagne gegen die rund 60 000 „Grenzgänger“, Personen, die in Ost-Berlin oder den Randzonen der DDR wohnten und in West-Berlin arbeiteten. Wie groß allein dieses — gemessen an der Massenflucht — kleine Problem eingeschätzt wurde, verdeutlicht eine Angabe aus der DDR, daß „nach überschlägigen Rechnungen ... allein die Hauptstadt der DDR einen Produktionsausfall durch das Fehlen der Grenzgänger von 2,5 Milliarden Mark jährlich“ zu verzeichnen hatte<sup>36</sup>). Wie zutreffend diese Zahl auch immer sein mochte, sie demonstriert

<sup>35</sup>) Wiedergegeben von Honoré M. Catudal (Anm. 1), S. 52f.

<sup>36</sup>) Hartmut Mehls/Ellen Mehls (Anm. 1), S. 20.

zumindest annähernd das Ausmaß des Dilemmas für die Planwirtschaft der DDR.

Noch am 15. Juni dementierte Ulbricht in einer berühmt gewordenen internationalen Pressekonferenz die Absicht, die Westsektoren Berlins abzuriegeln. Ohne direkt darauf angesprochen zu sein, führte er aus: „Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht.“<sup>37</sup>)

Erst Anfang August schwenkte die sowjetische Parteiführung um. Erich Honecker hielt in seinen Erinnerungen fest: „Vom 3. bis zum 5. August 1961 fand in Moskau eine Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Vertrages statt ... Im Einvernehmen mit der KPdSU schlug die SED vor, die Grenzen der DDR gegenüber Berlin-West und der BRD unter die zwischen souveränen Staaten übliche Kontrolle zu nehmen. Diesem Vorschlag stimmte die Moskauer Beratung einmütig zu.“<sup>38</sup>) Er bestätigt somit indirekt die Angaben Jan Sejnas, daß die SED-Führung der KPdSU nur sehr kurzfristig die Zustimmung zur Absperrung der Westsektoren Berlins abhandeln konnte. Aus der gleichen Quelle ist überliefert, daß Ulbricht mit weitergehenden Zielen nach Moskau gekommen war: Er wollte die Kontrolle über ganz Berlin<sup>39</sup>). Anders als Honecker berichtet Sejna aber von „Unbehagen“ unter den übrigen Delegationen.

Von Chruschtschow selbst sollte dann der Kompromißvorschlag stammen, die Sektorengrenze zunächst mit Stacheldraht zu schließen und eine Entscheidung über den Bau einer Mauer erst später zu fällen, wenn „mit Sicherheit zu erkennen sei, wie die Westmächte auf die Maßnahme reagierten“<sup>40</sup>). Um jeden Preis wollten die Warschauer-Pakt-Staaten flexibel reagieren können, ohne von der Abriegelung Berlins insgesamt abzurücken.

Zwei Punkte erscheinen hier bemerkenswert: Erstens, daß Walter Ulbricht offenbar die größte Mühe hatte, Chruschtschow und die Vertreter der

<sup>37</sup>) Wiedergegeben in Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig (Anm. 1), Günter S. 71.

<sup>38</sup>) Erich Honecker, *Aus meinem Leben, Berlin (Ost)* 1980, S. 203.

<sup>39</sup>) Honoré M. Catudal (Anm. 1), S. 224f.

<sup>40</sup>) Ebenda, S. 227.

„Bruderparteien“ von der Unausweichlichkeit der Grenzsperrern zu überzeugen. Für die Sowjetunion standen vermutlich weitergehende, weltpolitische Interessen auf der Tagesordnung, ferner wurde die Gefahr des Prestigeverlustes für die internationale kommunistische Bewegung durchaus gesehen. Zum zweiten ist aus Honeckers Erinnerungen außerordentlich bemerkenswert, was er als „übliche Kontrollen“ an den Grenzen zwischen souveränen Staaten ansieht.

Auf die konkreten Aktionen der Abriegelung der Westsektoren Berlins soll hier nicht weiter eingegangen werden<sup>41)</sup>. Den dazu notwendigen Umfang von Vorbereitungen und Planungen aber verdeutlichte wiederum Erich Honecker: „Von dem damaligen Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Walter Ulbricht, wurde mir die Vorbereitung und Durchführung der hierfür erforderlichen Aktionen übertragen. Die notwendigen Maßnahmen und die Entwürfe der Einsatzbefehle für die Nationale Volksarmee, die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern, für die Bereitschaftspolizei, die Volkspolizei und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse sowie die Anweisungen für die zentralen staatlichen Institutionen, für das Verkehrswesen, das Bauwesen und andere

wirtschaftsleitende Organe wurden ausgearbeitet. Später konnten wir befriedigt feststellen, daß wir nichts wesentliches unberücksichtigt gelassen hatten.“<sup>42)</sup> Eine solche Aktion konnte sich nur auf eine monatelange Vorarbeit und jahrelange Planung gründen, — ein weiteres deutliches Indiz dafür, daß die SED-Führung schon lange auf eine „Lösung des Berlin-Problems“ hingearbeitet hatte.

Daß Walter Ulbricht die Absicht zum Bau der Mauer entlang der Sektorengrenze durch Berlin noch im Juni 1961 unbekannt gewesen sein sollte, war daher nicht nur als eine Erscheinungsform der unter Politikern offenbar weit verbreiteten Gedächtnislücken zu werten. Sie kann auch als Indiz dafür gesehen werden, daß es ihm zu jener Zeit immer noch darum ging, sein Maximalziel, die Kontrolle über ganz Berlin, zu realisieren. Insofern zeigten die Führungen beider Weltmächte früher und deutlicher den Willen, den Status quo der Nachkriegszeit zu wahren: die USA durch Kennedys Berlin-Garantie und Chruschtschow durch die Zustimmung zur Absperrung nur der Westsektoren Berlins. Für beide erschien offenbar das Risiko einer Veränderung der Herrschaftsbereiche auf Kosten der anderen Seite zu groß und zu wenig kalkulierbar.

## V. Die Bilanz des Mauerbaus für die DDR

Im publizierten Selbstverständnis der DDR war die Absperrung der Grenze zu West-Berlin ein Erfolg ohnegleichen. Die DDR hat danach nicht nur dem „imperialistischen Lager“ eine Niederlage zugefügt und das wachsende Gewicht des Sozialismus in der Welt demonstriert, sondern auch nichts weniger geleistet als den Frieden zu retten. Doch zurück zu den Fakten. Einleitend war nach den Auswirkungen der Berlin-Krisen und des Mauerbaus für drei Bereiche der DDR-Politik gefragt worden: der wirtschaftlichen Konsolidierung, der Stärkung der Legitimitätsbasis des Systems und ihrer „Außenwirkung“, vornehmlich den Chancen der DDR-Deutschlandpolitik.

Für den ersten Bereich, die wirtschaftliche Konsolidierung, ist schon allein durch die oben breiter

erörterte Flüchtlingsproblematik offenkundig, daß der Mauerbau eine unverzichtbare Voraussetzung für eine ökonomische Stabilisierung und steigende Prosperität war. „Nach dem 13. August 1961 entstanden günstigere objektive Bedingungen dafür, die Folgen des Wirtschaftskrieges des Imperialismus aus der Zeit der offenen Grenzen zu mindern und schließlich zu überwinden. Vor allem die Disproportionen zwischen Akkumulation und Konsumtion, Arbeitsproduktivität und Lohn sowie Warenfonds und Kaufkraft mußten beseitigt werden“, schreibt der DDR-Historiker Siegfried Prokop<sup>43)</sup>.

Das deutet auf ein dreifaches Problem für die DDR: Erstens war vor 1961 die kurze relative Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung auf Kosten langfristiger Investitionen er-

<sup>41)</sup> Vgl. die Angaben in: Die Flucht aus der Sowjetzone (Anm. 28), S. 32 ff.; Hartmut Mehls/Ellen Mehls (Anm. 1).

<sup>42)</sup> Erich Honecker (Anm. 38), S. 203 f.

<sup>43)</sup> Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR, Berlin (Ost) 1986, S. 146.

folgt. Es waren nach dem Mauerbau nicht nur beträchtliche Rückstände an industriellen Investitionen zu verzeichnen, sondern auch eine „rasche Zunahme der unvollendeten Investitionen“<sup>44</sup>), also Planfehler und Fehlplanungen. Die Konsolidierung erforderte daher dringlich eine Erhöhung der Investitionsquote in der DDR. Zweitens war offenkundig, daß angesichts dessen nicht unmittelbar eine neue Wachstumsphase beginnen konnte. In dieser Etappe mußten naturgemäß privater Konsum und Einkommenszuwachs zurückstehen. Drittens stellte sich nach dem gescheiterten Siebenjahrplan für die Zeit von 1959 bis 1965, der 1961 abgebrochen wurde, die Frage nach Modifizierungen des Wirtschaftssystems insgesamt, vor allem unter zwei Aspekten: der „sozialistischen Intensivierung“ nach dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ auf der einen, dem Zwang zur Integration und Partizipation der Arbeiterschaft auf der anderen Seite.

Die SED-Führung zog bekanntlich mit dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“, verabschiedet vom VI. Parteitag im Jahre 1963 — später zum „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS) fortgeschrieben —, ihre Konsequenzen aus ihrer Wirtschaftspolitik vor 1961. Das neue System brachte zunächst einmal eine partielle Dezentralisierung, auf der anderen Seite wurden „materielle Anreize“ für die Arbeitenden angeboten. Intensivierung und Qualitätsverbesserung der Arbeit konnten sich für den einzelnen nunmehr in der Lohntüte niederschlagen. Unter diesen Rahmenbedingungen verzeichnete die Wirtschaft der DDR in den sechziger Jahren einen deutlichen Aufschwung. Nicht ohne Stolz und nicht unberechtigt berichteten DDR-Autoren von einem „Wirtschaftswunder DDR“<sup>45</sup>).

Angaben wie die der jährlichen Steigerung der industriellen Produktion um mehr als 6 % für die Zeit vor 1970 spiegeln jenes sogar nur unvollständig wider. Einkommen und privater Wohlstand wuchsen. Von 1963 bis 1965, innerhalb von zwei Jahren, nahm das Durchschnittseinkommen der

<sup>44</sup>) Jörg Roesler, Untersuchung zu Tempo und Dynamik der volkswirtschaftlichen Investitionen in der DDR Ende der 40er bis Mitte der 70er Jahre, in: Jahrbuch für Geschichte. Studien zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 31, Berlin (Ost) 1984, S. 214.

<sup>45</sup>) Exemplarisch Hans Müller/Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1968.

Arbeiter und Angestellten um 40 Mark zu und stieg auf 633 Mark. Zugleich wurden umfangreiche sozialpolitische Programme begonnen. Die Versorgung der Haushalte mit langfristigen Konsumgütern verbesserte sich beträchtlich. Von 1960 bis 1970 stieg der Anteil der Haushalte mit einem Fernsehapparat von 17 auf 69%, mit einem Kühlschrank von 5 auf 56 % und mit einer elektrischen Waschmaschine von 5 auf 56 %. Die Produktion dieser Geräte stieg auf rund das Doppelte. Auch die „Motorisierungswelle“ kam langsam in Gang; die Pkw-Produktion verdoppelte sich zwischen 1960 und 1970.

Diese Beispiele zeigen das Ausmaß eines wirtschaftlichen Erfolges, wie es auch für den einzelnen Bürger sichtbar war. Dennoch konnte dieser Aufschwung zwei für die politische Stabilität der DDR nicht unwesentliche Dimensionen nicht überlagern:

1. Walter Ulbricht verzeichnete 1969, zum 20. Gründungstag der DDR, daß die Industrieproduktion der DDR größer sei als die des gesamten Deutschen Reiches 1936. Er verdeckte damit aber das eigentliche Problem: Der Maßstab wirtschaftlicher Prosperität und des Lebensstandards der Bevölkerung war für viele nicht die Vergangenheit, sondern die aktuelle Situation der Bundesrepublik. Und dabei stellte sich naturgemäß für viele Bürger in der DDR trotz allen Stolzes auf das Erreichte das Bild etwas weniger strahlend dar. Ferner konnten die wirtschaftspolitischen Erfolge nicht verdecken, daß die Strukturen des politischen Systems, die unanfechtbare „führende Rolle“ der „marxistisch-leninistischen Partei“ und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ nicht angetastet wurden. Die Modernisierung der Wirtschaft und die Steigerung ihrer Effizienz gingen einher mit der Fortdauer eines Herrschaftssystems, dessen Gestalt sich in der Blüte des Stalinismus ergeben hatte.

2. Ein weiteres Feld, die Legitimationsbasis, ist damit eng verknüpft. Eine massen- oder mehrheitsdemokratische Legitimation der DDR war in den sechziger Jahren ebenso unerreichbar wie zuvor. Vor dem Bau der Mauer hatte die in den westlichen Medien häufig so bezeichnete „Abstimmung mit den Füßen“ selbstverständlich auch die legitimatorische Basis der DDR erheblich beeinträchtigt. Zugleich zeigen Berichte aus der Zeit nach dem August 1961, daß sich viele Bürger in der DDR vom Westen „alleingelassen“ fühlten

und eine Ohnmacht gegenüber ihrem Staat empfanden<sup>46)</sup>. Die für viele enttäuschende Haltung des Westens und der nunmehrige Zwang zum Arrangement mit dem politischen System der DDR wirkten zusammen. Zwar förderten diese Faktoren nicht die aktive Solidarität mit Staats- und Parteiführung, aber die Unabänderlichkeit der Verhältnisse begünstigten eine passive Akzeptanz. In die gleiche Richtung wirkte der Zeitfaktor: Je größer der Abstand zur Sperrung der Grenzen in und um Berlin war, um so weniger mußte das als auch die eigenen Lebensverhältnisse tangierende Zäsur angesehen werden. „Man kann auch in der DDR leben, wenn man muß“, könnte der Tenor in den späten sechziger Jahren gelautet haben.

Eine Reihe von Reiseberichten von Journalisten und Wissenschaftlern über die DDR aus dieser Zeit signalisierte die allmähliche Aussöhnung mit dem Staat und darüber hinaus die langsame Herausbildung eines DDR-Staatsbewußtseins<sup>47)</sup>. Freilich können solche eher zufälligen Ergebnisse kaum verallgemeinert werden — eine Kritik, die schon frühzeitig geäußert wurde. Ob zudem aus dem gesteigerten Selbstbewußtsein der DDR-Bürger auch im Umgang mit Fremden, das sich auf den Stolz auf das Erreichte trotz widriger Ausgangsbedingungen gründete, ein gefestigtes „Staatsbewußtsein“ in jenen Jahren geworden ist, mag dahingestellt bleiben.

Die DDR-Führung jedenfalls schätzte die auf diese Art konstituierte Loyalität der Bevölkerung offenkundig nur gering ein. Ein deutliches Indiz dafür war, daß nach dem Mauerbau der Besuchsreiseverkehr in die Bundesrepublik (mit Ausnahme von Dienstreisen) völlig zum Erliegen kam. Erst 1964 erhielten Rentner die Möglichkeit zu „Westreisen“.

Ferner darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Art der Lösung der Berlin-Krise durch die DDR ihre Position nicht in dem gewünschten Maße stärken konnte. Zwar war mit der Schließung der Grenze die Funktion West-Berlins als „Schaufenster des Westens“ weitgehend obsolet geworden. Aber dessen Rolle als mehrheitsdemokratisch legitimierte Insel in volksdemokratischer Umgebung untergrub nach wie vor den politischen Anspruch der DDR. Die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik und die daher not-

wendigen Verkehrsbeziehungen konstituierten nicht nur ein Sonderverhältnis beider deutscher Staaten, sondern verhinderten wesentlich mit, daß sich die DDR zu einem „europäischen Normalstaat“ entwickelte. Insofern ist der Bau der Berliner Mauer für die Legitimation des politischen Systems der DDR auf Dauer weniger als ein Teilerfolg.

3. Der dritte Bereich, die Außenwirkungen der DDR, die Bemühungen, in der Bundesrepublik für das „Modell DDR“ einen Massenanhang zu gewinnen, ist eindeutig als negativ zu bilanzieren. Wie mehrfach in den Jahren zuvor, hatte die SED noch 1960 einen „offenen Brief“ an „die Arbeiterschaft Westdeutschlands“ gerichtet, um, wie sie meinte, eine Verständigung über gemeinsam interessierende Fragen zu erreichen<sup>48)</sup>. Sie wollte „die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten gemeinsam“ für einen „nationalen Kompromiß“ gewinnen, den sie als „A und O der friedlichen Wiedervereinigung der deutschen Nation“ ansah. Das bildete den letzten Versuch der DDR, auf dem Wege eines Appells ein „Volksfront“-Bündnis unterschiedlicher Parteien und ihrer Anhänger gegen einen kleinen Kreis gemeinsamer, freilich nicht präzise definierter Gegner zustande zu bringen. Da je nach den erwarteten Erfolgsaussichten auch sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer zu diesen Gegnern gezählt werden konnten, erwies sich das stets als Versuch, die sozialdemokratischen oder christlichen Arbeiter von ihren gewählten Führungen zu trennen und sie auf eine Loyalität zur SED zu verpflichten.

Vor dem 13. August 1961 waren Appelle dieser Art immer ergebnislos gewesen. Nach diesem Datum fehlte allein für die Beschwörung gemeinsamer „Klassen“-Interessen augenscheinlich jede Basis. Die Sicherung der Staatsgrenzen stellte für die SED eindeutig das staatliche Herrschaftsinteresse über die immer wieder beschworenen ideologischen, „klassenmäßigen“ Grundlagen.

Der 13. August 1961 markiert auch das Eingeständnis, für die Ideen der kommunistischen Bewegung in Deutschland ohne organisierte staatliche Unterstützung keinen Massenanhang gewinnen zu können. Eine Ebene des Doppelcharakters kommunistischer Organisationen, für eine „prole-

<sup>46)</sup> Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig (Anm. 1), S. 6.

<sup>47)</sup> Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973, S. 80 ff.

<sup>48)</sup> Der Deutschlandplan des Volkes, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VIII, Berlin (Ost) 1962, S. 103 ff.

tarische Massenbewegung“ wie für eine „Diktatur des Proletariats“ zugleich zu wirken, wurde damit gegenstandslos. Auch wenn das 1963 verabschiedete erste reguläre Parteiprogramm (nach den „Grundsätzen und Zielen“ der SED von 1946, die schon 1950 für ungültig erklärt worden waren) noch die Wiedervereinigung als Ziel nannte, zeigte sich schon zuvor, daß es für die SED-Führung im Grunde nur noch einen Kurs auf die „friedliche Koexistenz“ gab, auf das Nebeneinan-

der von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Obwohl das im SED-Verständnis einen „ideologischen Kampf“ nicht ausschließt, gab es nach dem August 1961 kein Feld mehr dafür. Der Mauerbau bedeutet für die DDR also nicht nur die Akzeptierung des Status quo, sondern zugleich auch die Durchsetzung eines auf Herrschaftssicherung gerichteten Pragmatismus, für den die „marxistisch-leninistische“ Ideologie nur noch eine Rechtfertigungsfunktion besitzt.

## Mit der Mauer leben?

### Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel

#### I. Fünfundzwanzig Jahre Berliner Mauer

Am Sonntag, dem 13. August 1961, löste Erich Honecker um Mitternacht Alarm aus. Er gab damit das Signal zu den Abriegelungsmaßnahmen an der Sektorengrenze West-Berlins; die Einsatzbefehle hatte er als zuständiger Sekretär für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED im Auftrage Ulbrichts erarbeitet. Unter dem Schutz bewaffneter Einheiten der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei begannen Pioniere, Stacheldraht zu ziehen, das Straßenpflaster aufzureißen und Barrikaden zu errichten. Entlang der Sektorengrenze entstand neben Straßensperren und Stacheldrahtverhauen aus Betriebskampfgruppen, Volkspolizisten und Volksarmisten eine lebende Mauer, die drei Tage später durch die erste, provisorische Steinmauer ersetzt wurde<sup>1)</sup>. Damit war West-Berlin endgültig vom Ostsektor und dem umliegenden DDR-Territorium abgeriegelt.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es in Mitteleuropa nur wenige spektakuläre Vorgänge, die so viel Aufsehen erregten und von so einschneidender Bedeutung waren wie der Bau der Berliner Mauer. Wenn sich auch damals ihr historischer Stellenwert noch nicht ermessen ließ: Die Welt horchte auf, als die Medien die „Sensation“ meldeten, eine Millionenstadt sei künstlich in zwei Teile abgesperrt worden. Gebannt starrte die Öffentlichkeit nach Berlin, wo ein Alptraum Wirklichkeit zu werden drohte: daß Familien, Verwandte und Bekannte, die oft nur wenige Straßenzüge voneinander wohnten, über Nacht auseinandergerissen wurden, und daß das Zentrum einer Weltstadt, die sich jahrhundertlang historisch entwickelt hatte, zu einem Todesstreifen mit Stacheldraht und Wachtürmen verödete.

25 Jahre sind seit dem Bau der Berliner Mauer vergangen — ein Vierteljahrhundert europäischer

und deutscher Geschichte. Nicht nur die Publizistik, auch die Wissenschaft hat sich seitdem ausgiebig mit dieser Zäsur befaßt. Eine 1981 erschienene Spezialbibliographie belegt, wie umfangreich und breitgefächert die Literatur über die Mauer ist<sup>2)</sup>. Gut erforscht ist insbesondere die diplomatische Vorgeschichte, die mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 beginnt. Da amerikanische Akten bereits freigegeben und politische Akteure befragt worden sind, läßt sich der Entscheidungsprozeß der Präsidenten Eisenhower und Kennedy sowie ihrer Administrationen weitgehend nachvollziehen<sup>3)</sup>; inwieweit der Westen jedoch in die Mauerbaupläne eingeweiht gewesen ist, bleibt bis heute offen<sup>4)</sup>. Unbefriedigend ist — wie üblich — der Wissensstand über die sowjetischen Überlegungen und Absichten.

Trotz umfangreicher Forschungen blieb ein Aspekt des Mauerbaus bislang unberücksichtigt, zumindest aber sehr vernachlässigt: Wie haben die Bürger der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die West-Berliner den Mauerbau aufgenommen und sich auf ihn eingestellt — nicht nur am 13. August 1961 und den nachfolgenden Wochen und Monaten, sondern innerhalb von 25 Jahren? Daß diese Fragestellung bislang ausgeblendet geblieben ist, hat seine Gründe: die fehlende zeitliche Distanz zu den Vorgängen, aber auch die schlechte Quellenlage, die dazu nötigt,

<sup>2)</sup> Michael Haupt, Die Berliner Mauer. Vorgeschichte — Bau — Folgen. Literaturbericht und Bibliographie zum 20. Jahrestag des 13. August 1961, München 1981. Die Literaturangaben, die auch Zeitungsartikel berücksichtigen, umfassen die Seiten 17—211.

<sup>3)</sup> Honoré M. Catudal, Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in USA, Berlin 1981. Über das Verhältnis zur Bundesregierung vgl. Walter Stütze, Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961—1962, Bonn-Bad Godesberg 1973. Vgl. auch Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig, 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, Köln 1981, S. 79 f.; vor kurzem ist eine 2., erweiterte Auflage erschienen, Köln 1986.

<sup>4)</sup> Vgl. Helmut Lölhöfel, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juli 1981, und Peter Michalski, in: Berliner Morgenpost vom 22. November 1981.

<sup>1)</sup> Über seinen Anteil bei der Entstehung der Berliner Mauer berichtet Erich Honecker in seinen Memoiren: Aus meinem Leben, Frankfurt/M.—Berlin 1980, S. 197 ff.

überall verstreute Zeugnisse zusammensuchen und mosaikartig zu einem Gesamteindruck zu verarbeiten. Dieser Beitrag, der sich mehr auf die veröffentlichte als auf die öffentliche Meinung stützt, versucht, anhand gedruckter Materialien den

Wahrnehmungs- und Einstellungswandel ein Vierteljahrhundert nach dem Bau der Mauer zu analysieren<sup>5)</sup>. Ausgewertet werden vor allem Berichte von Zeitungskorrespondenten, die als Augenzeugen ihre Erlebnisse und Eindrücke schildern.

## II. Der Mauerbau als Schock

### 1. Schrecken, Angst und Erregung schlagen in Empörung und Wut um

Wegen des militärischen Aufmarsches schreckten die Ost-Berliner bereits in den frühen Sonntagsstunden aus dem Schlaf hoch, zumal schwere Panzer durch die Straßen rollten (u. a. T-34). Frühaufsteher unter den West-Berlinern hörten erstmals aus den Morgennachrichten von den Absperrmaßnahmen. Wie ein Lauffeuer sprach es sich in der Millionenstadt herum, daß Volkspolizisten und Volksarmisten an der Sektorengrenze aufmarschiert seien und sie abriegelten. Gerüchte und Spekulationen steigerten noch die Verwirrung.

Die ersten Reaktionen der Berliner bestanden aus einem Gemisch von Neugier, Schrecken, Angst und Erregung; sie motivierten viele von ihnen an jenem arbeitsfreien Tag, zur Sektorengrenze zu eilen und sich selbst davon zu überzeugen, was vor sich ging. Da die Berlin-Krise fast drei Jahre lang ununterbrochen schwelte und Chruschtschows Drohung, die „anormale Lage“ in Berlin zu beseitigen, wie ein Damoklesschwert über der Stadt schwebte, lag die Befürchtung nahe, daß ein militärischer Gewaltakt geplant sei. Nicht umsonst sprach man von der „Frontstadt“ und einem „Nervenkrieg“, der um sie geführt werde; die Schlußfolgerung lag nahe, daß dieser nun in seine heiße Phase eintrete. Denn seit Chruschtschows Ultimatum vom 27. November 1958 lebten die meisten Berliner in ständiger Angst: Es lag — wie sie sagten — etwas in der „Berliner Luft“, nur wußte niemand, was und wann etwas geschehen würde. Offensichtlich hatten sich die meisten von ihnen trotz Chruschtschows und Ulbrichts Drohungen in Sicherheit gefühlt, weil zuvor die drei westlichen Alliierten wiederholt die Freiheit West-Berlins verbürg-

ten. US-Präsident Kennedy hatte noch am 25. Juli 1961 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache seine Entschlossenheit versichert, West-Berlin zu verteidigen, notfalls sogar atomar<sup>6)</sup>.

Tausende von Berlinern säumten bald die Sektorengrenze, wo sie zunächst stumm den Abriegelungsmaßnahmen zusahen — als könnten sie nicht fassen, was geschehe. Tatenlos, aber voll innerer Erregung sahen sie zu, wie ihre Stadt hermetisch in zwei Teile geteilt wurde — sozusagen über Nacht<sup>7)</sup>. Selbst Familien und Verwandte, oft nur wenige Straßenzüge voneinander entfernt, konnten sich nicht mehr treffen oder sprechen, sondern nur noch zuwinken. Die Verbitterung über das Unfaßbare entlud sich in spontanen Protesten: West-Berliner stürzten vor und traten eben erst errichtete Stacheldrahtverhaue nieder.

Angst und Erregung schlugen in Empörung und Wut um, als die Berliner sich vergegenwärtigten, was Stacheldraht, Preßluftschlämmer und Barrikaden bedeuteten: „Aus dem Gefängnis Sowjetzone ist das große Konzentrationslager geworden. Wir stehen erschüttert vor einer zur Staatsgrenze deklarierten Sektorengrenze, erschüttert vor einer Grenze, die nun für 17 Millionen zur Klagemauer werden wird.“<sup>8)</sup> Sprechchöre forderten am Brandenburger Tor: „Nieder mit Ulbricht!“, „Hängt den Spitzbart auf — Waffen weg!“ Die erregte Menge konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, zur Sektorengrenze vorzustürmen. Die West-Berliner Polizei versuchte mit Lautspre-

<sup>6)</sup> Dokument 15, in: Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig (Anm. 3), S. 76 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. dazu die Augenzeugenberichte vor allem in der West-Berliner Presse: Der Kurier, Der Mittag, Der Tagesspiegel, Der Telegraf vom 14. und 15. August 1961, ferner in: Süddeutsche Zeitung, Hamburger Echo, Kieker Nachrichten, Stuttgarter Zeitung, Die Welt, Neue Rhein-Zeitung, Westdeutsche Allgemeine und Frankfurter Allgemeine von den gleichen Tagen. Ferner Neue Zürcher Zeitung vom 15. und 16. August, Deutsche Zeitung vom 16. August, DIE ZEIT und Die Weltwoche vom 18. August 1961.

<sup>8)</sup> Jens Feddersen, in: Neue Rheinzeitung vom 14. August 1961.

<sup>5)</sup> Zu frühen Meinungsumfragen in West-Berlin, die ausführlich dokumentiert und gedeutet werden, vgl. Kurt L. Shell, Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, Köln—Opladen 1965, S. 113 ff., 229 ff.

chern mäßigend zu wirken und so die explosive Stimmung zu mindern. Wo es dennoch zu Übergriffen kam und Steine flogen, marschierten Volkspolizisten mit Karabinern und aufgepflanzten Bajonetten auf; sie wurden mit Schreien, Pfiffen und „Pfui“-Rufen empfangen.

Auch Ost-Berliner nahmen zunächst kein Blatt vor den Mund: Sie schrien SED-Agitatoren, die die Abriegelungsmaßnahmen rechtfertigen wollten, nieder oder beschimpften sie; vielfach quittierten sie die Propagandaparole, die DDR müsse sich vor „Kriegshetzern“, „Menschenhändlern“ und „Spekulanten“ schützen, mit Hohngelächter und Rufen wie „Blödsinn“, „glaubt Ihr doch selber nicht“. Oft gelang es nur mit Drohung von Gewalt, Demonstrantengruppen zu zerstreuen. „Meine Geduld ist zu Ende, machen Sie Platz oder es passiert was“, tobte ein NVA-Offizier, der ankündigte, er werde Schießbefehl erteilen. Nur mit Maschinenpistolen im Anschlag gelang es schließlich, empörte Menschenmengen aufzulösen<sup>9)</sup>.

## 2. Wo bleiben die Amerikaner?

Die Berliner stimmten darin überein, daß die westlichen Alliierten die Verletzung des Viermächte-Status nicht dulden dürften. „Was geschieht jetzt?“, „Was machen die Amerikaner?“, „Wo bleiben sie?“ — solche Fragen kursierten in der erregten Menge, die stündlich hoffte, Truppen der Besatzungsmächte würden vordringen und dem Spuk an der Sektorengrenze ein Ende bereiten. Viele kochten innerlich vor Wut darüber, daß der Westen sich wieder in die Defensive hatte drängen lassen, statt von selbst initiativ zu werden. Trotz aller Empörung herrschte aber auch die Überzeugung vor, daß es gelte, die Nerven zu bewahren und unbedachte Handlungen zu vermeiden. Ein Journalist gab die Stimmung wie folgt wieder: „Die Westmächte werden in diesen Tagen geprüft, wie weit sie über Nacht geschaffene Tatsachen hinnehmen; und es dürfte wohl klar auf der Hand liegen, daß papierene Proteste bei der Sowjetregierung allein nicht ausreichen... Es ist ein simples Gesetz, daß Druck Gegendruck erzeugt; bleibt aber der Gegendruck aus, erhöht sich der Druck automatisch. Die Westmächte müssen daher handeln — in welcher Form dies geschehen kann, darf nicht vorher durch lautes Denken zerredet werden.“<sup>10)</sup>

<sup>9)</sup> Baseler Nachrichten vom 14. August 1961.

<sup>10)</sup> Der Kurier (West-Berlin) vom 15. August 1961.

In den Nachmittags- und vor allem Abendstunden des 13. August 1961 spitzte sich die Lage am Brandenburger Tor explosiv zu, da sich eine riesige Menschenmenge versammelt hatte, um gegen die Abriegelungsmaßnahmen zu protestieren und zu demonstrieren. Sprechchöre forderten: „Öffnet das Tor“ und „Wir fordern freie Wahlen“. Einzelne Gruppen entzündeten Fackeln und sangen das Deutschlandlied. Als Panzerspähwagen und Wasserwerfer heranrollten, drängte die West-Berliner Polizei die erregte Masse hinter eine Seilabsperrung zurück, um Gewalttätigkeiten vorzubeugen. Die Wut von West-Berlinern richtete sich daraufhin auch gegen die eigene Polizei, der sie vorwarfen, „Ulbrichts KZ“ zu schützen. Am Nachmittag des 14. August 1961 wurde der Platz vor dem Brandenburger Tor geräumt, da Volkspolizisten Tränengas-Bomben geworfen und Demonstranten diesen „Angriff“ mit einem Steinhaapel erwidert hatten<sup>11)</sup>. Zutritt zum geschlossenen Brandenburger Tor erhielten nur noch Vertreter der internationalen Presse.

Das abwartende Verhalten der westlichen Alliierten und der Bonner Regierung löste bei den West-Berlinern Befremden und Unbehagen aus, bei der DDR-Bevölkerung dagegen Bitterkeit, Verzweiflung und Resignation. Adenauer hatte zwar am 13. August 1961 öffentlich erklärt: „Im Verein mit unseren Alliierten werden die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen. Die Bundesregierung bittet alle Deutschen, auf diese Maßnahmen zu vertrauen“ und nichts zu unternehmen, „was die Lage nur erschweren, aber nicht verbessern“ könnte<sup>12)</sup>. Aber die „deutschen Brüder und Schwestern“ konnten nicht verstehen, weshalb sie Adenauer mit schönen Reden vertröstete, statt sofort nach Berlin zu kommen und ihnen nahe zu sein. Jetzt fühlten sie sich „abgeschrieben“ und fürchteten, die vielen Worte von Wiedervereinigung seien nur „leeres Gerede“ gewesen<sup>13)</sup>. Auch die überwältigende Mehrheit der West-Berliner war davon überzeugt, der Westen könne nicht länger abwarten, ohne weitere Gewaltakte herauszufordern. „Das Maß der Brüskierung der Westmächte, der Vertragsbrüche, des Unrechts und der

<sup>11)</sup> Der Tagesspiegel und Westdeutsche Allgemeine vom 15. August, Neue Zürcher Zeitung vom 16. August 1961.

<sup>12)</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/7 (1961), S. 11 (= Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig [Anm. 3], Dokument 6, S. 96).

<sup>13)</sup> Klemens Krüger, Der 13. August in der DDR. Tagebuchaufzeichnungen, in: Hans Werner Richter (Hrsg.), Die Mauer oder der 13. August 1961, Hamburg 1961, S. 14f.

Unterdrückung, begangen durch das Ulbricht-Regime mit Unterstützung des gesamten Ostblocks, ist seit dem gestrigen Tage zum Überlaufen voll. Die Westmächte sind jetzt zum Handeln herausgefordert worden. Es geht nicht nur um die Wahrnehmung ihrer Rechte in Berlin, um ihre Verantwortung aufgrund des Vier-Mächte-Status für ganz Berlin, sondern weit darüber hinaus um ihre eigene Sicherheit.“<sup>14)</sup> Manche befürchteten sogar einen Aufstand in Ost-Berlin und in der „Zone“, falls die Bevölkerung nur mit lahmen Protesten der Westmächte abgeseigt werde<sup>15)</sup>.

### 3. Willy Brandt als Repräsentant der West-Berliner

Was der Regierende Bürgermeister Willy Brandt (SPD) empfand, darf als typisch für die meisten West-Berliner gelten. Wie sie, so traf auch ihn die Nachricht von den Abriegelungsmaßnahmen völlig unerwartet — sie überraschte ihn auf einer Wahlkampfreise im Schlafwagen. Als er mit der ersten Morgenmaschine aus Hannover in Berlin eintraf und den Potsdamer Platz, dann das Brandenburger Tor besichtigte, fühlte er, eigenen Worten zufolge, wie die Menschenmenge: „Es wurde mir schwer, ruhig und beherrscht zu bleiben. Einen kühlen Kopf hatten wir in mancher Berliner Krise behalten und beweisen müssen. Dies war, seit der Blockade von 1948, die ernsteste Herausforderung — keine kriegerische und unmittelbare Bedrohung, denn nicht wir wurden von der Außenwelt mit Gewalt abgeschlossen wie damals, ein Regime schloß vielmehr sich und seine Bürger gegen uns ab. Dennoch, die fieberhaft betriebene Arbeit der Abriegelung, die waffenstarrten Wachkommandos an den Grenzen — das war ein Bild der Drohung. Das Militär der DDR hatte,

<sup>14)</sup> Der Kurier (West-Berlin) vom 14. August 1961.

<sup>15)</sup> Der Mittag vom 14. August 1961. Das Neue Deutschland vom gleichen Tage stellte dagegen fest: „Tiefe Genugtuung erfüllt jetzt alle unsere Bürger, die sich mit immer größer werdendem Zorn dem schamlosen Treiben all der von West-Berlin dirigierten Gauner, Menschenfänger, Agenten, Hetzer und Spekulanten ausgesetzt sahen, von ihnen bedroht waren und empfindlich geschädigt worden sind. ‚Macht endlich Schluß damit‘, haben sie gefordert, ‚macht Ordnung!‘ Diese Ordnung ist jetzt eingeführt, und jeder Anständige sieht seine Aufgaben darin, mit dafür zu sorgen, daß niemand diese Ordnung auch nur im mindesten zu umgehen wagt.“ Am 15. August 1961 druckte das Neue Deutschland Leserbriefe und „Telegramme“ ab, in denen „Werk tätige aller Bevölkerungsschichten für die Maßnahmen zum Schutze des Friedens“ dankten. Über „neue Schikanen Pankows“ vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 16. August 1961.

nach unserer Interpretation des Vier-Mächte-Status der Stadt, auf dem Territorium Ost-Berlins nichts zu suchen. Mußte man den brutalen Akt der Verletzung des über und für Deutschland geltenden Rechts hinnehmen? Mußte man dulden, was unseren Landsleuten, was den Bürgern Ost-Berlins und der ‚Zone‘ angetan wurde? Würden die Alliierten die Hände in den Schoß legen und geschehen lassen, was hier begonnen wurde? Sollten wir — wie es mehr als einer an diesem Sonntagvormittag ausdrückte — wieder nur mit lahmen Protesten abgeseigt werden?“<sup>16)</sup>

Nach einer kurzen Krisensitzung des Senats suchte Brandt sofort Kontakt mit den Repräsentanten der westlichen Alliierten in Berlin, die ihn jedoch mit Konsultationen zwischen Washington, London und Paris vertrösteten. Er drängte, sie sollten doch wenigstens in Moskau und in den anderen Hauptstädten der Warschauer Pakt-Staaten protestieren, auch sofort Patrouillen an die Sektorengrenze schicken. Die Enttäuschung schwingt noch nach, wenn Brandt in seinen Memoiren feststellt: „Zwanzig Stunden vergingen, bis die erbetenen Militärstreifen an der innerstädtischen Grenze erschienen. Vierzig Stunden verstrichen, bis eine Rechtsverwahrung beim sowjetischen Kommandanten auf den Weg gebracht worden war. Zweiundsiebzig Stunden dauerte es, bis — in Wendungen, die kaum über die Routine hinausreichten — in Moskau protestiert wurde.“<sup>17)</sup> Trotz der ohnmächtigen Wut, die, eigenen Aussagen zufolge, in ihm aufstieg, sah er sich als Regierender Bürgermeister verpflichtet, zur Besonnenheit zu mahnen und dadurch risikoreichen Kurzschlußreaktionen vorzubeugen.

Nachdem die Westmächte die Abriegelungsmaßnahmen drei Tage lang mehr oder weniger tatenlos hingenommen hatten, artikulierte die „Bild-Zeitung“ die Verbitterung der Bevölkerung: „Wir sind enttäuscht“ hieß es, denn der Westen tue nichts: US-Präsident Kennedy schweige, der britische Premierminister gehe auf die Jagd und Adenauer treibe Wahlkampf<sup>18)</sup>. Um die Vertrauenskrise zu bannen, aber auch, um Gewalttätigkeiten

<sup>16)</sup> Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960—1975, Hamburg 1976, S. 10.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 13.

<sup>18)</sup> Bild-Zeitung vom 16. August 1961; die Ost-Berliner Berliner Zeitung vom 17. August reproduzierte sie im Faksimile auf der Titelseite mit einem gehässigen Kommentar. Zur Enttäuschung über die Reaktion des Westens vgl. auch Neue Zürcher Zeitung und Frankfurter Allgemeine vom 17. August 1961. Kommentar in Neues Deutschland vom 17. August 1961.

an der Sektorengrenze vorzubeugen, rief Brandt am Nachmittag des 16. August 1961 zu einer Protestkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus auf. Er versuchte, den dichtgedrängten Massen neuen Mut einzuflößen, indem er versicherte, daß die Stadt, die den Frieden wünsche, nicht kapitulieren werde. Brandt teilte mit, daß er an US-Präsident Kennedy geschrieben habe; damit leitete er eine neue Phase der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem inzwischen begonnenen Bau der ersten Mauer ein<sup>19)</sup>.

Alles in allem wirkten die Abriegelungsmaßnahmen auf die Deutschen, insbesondere die Berli-

ner, wie ein Schock. Trotz der jahrelang schwelenden Berlin-Krise hatten sie sich in Sicherheit gewiegt, es nicht für denkbar gehalten, daß eine Millionenstadt hermetisch in zwei Teile geteilt werden könnte. Als das Unfaßbare dennoch geschah, reagierten sie zunächst mit ungläubigem Staunen, Angst, Schrecken und Verwirrung, schließlich mit Empörung und Wut. Als sich die Hoffnungen, die sie auf die Westmächte gesetzt hatten, als unreal erwiesen, verbreiteten sich Enttäuschung, Verbitterung und teilweise auch schon Resignation. Ein rapider Stimmungsverfall setzte ein, den Brandt durch Beschwichtigungen und Ermunterung aufzufangen versuchte.

### III. Die Mauer muß weg

#### 1. Neue Zuversicht: Johnsons und Clays Mission

Nach Brandts Appell ließ es Präsident Kennedy nicht an guten Worten und Taten fehlen: Er kündigte an, er werde die amerikanische Garnison verstärken und Vizepräsident Lyndon B. Johnson nach Berlin entsenden. Dieser wurde dort am 19. August 1961 zusammen mit dem sehr beliebten Stadtkommandanten während der 1948er Blockade, General Lucius D. Clay, stürmisch begrüßt. Als sie tags darauf im offenen Wagen durch die Stadt rollten, kannte der Jubel keine Grenzen. Auch die symbolische Kampfgruppe von 1500 Mann empfingen die Berliner emphatisch. Zeitgenössische Kommentatoren diagnostizierten einen Gesinnungsumschwung: Zwar habe sich nach der „Katastrophe“ des 13. August ein „Gefühl der Enttäuschung über die westliche Untätigkeit und angebliche Gleichgültigkeit“ ausgebreitet, doch sei es Präsident Kennedy überraschend gelungen, die Niedergeschlagenheit zu bannen und die Zweifel zu zerstreuen; die West-Berliner seien von einer „Welle der Begeisterung und der neu gestärkten Zuversicht“ getragen<sup>20)</sup>. Die Parole hieß: „Die Mauer muß weg!“

Damals konnte die Öffentlichkeit nicht ahnen, was sich hinter den Kulissen abspielte. Johnson verbürgte zwar „Leben“, „Gut“ und „heilige

Ehre“ der USA für die Freiheit West-Berlins und den freien Zugang nach Berlin, doch hatte seine Mission, wie wir heute wissen, vornehmlich demonstrativen Charakter. Sie hatte eine Doppelaufgabe zu erfüllen: Sie sollte das gestörte Vertrauen zu den Amerikanern wiederherstellen und Brandt zur politischen Mäßigung mahnen. Gegenmaßnahmen irgendwelcher Art gegen die Mauer lehnte Johnson ab, auch warnte er vor einer Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens, weil sie eine neue Berlin-Krise heraufbeschwören könnte. Nicht ohne Ironie schildert Brandt in seinen Erinnerungen, was Johnson an „Taten“ erwartete: So wollte er abends, nach Geschäftsschluß, Schuhe kaufen, die ihm gut gefallen, sonntags wünschte er sich eine Kollektion von elektrischen Rasierapparaten und Porzellan, die er als Reisepräsenten auswählen wollte<sup>21)</sup>. Den äußeren Schein vermochten damals nur wenige zu durchdringen. Ein Kommentar wie der folgende zählte zu den Ausnahmen: „Der geradezu triumphale Besuch des US-Vizepräsidenten Johnson und die Truppenparade der 1500 kamen gerade noch zur rechten Zeit. Sie waren und bleiben von unsagbar großem psychologischem Wert. An der effektiven Lage indessen hat sich kaum etwas geändert. Was seit dem 13. August 1961 anders geworden ist, kann nicht mehr zurückentwickelt werden. Der Tag bedeutet einen Bruch, eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Und deshalb können

<sup>19)</sup> Willy Brandt (Anm. 16), S. 28 ff. Das Schreiben an Kennedy vom 16. August 1961 findet sich in: Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig (Anm. 3), S. 100 f. Auszug aus der Rede Brandts vom gleichen Tage ebd., S. 101.

<sup>20)</sup> Friedrich Langhelm, Der rote Drahtverhau, in: Allgemeine Sonntags-Zeitung vom 27. August 1961. Ähnlich Arno Scholz, Mauer des Spitzbärtigen, in: Der Telegraf (West-Berlin) vom 20. August 1961.

<sup>21)</sup> Willy Brandt (Anm. 16), S. 30 ff., bes. S. 32 f. Vgl. auch Jürgen Petschull, Die Mauer. August 1961. 12 Tage zwischen Krieg und Frieden, Hamburg 1981, S. 231 f., 233, 249 f.

wir auch nicht so tun, als wäre ab heute oder morgen wieder alles wie vorher.“<sup>22)</sup>

Verbittert waren viele Berliner über Bundeskanzler Adenauer, der Berlin erst am 22. August 1961, also sehr spät, besuchte. Er kam mit trostreichen Worten, aber leeren Händen. Die Bevölkerung nahm diese „Pflichtübungen“ mit gemischten Gefühlen auf: Adenauer erntete nicht nur gefälligen Beifall, sondern auch wütende Pfiffe.

Die Sympathien der West-Berliner galten General Clay, den Präsident Kennedy am 30. August 1961 zu seinem persönlichen Vertreter ernannt hatte. Der „Held der Blockade“ schien einen harten Kurs zu verbürgen, zumal er es an markigen Worten nicht hatte fehlen lassen. Um Entschlossenheit zu demonstrieren, ließ Clay Ende Oktober 1961 Panzer am Ausländerübergang Checkpoint Charlie auffahren. Darüber hinaus aber konnte er sich mit seinen Vorstellungen bei seinen eigenen Landsleuten nicht durchsetzen, so daß es bald zu einer Einstellung der amerikanischen „Kraftdemonstrationen“ kam<sup>23)</sup>. Im Mai 1962 resignierte Clay, indem er seine Sondermission aufgab. Er ging nach eigenen Worten mit dem Gefühl, daß Kennedy ihm einen „Fußtritt gegeben“ habe.

## 2. Die „Schandmauer“ als Provokation

Ende August 1961 begann sich das Leben in Berlin allmählich zu konsolidieren. Die Atmosphäre blieb aber weiter explosiv, denn spektakuläre Zwischenfälle an der Mauer putschten die Leidenschaften in der Stadt immer wieder auf. Am 24. August 1961 war der erste Flüchtling erschossen worden. Danach rissen Meldungen von mißglückten Fluchtversuchen nicht mehr ab. Die West-Berliner „Mordkommission“ fahndete mit riesigen Steckbriefen — die hohe Belohnung versprachen — nach den Todesschützen. Zu erregten Szenen kam es, als die SED ihre Schmutzkampagnen gegen westdeutsche Politiker mit weit schallenden Lautsprecherwagen an die Sektorengrenze verlagerte: „Wirtinnen-Verse“ über „Willy-Wein-Brandt“, den „Giftzwerg“ und „Kapaun von Schöneberg“, gehörten ebenso dazu wie Schlagerparodien über Adenauer, den „alten Häuptling der Indianer“, sowie die Persiflage der Inschrift der Freiheitsglocke durch den „Sender Freies Baldrian“: „Ich glaube an die Unanfaßbarkeit des

<sup>22)</sup> Kurt Gehrman, Gefährliche Ruhe, in: Neue Rhein-Zeitung vom 22. August 1961.

<sup>23)</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 10. November 1961.

Stacheldrahtes und an die Hürden jedes einzelnen Grenzübergangs.“<sup>24)</sup> Erschütternde Szenen spielten sich während der Zwangsräumung ganzer Wohnblocks entlang der Bernauer Straße in Wedding ab. Es verging kein Tag, an dem es nicht zu Steinwürfen und Warnschüssen an der Sektorengrenze kam, zum Einsatz von Wasserwerfern und Tränengasbomben.

Die Zwischenfälle nahmen in dem Maße ab, wie die SED die „Grenzsicherungsanlagen“ zu einem Festungsgürtel ausbaute, vor allem durch eine zusätzliche zweite Mauer. Dies verminderte die direkte Konfrontation von Mensch zu Mensch, die sich anfangs nur wenige Schritte voneinander entfernt haßerfüllt gegenüberstanden hatten — die West-Berliner auf der einen Seite, die „Grenzwach“ auf der anderen. Auch das Bonner Regierungs-Bulletin vom 8. September 1961 kam daher zu dem Schluß: „An der Berliner Sektorengrenze aus Beton und Stacheldraht hat sich in den letzten Tagen der Zustand ‚normalisiert‘, d. h. aber nicht, daß diese Schandmauer als eine unabänderliche Tatsache hingenommen wird. Täglich finden sich auf beiden Seiten die Menschen an dieser Absperzung ein. Aber sie provozieren nicht und sie lassen sich nicht provozieren. Gelegentliche Aktionen der östlichen Wasserwerfer und der prompten Antwort durch Rauchbomben von westlicher Seite sind eher darauf zurückzuführen, daß die Grenzlinie nicht unbedingt mit der Schandmauer zusammenfällt.“ Ausländischen Korrespondentenberichten zufolge stellten viele Bürger schon die bange Frage, „ob die jahrelang liebevoll gepflegte Vorstellung, daß die Wiedervereinigung unter annehmbaren Bedingungen zu erreichen wäre, nicht eine große Illusion gewesen sei . . .“<sup>25)</sup>. Auch in Ost-Berlin gab es Anzeichen dafür, daß man begann, die „Hoffnungen zu Grabe“ zu tragen<sup>26)</sup>.

<sup>24)</sup> Vgl. die zahlreichen Belege bei Heinz Kersten, Aber der Ulbricht läßt sie ganz verkommen . . . Die sowjetzonale Rundfunkpropaganda nach dem 13. August, in: SBZ-Archiv, November 1961, S. 349 ff., bes. S. 351 f. Siehe auch Süddeutsche Zeitung vom 26. August, Die Welt und Der Tag (West-Berlin) vom 29. August 1961.

<sup>25)</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 13. September 1961. Das Neue Deutschland vom 13. Oktober 1961 stellte fest, daß die „Ratten“ das „Frontstadtschiff“ zu verlassen beginnen.

<sup>26)</sup> Basler Nachrichten vom 24. Oktober 1961. Dagegen stellte die Frankfurter Allgemeine vom 27. Oktober 1961 fest, in Ost-Berlin deute nichts darauf hin, daß man sich an die Mauer gewöhnen werde. Vgl. auch K. W. Fricke, Kainsmal einer Diktatur. Sinn und Widersinn der Ulbricht-Mauer, in: Rheinischer Merkur vom 22. September 1961.

Spektakuläre Todesfälle an der Mauer machten den Berlinern bewußt, was die Stunde geschlagen hatte: Am 9. Dezember 1961 wurde der 20jährige Student Dieter Wohlfahrt bei einem Fluchthilferversuch an der Mauer angeschossen und verblutete zwei Stunden lang — die West-Berliner Polizei und die britische Militärpolizei halfen dem tödlich Verletzten nicht. Für Sebastian Haffner signalisierte dieser „Mord an der Mauer“ eine wachsende Entfremdung: „Die Berliner hüben und drüben sind nicht gewillt, die Ungeheuerlichkeit der Mauer hinzunehmen, weder de jure noch de facto. Die Alliierten dagegen und unter ihrem Druck die West-Berliner Behörden benehmen sich in der Praxis mehr und mehr, als sei die Mauer bereits de facto und de jure anerkannt.“ Haffner konstatierte einen erschreckenden Erosionsprozeß: „Wo sind die Zeiten hin, da man das Foto eines Kampfgruppen-Scharfschützen, der einen Flüchtling im Teltowkanal totgeschossen hatte, in ganz Berlin plakatierte und 10 000 Mark Belohnung für seine Ermittlung aussetzte. Heute fischt die Zonenpolizei alle paar Tage die Leiche eines ihrer Opfer aus dem eiskalten Dezemberwasser, und niemand nimmt mehr Notiz davon.“<sup>27)</sup>

Noch deprimierender war der „Mordfall“ Peter Fechter knapp ein Jahr nach dem Mauerbau: Der 18jährige Bauarbeiter wollte am 17. August 1962 flüchten, wurde an der Mauer angeschossen und verblutete — fast eine Stunde lang hatte er um

Hilfe gerufen, bis er verstummte. US-Soldaten sahen tatenlos zu. „It's not our problem“, erklärten sie, als West-Berliner sie erregt aufforderten, unverzüglich einzuschreiten. Nochmals drohte sich die ohnmächtige Wut in Gewalt- und Zerstörungsakten gegen die Mauer zu entladen, und nur mühsam ließen sich entfesselte Leidenschaften in Massenkundgebungen abreagieren. Zum letzten Male bäumten sich die West-Berliner massiv gegen eine Realität auf, die sie nicht wahrhaben wollten. Aber die „Reaktionen der Großmächte beim Sterben Peter Fechters hatten es bewiesen: Ein Jahr nach ihrer Errichtung war die Berliner Mauer Teil des Status quo in Europa geworden — vom Osten gebaut, vom Westen akzeptiert.“<sup>28)</sup>

Wenig später beendete die Kuba-Krise die immer noch schwelende „heimliche“ Berlin-Krise, als nämlich Chruschtschow in Kuba Raketen stationieren wollte und die USA im Oktober 1962 vor der eigenen Haustüre Härte demonstrierten. Während Kennedy in Berlin die westliche Einfluß- und Machtsphäre ungefährdet sah, reagierte er hart, entschlossen und kompromißlos, als die westliche Hemisphäre unmittelbar von der Sowjetunion bedroht schien. Seitdem gab es keinen Zweifel mehr: Keine Weltmacht konnte der anderen den Willen aufzwingen und die weltpolitische Lage zu ihren Gunsten verändern. Mit dem Gleichgewicht des Schreckens wuchs zugleich die Bereitschaft, an die Stelle der Konfrontation die Entspannung zu setzen. Das galt auch für Berlin.

## IV. Mit der Mauer leben

### 1. An der Mauer kehrt der Alltag ein

Als die Einsicht sich durchsetzte, daß die Mauer sich nicht beseitigen lasse, schlugen Empörung und Wut in Ohnmacht, oft in Resignation um. Die Berliner sahen sich genötigt, mit dem „Schandmal“ leben zu müssen, obgleich sie es nach wie vor haßten. Je lückenloser die Mauer wurde, um so mehr gewann sie nicht nur an Perfektion, sondern auch an normativer Kraft des Faktischen — sozusagen einen Anschein von Berechtigung. Wut und Empörung flammten schließlich nur noch zeitweilig auf, immer dann, wenn ein „Mordfall“ an der Mauer die Leidenschaften neu aufputschte.

<sup>27)</sup> Christ und Welt vom 15. Dezember 1961; vgl. auch Die Welt vom 11. Dezember 1961.

<sup>28)</sup> Der Spiegel, (1966) 36, S. 58; vgl. auch Kurt L. Shell (Anm. 5), S. 359 ff., und Willy Brandt (Anm. 16), S. 36 f.

So begannen die Berliner, sich an die „Provokation“ der „Schandmauer“ zu gewöhnen. Daß dort allmählich der Alltag einkehrte, läßt sich mit Beispielen belegen. In Kreuzberg entstand an der Mauer ein Kneipengarten — offenbar störte es die Besucher wenig oder nicht mehr, in unmittelbarer Nähe einer steingewordenen Unmenschlichkeit ihr Bier und ihren Klaren zu trinken!<sup>29)</sup> Kinder erfanden besondere „Mauerspiele“: Polizisten oder Soldaten ziehen Stacheldraht, bauen Barrikaden, sperren Flüchtlinge ein, verfolgen oder erschießen sie gar. In ihrer Unbefangenheit sahen Kinder offensichtlich als erste in der Mauer eine Attraktion, sofern sie dort auf westlicher Seite in-

<sup>29)</sup> Dieter Hildebrandt, Jubiläum einer kurzen Wut ..., in: Frankfurter Allgemeine vom 13. August 1963.

mitten einer Großstadt ungestört buddeln, spielen und herumtollen konnten.

Der wachsende Fremdenverkehr, um den Berlin seit dem 13. August 1961 verstärkt geworben hatte, plante die Mauer fest in das Besichtigungsprogramm ein. Die meist subventionierten Berlinreisen sollten ursprünglich Anteilnahme am Schicksal der geteilten Nation wecken; viele dürften sie jedoch als preiswerte Vergnügungsfahrt „mitgenommen“ haben, die mehr dem Tourismus als deutscher Selbstbesinnung diene. Für die meist vom Senat eingeladenen ausländischen Gäste gehörte der Besuch an der Mauer zu einer Pflichtübung, und da sie wußten, was sich gehörte, versäumten sie es nicht, dem Gastgeber ihre Abscheu über das „Schandmal“ zu versichern. Viele dieser Urteile, oft spontan angesichts der Mauer gefällt, waren sicher ernst und echt gemeint<sup>30)</sup>, doch wirkten sie auf die Dauer abgedroschen und klischeehaft.

Amerikanische Reisegesellschaften entdeckten die Mauer erstmals als touristische Attraktion, mit der sie in Prospekten für Berlinbesuche warben: Warum in den Fernen Osten fahren, um die „Chinesische Mauer“ zu besichtigen, wenn Deutschland nicht nur mittelalterliche Städte und Mauern (z. B. in Rothenburg) biete, sondern sogar eine „kommunistische Mauer“ inmitten einer Millionenstadt<sup>31)</sup>. Berlin war für Amerikaner sozusagen jetzt eine Reise wert geworden — wegen seiner Mauer, mit der sonst keine andere Stadt der Welt konkurrieren konnte.

## 2. Die Berliner Mauer-Krankheit

Prominente Politiker beteuerten wiederholt, daß die Berliner sich an die Mauer nicht gewöhnen würden, sie hätten sich allenfalls mit ihr „eingesrichtet.“ „Natürlich haben wir uns irgendwie an sie gewöhnt“, meinte dagegen Werner Steltzer, der das „Informations-Zentrum Berlin“ leitete, jene Stelle, die im Auftrage des Senats Besucher betreute<sup>32)</sup>. Zwar beeindruckten die Zahlen der

<sup>30)</sup> Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Ein Schandmal im Urteil der Welt. Äußerungen ausländischer Politiker angesichts der Mauer, Bonn 1962.

<sup>31)</sup> Reisen in das geteilte Berlin, in: Ost-West-Kurier vom 5. August 1963.

<sup>32)</sup> Hanns Krammer, Der Mann, der die Mauer kaufen wollte. In fünf Jahren wurde die Grenze, die Berlin teilt, für Ost und West zum Symbol und zum Schaustück, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14./15. August 1966. Vgl. dazu auch Neue Zürcher Zeitung vom 18. September 1966.

eingeladenen Ausländer und Journalisten, doch entsprachen die Reaktionen dieser „Prominenten“ nicht immer den Erwartungen: Nachdem sie von den Podesten einen Blick über die Mauer geworfen und sich abfällig über sie geäußert hatten, interessierten sie sich oft mehr für das Berliner Nachtleben als für das Schicksal der geteilten deutschen Nation.

Als Berliner Bürgermeister äußerte Heinrich Albertz (SPD) fünf Jahre nach dem Mauerbau: „Ich glaube, daß es noch nicht überall erkannt worden ist, daß, je länger die Mauer steht, die Zeit gegen uns arbeitet und daß die wichtigste Aufgabe für uns Deutsche die ist, die Substanz der Nation zu retten, weil es in wenigen Jahren niemand mehr geben wird, der die Wiedervereinigung wünscht.“<sup>33)</sup> Als Nachfolger Brandts äußerte sich Albertz ein Jahr später vorsichtiger. Er hoffte, daß sich noch „niemand“ an die Mauer, die ein Schock und eine schwere Enttäuschung gewesen sei, gewöhnt habe. Hoffentlich wisse jeder, daß in West-Berlin die Menschen in einer Art Gefängnis lebten, und daß der Auftrag, die Mauer zu überwinden, bestehen bleibe. Wie jedoch Meinungsumfragen dokumentierten, nahm das Wissen über die und das Interesse an der Mauer rapide ab. 1967 wußten danach nur 30% der Bundesbürger, in welchem Jahr die Mauer gebaut worden war, 21% gaben zu, das Jahr nicht zu kennen, 22% gingen davon aus, die Mauer sei zwischen 1953 und 1960 errichtet worden, 27% nannten die Jahre 1962 bis 1965<sup>34)</sup>. Die Deutschen hatten nicht nur begonnen, mit der Mauer zu leben, sondern sie auch zu ignorieren. Dazu trug wesentlich der wirtschaftliche Aufschwung West-Berlins bei, den die Bundesrepublik Deutschland verstärkt förderte.

Wenn sich auch allmählich die Erkenntnis durchsetzte, daß die Mauer ein Teil des Status quo geworden sei, so änderte dies doch nichts daran, daß sie ein Symbol der Unmenschlichkeit blieb, unter der viele Berliner bitter litten. Manche von ihnen hatten sich nur *scheinbar* an die Gegebenheiten angepaßt, d. h., sie hatten den „Mauerschock“ nicht verarbeitet oder verkraftet, sondern verdrängt. Ein Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, der lange Zeit in Ost-Berlin praktiziert hatte, stellte fest, daß in ganz Berlin die „Mauer-Krank-

<sup>33)</sup> Die Welt vom 9. August 1966.

<sup>34)</sup> Vgl. dazu Die Welt vom 14. August 1967, wo auch Albertz' Rundfunk- und Fernsehansprache zum 13. August zitiert wird.

heit“ grassiere, die er in einem medizinischen Fachbuch ausführlich beschrieb<sup>35</sup>). Es handelte sich um ein Syndrom psychischer und psychosomatischer Störungen, die Müller-Hegemann damit erklärte, daß unerträglicher Druck und Streß auf Familien und Menschen lastete, sofern ihre zwischenmenschlichen Bindungen und Verbindungen durch den Mauerbau zerstört worden waren. Sie äußerten sich häufig in Klaustrophobien, d. h. Ängsten von Berlinern, sie seien „eingesperrt“ oder „eingemauert“, so daß sie es in ihren eigenen vier Wänden nicht aushalten konnten. Hinzu kamen Depressionen, Verhaltensstörungen, Organbeschwerden und sogar Psychosen. Sie stellten häufig psychische und somatische Spätfol-

gen des „Mauerschocks bzw. -traumas“ dar, das zwar *äußerlich-bewußt* bewältigt schien, jedoch *innerlich-unbewußt* langfristig verheerende Schäden anrichtete.

Es war auch kein Zufall, daß Berlin einen traurigen Rekord bei Selbstmorden und Selbstmordversuchen verzeichnete. West-Berlin galt nach dem Mauerbau als Stadt mit der höchsten Selbstmordquote in der Welt überhaupt. Für Ost-Berlin, wo Müller-Hegemann die „Mauer-Krankheit“ diagnostiziert hatte, liegt keine offizielle Statistik vor; nach Schätzungen geflüchteter Ärzte muß man jedoch annehmen, daß die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche im Ostsektor noch höher lag als im Westsektor<sup>36</sup>).

## V. Die Mauer durchlässig machen

### 1. In Anbetracht der Mauer: Deutschlandpolitische Initiativen der Berliner SPD unter Brandt/Bahr

Wenn es galt, mit der Mauer zu leben, so erforderte dies langfristig, ihre brutalen Folgen für die Menschen, die unter ihr litten, zu mildern. Das bedeutete: An die Stelle der Devise „Die Mauer muß weg“, mußte immer mehr die Forderung treten, sie durchlässig zu machen. Die verantwortlichen Politiker waren gezwungen umzudenken und einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die sich die Bonner Deutschlandpolitik hineinmanövriert hatte. Langfristig gesehen ließ sich nicht mehr leugnen, „wie sehr die Existenz und der Fortbestand der Mauer zur Grundtatsache der deutschen Politik geworden sind. Es gilt, sich immer wieder aufs neue bewußt zu werden, daß die am 13. August 1961 bewirkte Trennung der beiden Teile Deutschlands solcherart ist, daß hinfort keine deutsche Politik getrieben werden kann, die an der Mauer und am Stacheldraht auch nur für eine Stunde vorbeisieht.“<sup>37</sup>)

Willy Brandt sah im Mauerbau eine tiefe Zäsur, die Logik einer Entwicklung, „die sehr viel früher begonnen hatte: als Bestätigung einer Abgren-

zung der Interessen, die die Siegermächte bei Kriegsende vorgenommen hatten“. Er sprach davon, der Vorhang sei weggezogen worden, um „uns eine leere Bühne zu zeigen. Man kann es auch schroffer sagen: Uns sind Illusionen abhanden gekommen, die das Ende der hinter ihnen stehenden Hoffnungen überlebt hatten — Illusionen, die sich an etwas klammerten, das in Wahrheit nicht mehr existierte“<sup>38</sup>). Die Realität der Mauer zwang Brandt und seine Berater zum Nachdenken darüber, ob die traditionellen Zielsetzungen und Formeln westdeutscher Wiedervereinigungspolitik noch brauchbar seien.

Aus diesem Lernprozeß zog Brandts damaliger Pressesprecher und engster Vertrauter Egon Bahr aufsehenerregende Schlußfolgerungen. Vor der Evangelischen Akademie Tutzing vertrat er am 15. Juli 1963 in einem „Diskussionsbeitrag“ die Auffassung, daß die kommunistische Herrschaft in der „Zone“ nicht beseitigt, aber verändert werden könne — so paradox dies klinge. Im Sinne der von Kennedy proklamierten „Strategie des Friedens“ gehe es darum, den „Menschen“ zu helfen, z. B. durch „technische Kontakte“ mit dem „Zonenregime“ die Mauer, die Bahr für ein Zeichen der Schwäche hielt, durchlässig zu machen: „Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst

<sup>35</sup>) Dietfried Müller-Hegemann, Die Berliner Mauer-Krankheit. Zur Soziogenese psychischer Störungen, Herford 1973.

<sup>36</sup>) Vgl. dazu Thomas H. Reiche, Die Mauer steht seit drei Jahren. Berlin findet sich nicht damit ab, in: General-Anzeiger vom 11. August 1964.

<sup>37</sup>) Ernst-Otto Maetzke, Die Mauer und die Politik, in: Frankfurter Allgemeine vom 13. August 1963.

<sup>38</sup>) Willy Brandt (Anm. 16), S. 16f., vgl. auch Willy Brandt in: Michael Haupt, Die Berliner Mauer, München 1981, S. IX: „Als einer, der an Ort und Stelle wirkte, habe ich damals lernen müssen, wo Fiktionen durch Realitäten verdrängt wurden.“

und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.“<sup>39)</sup> Diese „Politik der kleinen Schritte“ und der „menschlichen Erleichterungen“ sollte, so Bahr, das Zwischenstadium bis zur Wiedervereinigung überbrücken.

Bahrs Thesen schockierten viele Zeitgenossen. Widerspruch meldete vor allem die CDU an, die „Aufweichungstendenzen“ oder gar den „Ausverkauf deutscher Interessen“ befürchtete. Aus wahltaktischen Gründen identifizierte sich auch die Berliner SPD nicht mit Bahr; sie ließ sogar öffentlich verkünden, er habe nur für sich selbst gesprochen. Unter dem Druck der CDU, insbesondere ihres Bürgermeisters Franz Amrehn, hatte Brandt bereits im Januar 1963 sein geplantes Treffen mit Chruschtschow in letzter Minute abgesagt.

Trotz aller Kritik an Bahr praktizierte der West-Berliner Senat jene Politik der „kleinen Schritte“ und „menschlichen Erleichterungen“. Nach langwierigen Verhandlungen unterzeichneten der West-Berliner Senatsrat Horst Korber und DDR-Staatssekretär Erich Wendt das erste Passierscheinabkommen am 17. Dezember 1963, das West-Berlinern zum *ersten Male* seit dem Mauerbau ermöglichte, über Weihnachten/Neujahr 1963/64 Verwandte in Ost-Berlin zu besuchen. Die Bundesregierung meldete rechtliche Bedenken gegen die Aufwertung des „Zonenregimes“ an, wollte jedoch den Konflikt mit ihm nicht auf dem Rücken der Berliner austragen. Unbeschadet aller politischen und juristischen Meinungsunterschiede kam es daher zu weiteren Passierscheinabkommen; sie gingen von der Existenz der Mauer aus, erstrebten aber, ihre Unmenschlichkeit zu mildern. Nach dem 4. und letzten Passierscheinabkommen vom 7. März 1966 blieb die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten, also Härtefälle, erhalten<sup>40)</sup>.

<sup>39)</sup> Der Tagesspiegel (West-Berlin) vom 18. Juli 1963. Vgl. auch Hans Georg Lehmann, *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Bonn 1984, S. 120 ff.

<sup>40)</sup> Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hrsg.), *Zur Passierscheinfrage I—IV*, Berlin 1964—1966.

## 2. Kontinuität und Wandel: Deutschlandpolitik im Übergang zwischen Adenauer- und sozialliberaler Ära

Auch in den Bonner Regierungsparteien gab es Vertreter, die mit dem Kurs der Berliner SPD sympathisierten, wenngleich unter Vorbehalten. Wie sich traditionelle Auffassungen gewandelt hatten, läßt sich anhand der Kommentare analysieren, die politische Entscheidungsträger der Bundesrepublik Deutschland zum fünften Jahrestag des Mauerbaus („Ein Mahnmal der Schande“) öffentlich abgaben.

Den Denkkategorien des Kalten Krieges am stärksten verpflichtet blieb Bundeskanzler Erhard — auch in der Sprache. Er wollte nicht müde werden, für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu arbeiten: „Und niemand kann uns den Glauben und die Hoffnung rauben, daß trotz aller Widerwärtigkeiten des kommunistischen Regimes, trotz schreienden Unrechts und brutaler Gewalt dieses Ziel erreicht wird und an diesem Tage auch die Schandmauer quer durch Berlin in Trümmer fällt.“ Zurückhaltender äußerte sich der Berlin-Beauftragte Ernst Lemmer (CDU). Er zeigte sogar Verständnis dafür, „daß das kommunistische Regime durch die anhaltende Massenflucht in einen gesellschaftlichen und politischen Notstand geraten war“. Er wollte auch nicht voraussagen, wie lange die Mauer fortbestehen werde: „Aber sicher ist, daß diese schreckliche Mauer, die uns so gewaltsam voneinander trennt, nicht überwunden werden kann durch Deklamationen, schöne Worte, oder gar durch Gewalt. Die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs hat für unser Land schwerwiegende Folgen hinterlassen. Dieser Einsicht wollen wir uns gemeinsam nicht entziehen.“ Noch weiter ging der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende (FDP). Man habe, so meinte er, in der ersten Zeit Hoffnungen gehegt, „die sich später als Illusionen herausstellten“ — dazu habe auch die Devise „Die Mauer muß weg!“ gehört. Er beklagte, daß die Mauer und die Teilung Deutschlands „uns nicht so bedrückt und quält, wie ich mir das wünschte“<sup>41)</sup>. Ähnlich äußerten sich Parteipolitiker, z. B. der Berliner FDP-Landesvorsitzende William Borm und der spätere Minister für gesamtdeutsche Fragen Johann Baptist Gradl (CDU).

<sup>41)</sup> Wortlaut der zitierten Stellungnahmen in: Bulletin vom 16. August 1966, S. 845—849. Vgl. auch Bulletin vom 12. August 1966, S. 839, ferner die Kommentarübersicht in: *Die Welt* vom 13. August 1966.

Auch die Öffentlichkeit begann Abschied von gesamtdeutschen Illusionen zu nehmen, die bislang den Blick für Realitäten verstellt hatten. Zwar flammten bei Zwischenfällen an der Mauer Emotionen und Leidenschaften immer wieder neu auf, doch trat an die Stelle der *moralischen* Verurteilung des „Schandmals“ immer mehr die nüchterne *politische* Betrachtungsweise. War bislang die Massenflucht von DDR-Bürgern mit Schadenfreude und gehässigen Kommentaren quittiert worden, so sah man jetzt auch die Ursachen: daß dieser Aderlaß die SED letztendlich dazu gezwungen hatte, dem „Bankrott“ des Landes Einhalt zu gebieten. Und das hieß: Die DDR hatte das politisch-psychologische Debakel des Mauerbaus in Kauf genommen, um ihren wirtschaftlichen Kollaps an „perniziöser Anämie“ zu verhindern. Die Zäsur des 13. August 1961 leitete dann auch eine politische und ökonomische Konsolidierung ein, ohne die die unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge der DDR undenkbar sind. Die Mauer symbolisierte daher nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern sie ermöglichte auch den Aufstieg der DDR in den Kreis der zehn leistungsstärksten Industriestaaten der Welt — mit einem Lebensstandard, den kein anderes Ostblockland aufweist.

Die DDR hatte sich allen Widerständen zum Trotz als zweiter deutscher Staat behauptet. Ihre innenpolitische und ökonomische Konsolidierung, die der Mauerbau eingeleitet hatte, führte langfristig auch zur internationalen Aufwertung des SED-Regimes, denn es konnte schließlich jene Fesseln abwerfen, die ihm die Hallstein-Doktrin auferlegt hatte. In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die schmerzliche Erkenntnis durch, daß am 13. August 1961 eine *sichtbare* Mauer an die Stelle der bisher *unsichtbaren* getreten war, und daß sich auf deutschem Boden zwei Staaten entwickelt hatten, deren Existenz sich nicht mehr leugnen ließ. Die DDR hatte ihren Anspruch, ein eigenständiger Staat zu sein, mit dem Mauerbau nicht nur dokumentiert, sondern — langfristig gesehen — auch erfolgreich durchgesetzt. Nun mußte mit Tabus gebrochen werden, die in der Ära Adenauer regierungsamtlich gepflegt worden waren. Ein britischer Journalist formulierte dies so: „Westdeutschland wird sich mit der Aussicht abfinden müssen, daß die häßliche Grenze bis auf weiteres bestehen bleibt, daß die DDR ein Faktum und die deutsche Wiederverei-

nigung so unerreichbar ist wie das Schlaraffenland.“<sup>42)</sup>

### 3. Berlin geht zur Tagesordnung über

Was Willy Brandt in West-Berlin *im kleinen* begonnen hatte, setzte er in der sozialliberalen Koalition seit 1969 *im großen* fort. Als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland legten er und sein Außenminister Walter Scheel (FDP) den Grundstein für die Normalisierung und den Ausgleich mit osteuropäischen Staaten. Diese sozialliberale Ostpolitik beruhte auf der Prämisse, daß zwar die politischen, ideologischen und rechtlichen Meinungsverschiedenheiten fortbestünden und unüberbrückbar seien, aber durch einen *Modus vivendi* auf der Basis des Status quo reguliert werden könnten.

Brandt und Scheel machten die Ratifizierung der Ostverträge, d. h. des Moskauer Vertrags mit der Sowjetunion vom 12. August 1970 und des Warschauer Vertrags mit der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970, davon abhängig, daß die Existenz und Freiheit West-Berlins völkerrechtlich abgesichert werde. Trotz unterschiedlicher Rechtspositionen kam am 3. September 1971 das Vier-Mächte-Berlin-Abkommen zustande, das auf der Grundlage eines Gewaltverzichts „praktische Verbesserungen der Lage“ gewährleistete. Die Sowjetregierung garantierte darin erstmals den unbehinderten Zivilverkehr von und nach Berlin. Ergänzende innerdeutsche Vereinbarungen folgten: Das Transitabkommen zwischen beiden deutschen Staaten vom 17. Dezember 1971 regelte den zivilen Durchreiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, und nach einer Vereinbarung des West-Berliner Senats mit der DDR-Regierung vom 20. Dezember 1971 konnten die West-Berliner wieder generell trotz des Mauerbaus Ost-Berlin und die DDR besuchen. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin trat zusammen mit den ergänzenden innerdeutschen Vereinbarungen sowie den Ostverträgen am 3. Juni 1972 völkerrechtlich in Kraft<sup>43)</sup>.

Auch nach dem Vier-Mächte-Abkommen bestand die Mauer fort: Sie war aber nicht nur durchlässig

<sup>42)</sup> David Shears, *Die häßliche Grenze*, Stuttgart 1971, S. 225.

<sup>43)</sup> Wortlaut der zitierten Verträge in: *Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung*, Bonn 1976. Zur Entstehung der Ostverträge vgl. Hans Georg Lehmann (Anm. 39), S. 174 ff.

gemacht worden, wie z. B. durch die Passierscheinabkommen, sondern auch politisch indirekt überwunden worden. West-Berlin konnte freier atmen und aufatmen. Nach einem von Rolf Heyen herausgegebenen Sammelband, der die neue Situation darstellt, bedeutete dies die Entkrampfung Berlins, das „zur Tagesordnung“ übergang<sup>44</sup>). Die DDR-Führung mußte umdenken und sich widerstrebend mit der Existenz West-Berlins abfinden, und das hieß, mit dem Scheitern jener Konfrontationspolitik, die das Ziel verfolgt hatte, die westlichen Alliierten aus Berlin zu ver-

treiben. Schon Mitte der sechziger Jahre hatte die DDR begonnen, die ursprünglich nur provisorische Mauer durch „neue Generationen“ von Mauern zu ersetzen und zur „modernen Grenze“ auszubauen. Ulbricht, der sich gegen die Entspannungspolitik gesträubt hatte, mußte am 3. Mai 1971 als SED-Chef zurücktreten, und auf ihrem VIII. Parteitag vom 15. — 19. Juni 1971 kündigte die Partei die bislang stets von ihr vertretene Einheit der deutschen Nation auf. Die Ära Honecker hatte begonnen und mit ihr auch ein neues Selbstverständnis der DDR<sup>45</sup>).

## VI. „So schlimm ist sie gar nicht ...“

### 1. Der Mauer den Rücken kehren

Nach dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin blieb die Mauer das „Symbol der Teilung“, an dem sich politische Auseinandersetzungen entzündeten. Für den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl war sie „zum Kennzeichen einer endlosen Kette von Gewaltanwendung und Menschenrechtsverletzungen geworden“; zwar habe die SPD Wandel durch Annäherung versprochen, „aber angenähert haben nur wir uns, und gewandelt hat sich drüben nichts“<sup>46</sup>). Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bezweifelte, daß die Mauer noch zu seinen Lebzeiten fallen werde; daher hätten er und seine Amtsvorgänger versucht, „in die Mauer Türen einzusetzen, die nicht nur von der westlichen Seite, sondern auch von der östlichen Seite benutzt werden können“<sup>47</sup>).

Die meisten West-Berliner wandten sich in den siebziger Jahren mehr und mehr von der Mauer ab; sie kehrten ihr, wie der Schriftsteller Wolfgang Paul es formulierte, den Rücken zu. Seit 1973 erhielt die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ durch eine „Entscheidung von grundsätzlicher Art“ keine amtliche Förderung mehr; ihr bereits geschlossenes „Haus am Checkpoint Charlie“

konnte nur mit Hilfe von Spenden wieder eröffnet werden<sup>48</sup>). Nach Auffassung der „Financial Times“ hatten sich die Berliner in knapp 16 Jahren so an die Mauer gewöhnt, „daß sie erst von auswärtigen Besuchern dazu angestoßen werden müssen, sich ihrer schlagenden Wirkung zu vergegenwärtigen“. Das angesehenen Wirtschaftsblatt führte Beispiele auf, wie häuslich sich West-Berliner direkt an der Mauer eingerichtet hatten: mit Gärten, Hundezwingern, Kaninchenställen und Geräteschuppen<sup>49</sup>). In der Tat gab es viele West-Berliner, die das zum DDR-Territorium zählende Niemandsland vor der Mauer für ihre Privatzwecke nutzten: Sie richteten Schrebergärten ein, die sie wie ein kleines Paradies gestalteten, es entstanden Anlagen für Kleintierhaltung und zur Freizeitgestaltung, häufig Schuppen, Holzhäuser und in Einzelfällen sogar Schwimmbäder. Ost-Berliner Behörden protestierten wiederholt gegen die „provisorischen Gebäude im Vorfeld der Mauer“ — aber niemand kümmerte sich um diese sogenannten „Kaninchenproteste“.

Zwar kommt es gelegentlich auch noch in den achtziger Jahren zu Demonstrationen an und zu Aktionen gegen die Mauer, die in der DDR als „Grenzverletzungen“ oder „Grenzprovokationen“ bezeichnet und hart bestraft werden. Nicht immer handelt es sich um politische Manifestationen, denn viele Einzelgänger benutzen die Mauer, um ihre privaten Aggressionen abzureagieren. Wer heute noch Grenzschilder übermalt, Steine über

<sup>44</sup>) Rolf Heyen (Hrsg.), Die Entkrampfung Berlins oder Eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Reinbek bei Hamburg 1971.

<sup>45</sup>) Vgl. dazu Karl-Ernst Jeismann, Die Einheit der Nation im Geschichtsbild der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32—33/83, vom 13. August 1983, S. 3 ff.

<sup>46</sup>) Helmut Kohl, Wir müssen wieder gemeinsam für Deutschland handeln. Die Mauer als Symbol der Teilung, in: Bonner Rundschau vom 12. August 1976.

<sup>47</sup>) Die Welt vom 16. Juli 1977.

<sup>48</sup>) 20 Jahre Mauer. 52. Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft 13. August am 10. August 1981, S. 1.

<sup>49</sup>) Zitiert nach Die Welt vom 2. Juni 1977.

die Mauer wirft oder Wachposten als „Mörder“ beschimpft, legt damit nicht unbedingt ein politisches Bekenntnis ab.

## 2. Die Mauer als Attraktion

In den achtziger Jahren entdeckten West-Berliner an der Mauer Vorzüge und Reize, die aus der Sicht der Wochen nach dem 13. August 1961 grotesk erscheinen. So erklärte eine Familie in einem Dokumentarfilm, den das Gesamtdeutsche Institut verleiht: „Durch die Mauer gebe es Vorteile, da die Kinder wunderbar Tischtennis spielen könnten. Kein Nachbar könne einem mehr rein-gucken, man fühle sich geborgen wie im Atrium. Jedes Fest werde viel attraktiver, weil die Mauer da ist. Wenn Amerikaner zu Besuch kämen, pul-ten sie manchmal ein Steinchen als Souvenir her-aus.“<sup>51)</sup> Junge Berliner halten die Mauer oft schon für eine Selbstverständlichkeit, vor allem dann, wenn sie nach 1961 geboren sind, und ma-chen sich über sie keine Gedanken mehr. Jogger bezeichnen sie sogar als „dufte“, da sie ungestört vom Verkehr und in relativ guter Luft inmitten einer Großstadt laufen können. Wer Maueran-wohner befragt, gerät ins Staunen. Mehrheitlich stört lediglich noch das gelegentliche Jaulen oder Bellen der Wachhunde, vor allem nachts, das als Beeinträchtigung der Nachtruhe angesehen wird.

Touristen hatten die Mauer als Attraktion ent-deckt — und mit ihnen das Fremdenverkehrsge-werbe. Der alte Werbeslogan „Berlin ist eine Reise wert“ schien im nachhinein auch auf die Mauer gemünzt zu sein, denn nirgendwo auf der ganzen Welt wird ähnliches geboten: das längste Bauwerk Europas, etwa 166 km lang, mit fast 300 Wachtürmen, etwa 140 Bunkern, dazu Kfz-Gräben, Kontroll- und Todesstreifen, Peitschen-leuchten und Scheinwerferanlagen, Stolper-drähte, Stacheldraht, Spanische Reiter und Pan-zersperren, nicht zuletzt auch „Bluthunde“ mit le-benden Wachposten in Uniform, Feldstecher und Bewaffnung. Wer nach Berlin kommt, muß des-halb die Mauer sehen. Bei den Stadtrundfahrten karren Busse in den späten Vormittagstunden Massen von Touristen an den Potsdamer Platz, wo sie vor den Aussichtsplattformen lange

Schlangen bilden. Die Fremdenführer versäumen dabei nicht, auf einen grünen Hügel im Nie-mandsland hinzuweisen, wo der „Führerbunker“ gestanden hatte.

Aber die Mauer bietet mehr als zeitgeschichtli-chen Anschauungsunterricht und gruselige Remi-niszenzen. Streckenweise präsentiert sie sich als Kunstwerk: bemalt mit Bildern, verziert mit Graf-fiti und vollgeschrieben mit Spruchweisheiten und Platitüden<sup>51)</sup>. Vor eindrucksvollen Objekten warten die Touristen geduldig, bis sie zu einem „Schnappschuß“ kommen.

Wo sich Touristen drängeln, etablieren sich ge-wöhnlich auch Händler. Für sie ist die Mauer ein Geschäft, von ihrer Vermarktung können sie gut leben: An Ständen bieten sie Ansichtskarten und Souvenirs feil, z. B. Wimpel, Aschenbecher, Tel-ler, „Freiheitsglöckchen“, Berliner „Bären“.

Der Journalist Helmut Kopetzky hat in einer Hör-funk-Reihe Besucher interviewt und ihre Ein-drücke festgehalten: Ausländische Reisegruppen, die die Mauer zum erstenmal sehen, sind oft „sehr erschüttert“ und haben „kein Verständnis“ für den Rummel; deutsche Besucher hatten es sich „nicht vorgestellt“, daß „hier noch Würstchenbu-den stehen und solche Dinge... Es ist schon schlimm genug, daß die Mauer überhaupt da steht!“ Was einige „beschämend“, „schrecklich“ oder „unmöglich“ finden, sehen andere toleranter oder gar als „normal“ an. Einen Berliner „be-drückt“ doch „ein bißchen“, daß Teddybären und Ansichtskarten verkauft werden. „Das ist wie'n Ausflug zu den Niagarafällen oder so...“ Touri-sten begrüßen nicht nur, daß die Mauer bemalt worden ist, sondern schlagen sogar vor, sie auf westlicher Seite „freundlicher“ zu gestalten, z. B. mit Anlagen. „So, daß es hier wenigstens, hier vorne, etwas hübscher aussieht! Das ist ja nun deprimierend genug, aber hier vorne, also... daß es etwas freundlicher wird!“ Kopetzky kommt zu dem Schluß, daß die Berliner Mauer nach 25 Jah-ren zur „Normalität des Anormalen“ geworden sei<sup>52)</sup>.

<sup>51)</sup> Inzwischen gibt es „Mauerkunstabücher“; vgl. z. B. die Text- und Bildzusammenstellung von Rainer Hil-debrandt, *Die Mauer spricht*, Berlin 1982.

<sup>52)</sup> Vgl. dazu Helmut Kopetzky, „Wie ein Ausflug zu den Niagarafällen...“ oder: *Die Normalität des Anor-malen. 25 Jahre Berliner Mauer*, Bonn 1986 (zur Zeit im Druck).

<sup>50)</sup> Berlin. Die Mauer seit 20 Jahren. Dokumentarfilm von Peter Otto (1981). Verleih: Gesamtdeutsches Institut in Bonn, S. 2.

## VII. Tempora mutantur, nos et mutamur in illis

### 1. Billy Wilders Mauerfilm „Eins — zwei — drei“ (1961)

Der Filmsatiriker Billy Wilder, der seine Karriere in Berlin begonnen hatte, 1933 aber emigrieren mußte, brachte 1961 den Film „Eins — zwei — drei“ (One — two — three) heraus — eine Art Mauer-Komödie mit galligem Humor. Wilder machte sich darin über jene Berliner lustig, die noch dem preußischen Untertanengeist huldigen; er zog den bornierten Antikommunismus ebenso durch den Kakao wie den Antikapitalismus, das dümmlich-arrogante Auftreten von Militärs, die Angst vor Spionen u. a. Mit anderen Worten: Wilder nahm alles aufs Korn, was die meisten Deutschen während der Berlin-Krise bitter ernst nahmen.

Als der Film 1961 nach dem Bau der „Schandmauer“ anlief, verging den West-Berlinern buchstäblich das Lachen. Er galt als der „scheußlichste Film über diese Stadt“. Eine Boulevardzeitung meinte: „Wem das Elend der geteilten Stadt so nah ist, der ist nicht geneigt, darüber Witze zu machen. Aber Billy Wilder findet komisch, was uns das Herz zerreißt ...“. Der Film verletzte die Gefühle, denn er nahm sie nicht ernst, sondern machte sich über sie lustig. Vor allem West-Berliner empfanden den Film als peinlich, zum Teil verließen sie verärgert das Kino. „Eins — zwei — drei“ wurde kein Kassenschlager — anders als viele Produktionen Billy Wilders wie z. B. „Manche mögen's heiß“ (1959) oder „Das Mädchen Irma la Douce“ (1963). Ein Kinobesitzer, von Kopetzky befragt, meinte dazu: „Die Berliner waren so gedrückt, weil die Mauer gebaut worden ist. Das war ja ein Schlag damals, ein Keulenschlag für uns Berliner grade, daß die Mauer jetzt zu ist, daß keiner mehr rüberkam. Und da waren wir natürlich ablehnend für diesen Film, wir wollten sowas nicht haben ...“<sup>53)</sup>

Daß sich die Einstellungen der West-Berliner zur Mauer von Grund auf geändert hatten, bewies die Aufnahme des Films Mitte der achtziger Jahre: Er lief wochenlang vor ausverkauften Filmtheatern. Aus der Distanz von über 20 Jahren konnten die West-Berliner über jene Mauersatire lachen, die sie früher angewidert hatte. Sie hatten sich zu-

<sup>53)</sup> Vgl. dazu Helmut Kopetzky (Anm. 53), der Dialoge aus dem Film einblendet und kommentiert, u. a. mit Interviews.

nächst mit der Zweiteilung ihrer Stadt nicht abfinden *wollen*, schließlich aber doch abfinden *müssen* und sich sogar in ihrer Lage *zurechtgefunden*. Nachdem sie vom Geist des Kalten Krieges Abstand gewonnen hatten und Berlin nicht mehr als „Frontstadt“ betrachteten, zeigten sie sich fähig, Bspöttelung zu ertragen. Nicht der Film, sondern die Menschen und ihre Einstellungen zur Mauer hatten sich geändert. Eine Kinobesucherin umschrieb diesen Sachverhalt in einem Interview mit folgenden Worten: „Ich find einfach, daß man im Moment den richtigen Abstand hat zu der Situation, ... diese totale Schwarzweißmalerei, in der man damals drin gesteckt hat, in der man gelebt hat ... die Amis waren die Guten und die Russen die Bösen ... Man ist irgendwo so weit davon entfernt, man sieht so viel ... mehr Grautöne ..., daß man tatsächlich über sowas und über sich selber damals lachen kann ...“<sup>54)</sup>

### 2. Einstellungswandel im Schulbereich und Geschichtsdenken

Das Schulbuch stellt das Medium dar, in dem der heranwachsenden Generation das herrschende Geschichtsbild vermittelt wird. Je näher zeitgeschichtliche Vorgänge an die Gegenwart herandrücken, um so mehr ist ihre Bewertung von parteipolitischen Einstellungen abhängig. Dies gilt durchgängig für die deutsche Frage und Berlin-Frage, die in zeitgeschichtlichen Schulbüchern und den Richtlinien der Bundesländer einen wichtigen Stellenwert einnehmen<sup>55)</sup>.

Nach der Analyse von Marienfeld und Overesch wird der Mauerbau wegen seiner herausragenden Bedeutung in allen zeithistorischen Schulbüchern seit 1962 behandelt. Kennzeichnend ist eine moralisierende Betrachtungsweise, die emotionale Betroffenheit weckt, aber sachliche Information vernachlässigt oder vermissen läßt. Im Vordergrund steht die moralische Entrüstung über die „Schandmauer“ und Ulbrichts „KZ“.

<sup>54)</sup> Zitiert nach Helmut Kopetzky (Anm. 52); weitere Meinungsäußerungen ebd.

<sup>55)</sup> Vgl. dazu Wolfgang Marienfeld und Manfred Overesch, Deutschlandbild und Deutsche Frage in den geschichtlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und in den Richtlinien der Bundesländer 1949—1983, Hektografiertes Manuskript, erarbeitet im Auftrag des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig. Ich danke Herrn Wolfgang Jacobmeyer, der mir das unpublizierte Manuskript zugänglich gemacht hat.

Diese Tendenz ist in Volksschulbüchern stärker ausgeprägt als in Büchern weiterführender Schulen. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Ulbricht, der „während des Krieges Bürger der UdSSR geworden und mit der Roten Armee zurückgekommen war“, habe am 13. August 1961 aller Welt sichtbar gemacht, daß der „Bauern- und Arbeiterstaat der Deutschen Demokratischen Republik“ in Wirklichkeit ein „riesiges Gefängnis“ sei. „Mauer und Stacheldraht sollen den Weg in die Freiheit versperren.“ Sie bedeuteten eine „unmenschliche Belastung“, vor allem für Kinder, Familien und Pfarrgemeinden, aber auch eine „Verletzung der internationalen Verträge über Berlin“. „Da aber die Sowjetunion die Kommunisten in der SBZ an der Macht halten will, können unsere westlichen Verbündeten wenig unternehmen. Trotz Mauer, Stacheldraht und Volkspolizei versuchen täglich Menschen aus dem ‚Paradies der Werktätigen‘ zu fliehen. Immer wieder büßen Flüchtlinge ihren Willen zur Freiheit mit dem Leben. Die Volkspolizisten haben Befehl, auf jeden ‚Republikflüchtigen‘ zu schießen. Viele führen diesen Mordauftrag aus, manche schließen sich den Flüchtlingen an.“ Abschließend werden die Schüler ermahnt, die „SBZ“ mit der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen: „Wir leben in Freiheit, wir können an jeden Ferienort fahren, der uns gefällt; wir können unseren Feierabend verbringen, wie wir ihn wünschen — kein Schulungskurs versucht, unsere politische Meinung zuzuschneiden; unsere Zeitungen bringen Berichte und Bilder aus aller Welt. Vielleicht sollten wir öfter darüber nachdenken, was es bedeutet, als freier Bürger zu leben.“<sup>56)</sup> Abbildungen der „häßlichen Mauer“ mit Stacheldraht und Betonpfählen veranschaulichen diese moralisierende Darstellung.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen der „Abstimmung mit den Füßen“ und dem Mauerbau gesehen, doch bleibt die Frage nach den Folgen der Massenflucht für die DDR-Wirtschaft im allgemeinen ausgeklammert. Es fehlen Hinweise, daß zwischen dem Mauerbau und der Neuorientierung der Deutschland- und Ostpolitik in der Bundesrepublik Deutschland Zusammenhänge bestehen. Auch verschließen sich die Schulbücher der Erkenntnis, daß die Mauer den Status quo

<sup>56)</sup> Wolfgang Marienfeld/Manfred Overesch (Anm. 55), S. 216 ff. — Über den Einfluß der Politik und Ideologie in Schulbüchern vgl. Franz Pöggeler (Hrsg.), Politik im Schulbuch, Bonn 1985.

gefestigt und damit zugleich die Teilung Deutschlands und Berlins fixiert habe.

Bei den Neuausgaben der Schulbücher in den siebziger Jahren haben sich die Akzente verschoben: An die Stelle moralischer Empörung tritt stärker die politische Betrachtungsweise. Die Texte sind gekürzt und nüchterner und beschränken sich häufig auf die Wiedergabe von Fakten, Polemik gegen die DDR tritt zurück.

Die Zäsur des Mauerbaus erscheint so in neuem Licht. Hatte die Massenflucht „qualifizierter Arbeitskräfte“ bislang Anlaß geboten, gegen die „sogenannte DDR“ zu polemisieren, so werden nun die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen vorgestellt: „Nach dem Bau der Sperrmauer in Berlin macht die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR bemerkenswerte Fortschritte. Die DDR gehört heute zu den zehn stärksten Industriestaaten der Welt und ist für Moskau der wichtigste Handelspartner. Sie hat auch den höchsten Lebensstandard im Ostblock.“ Diese Erfolge hätten zu „berechtigtem Stolz auf die eigene Leistung“ geführt. „In der DDR hat sich weithin ein eigenes Staatsbewußtsein gebildet.“ Auch verschließen sich die Schulbücher nicht mehr Erkenntnissen, die in der Ära Adenauer tabu waren und ein neues Geschichtsdenken erforderten: „Nach dem Bau der Berliner Mauer setzte sich auch im Westen langsam die Auffassung durch, daß auf lange Sicht mit der Existenz zweier deutscher Staaten gerechnet werden müsse. Da eine Wiedervereinigung nach den Vorstellungen der fünfziger Jahre nicht möglich war, wurde eine Neubestimmung des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu ihren östlichen Nachbarn, einschließlich der DDR, notwendig.“<sup>57)</sup> Vergleicht man diese Belege mit Textstellen aus den sechziger Jahren, so werden Einstellungsänderungen deutlich, die sich im Geschichtsdenken vollzogen haben.

### 3. Fazit

Billy Wilders Film „Eins — zwei — drei“ (1961) und die heutigen Reaktionen darauf sowie Neuausgaben der Schulbücher dokumentieren einen Einstellungswandel zur Mauer von den sechziger zu den achtziger Jahren: von der „Schandmauer“ bis zur Erkenntnis, daß sie eine Realität sei. Anfangs hatten die Abriegelungsmaßnahmen einen

<sup>57)</sup> Alle Zitate nach Wolfgang Marienfeld/Manfred Overesch (Anm. 56), S. 381 und 383.

Schock ausgelöst: Schrecken, Angst, Verwirrung, vielfach Empörung. Sie schlugen um in Haß und Wut, denn die Mauer schien unerträglich zu sein: als inkarnierte Unmenschlichkeit, als provozierender Rechtsbruch, als nackter Gewaltakt des „KZ-Regimes“ Ulbrichts. Daher durfte es keinen Kompromiß geben: „Die Mauer muß weg!“

Aber die politischen Leidenschaften der Deutschen, vor allem der Berliner, kühlten sich in dem Maße ab, wie sie ihre Ohnmacht erkannten, die Mauer zu beseitigen; denn die Westmächte, insbesondere die USA, ließen es zwar nicht an markigen Worten fehlen, nahmen jedoch die Mauer hin, da sie ihres Erachtens den territorialen Status quo nicht zu ihren Ungunsten verändert hatte. So blieb den Berlinern nichts anderes übrig, als sich mit dem „Schandmal“ zu arrangieren, mit dem sie leben mußten. Sie nahmen damit zugleich Abschied von gesamtdeutschen Illusionen.

Im Zeichen des Vier-Mächte-Abkommens entkrampfte sich die Lage allmählich. Die meisten

Berliner haben sich seitdem an die Mauer gewöhnt. Viele von ihnen fühlen sich nur noch wenig von ihr gestört, und einige von ihnen leben sogar von ihr und den Touristen, für die die Mauer eine Attraktion ist, wenn auch eine nach wie vor unheimliche, weil unmenschliche.

25 Jahre Berliner Mauer lehren, daß sich die Zeiten ändern und wir uns mit ihnen: „Tempora mutantur, nos et mutamur in illis.“ Aber in Wirklichkeit sind es nicht die Zeiten, die sich ändern, sondern die Menschen selbst, wenn sich die Realitäten nicht ändern lassen. Nicht die Tatsachen haben sich dann geändert, sondern die Wahrnehmungen und Einstellungen der Menschen zu ihnen. Sie schlagen damit eine Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart und versöhnen so beide miteinander. 25 Jahre hat es gedauert, bis die Westdeutschen, insbesondere die Berliner, den Schock des 13. August 1961 verarbeitet und so die Mauer, obgleich sie fortbestand, dennoch politisch und geistig indirekt überwunden hatten.

# Innerdeutsche und internationale Aspekte der Berlin-Politik

## I. Einleitung

25 Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin und annähernd 15 Jahre nach dem Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens wird Bilanz in der Deutschland- und Berlin-Politik gezogen. Dabei kristallisiert sich immer mehr die Erkenntnis heraus, daß Berlin- und Deutschland-Politik nicht voneinander zu trennen sind. Die politische Situation von Stadt und Land Berlin kann zudem als ein Gradmesser sowohl der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als auch generell des Ost-West-Konfliktes angesehen werden. Berlin- und Deutschland-Politik werden jedoch nicht nur durch die politischen und militärischen Gegensätze zwischen Ost und West, zwischen Warschauer Pakt und NATO, bestimmt, sondern auch von Interessenlagen der Schutzmächte in Berlin, seit einiger Zeit auch der Europäischen Gemeinschaft — und natürlich der nationalen Interessen der Deutschen selbst.

Berlin ist darüber hinaus — wenn dies auch pathetisch klingen mag — nach wie vor ein Symbol für die Entschiedenheit der westlichen Staaten, offensiv für die Verteidigung der Freiheit einzutreten. Außerdem dokumentiert Berlin, daß die deutsche Frage „offen“, also noch nicht wirklich entschieden ist. Auch wenn die internationalen Einflußfaktoren der Berlin-Politik politische Einigungsprozesse erschweren mögen, so sorgt gerade die Existenz Berlins dafür, daß die deutsche Frage — die interessanterweise eher von der politischen Linken<sup>1)</sup> in den letzten Jahren erneut in die politische Diskussion gebracht wurde<sup>2)</sup> — nicht als ein rein deutsches Thema betrachtet werden kann. Zudem: Berlin zwingt auch zur Vermeidung von Krisen, zum Dialog und zur Kooperation der Weltmächte.

## II. Die Grundproblematik

Gelegentlich wird in Öffentlichkeit und Politik übersehen, daß Status- und Rechtsfragen ganz

wesentlich die Rahmenbedingungen jeder aktiven Berlin- und Deutschlandpolitik bestimmen müssen. Deshalb seien an dieser Stelle zunächst einige historische und juristische Gesichtspunkte ausgebreitet<sup>3)</sup>.

Die heutige Insellage von Berlin (West) geht auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und die damals getroffenen Abmachungen der Hauptsiegermächte über die Aufteilung des Deutschen Reiches zurück. Danach bildete Berlin ein besonderes Gebiet neben den vier Besatzungszonen. Diese be-

<sup>1)</sup> Siehe hierzu: Peter Brandt/Herbert Ammon, Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981; Wolfgang Pohrt, Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation, Pamphlete und Essays, Berlin 1982; Wolfgang Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch Gladbach 1982. Siehe zur Auseinandersetzung mit diesen deutschlandpolitischen Ansätzen der Linken: Günther Heckelmann, Die Linke und ihr Vaterland, in: Sonde, (1981) 4, S. 42 ff.; Pierre Hassner, Was geht in Deutschland vor? — Wiederbelebung der deutschen Frage durch Friedensbewegung und Alternative Gruppen in: Europa-Archiv, (1982) 17, S. 517 ff.; Wilfried von Bredow/Rudolf H. Brocke, Dreimal Deutschlandpolitik — Deutschlandpolitische Ansätze der Partei der GRÜNEN, in: Deutschland-Archiv, (1986) 1, S. 52 ff.; Eckhard Jesse, Die deutsche Frage rediviva, in: Deutschland-Archiv, (1984) 4, S. 397 ff.

<sup>2)</sup> Siehe darüber hinaus folgende Literaturhinweise: Günter Gaus, Wo Deutschland liegt, Hamburg 1983; Bruno Heck, Vaterland Bundesrepublik?, Zürich 1984; Karl Moersch, Sind wir denn eine Nation?, Bonn 1983; Helge Pross, Was ist heute deutsch?, Reinbek bei Hamburg 1982; Eberhard Schulz, Die deutsche Nation in Europa, Bonn 1982; Werner Weidenfeld, Die Frage

nach der Einheit der deutschen Nation, München 1981; ders., Die Identität der Deutschen, München 1983; ders., Ratlose Normalität — Die Deutschen auf der Suche nach sich selbst, Zürich 1984; ders. (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland — Materialien zur Politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985.

<sup>3)</sup> Siehe zu den Statusfragen Berlins insbesondere: Jürgen Fijalkowski/Peter Hauck/Axel Holst/Gerd-Heinrich Kemper/Alf Mintzel, Berlin-Hauptstadtanspruch und Westintegration, Köln-Opladen 1967; Dieter Mahncke, Berlin im geteilten Deutschland, München-Wien 1973; Alois Riklin, Das Berlinproblem, Köln 1964; Udo Wetzlaugk, Berlin und die deutsche Frage, Köln 1985.

sondere rechtliche Situation basiert auf einem Abkommen der Alliierten, einem Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und der Sowjetunion, wobei Frankreich dieser Vereinbarung am 26. Juli 1945 beitrug<sup>4)</sup>. Im Londoner Protokoll wurde bestimmt: „Deutschland, innerhalb der Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, wird zum Zwecke der Besetzung in drei Zonen eingeteilt, deren je eine einer der Drei Mächte zugewiesen wird, und ein besonderes Berliner Gebiet, das gemeinsam von den Drei Mächten besetzt wird.“<sup>5)</sup> In diesem Protokoll, in dem also neben den Besatzungszonen ein eigenes „Berliner Gebiet“ in den Grenzen von Groß-Berlin ausgewiesen wird, wurde auch die Gründung einer interalliierten Regierungsbehörde („Komendatura“) beschlossen<sup>7)</sup>.

Die militärische Besetzung Deutschlands bis zum 8. Mai 1945 vollzog sich freilich anders, als im Londoner Protokoll vorgesehen war. Daher räumten in den folgenden Wochen die amerikanischen und britischen Truppen die besetzten Gebiete im Westen der heutigen DDR. Gleichzeitig rückten Kontingente der Westmächte in die drei Westsektoren von Berlin ein. Es muß daher betont werden, daß die westliche Besetzung Berlins nicht etwa aufgrund eines sowjetischen Entgegenkommens geschah, sondern aus eigenem Recht, und zwar gleichberechtigt mit der Sowjetunion.

Die östliche Seite bestreitet diese ursprüngliche und gleiche Berechtigung der westlichen Alliierten. Sie versuchte, durch die Blockade 1948/49 und später durch politische Drohungen und Pressionen, die westliche Position entscheidend zu schwächen, vor allem seit dem Jahre 1958, als durch ultimative Noten der UdSSR eine Berlin-Krise ausgelöst wurde. Schon damals versuchte die östliche Seite mit großer Akribie den Nachweis zu führen, daß Berlin trotz der besonderen Vier-Mächte-Verantwortung immer ein Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone gewesen sei<sup>8)</sup>.

4) Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944—1966, München 1967, S. 16.

5) Ebda., S. 1.

6) Gesetz über die Gebietskörperschaft Groß-Berlin vom 27. April 1920, Preußische Gesetzsammlung, 1920, S. 123.

7) Dokumente zur Berlin-Frage (Anm. 4), S. 3.

8) Als Belege für die östliche Auffassung wurden herangezogen mißverständliche Formulierungen in einzelnen Berichten untergeordneter Ausschüsse des Alliierten Kontrollrats, auch wenn solche Äußerungen niemals den Wortlaut von früher getroffenen völkerrechtlichen

Das Protokoll vom 12. September 1944 wurde durch ein weiteres Abkommen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion vom 14. November 1944 ergänzt, in dem festgelegt war, daß die oberste Gewalt in Deutschland vom Alliierten Kontrollrat ausgeht und in jeder der Besatzungszonen von den jeweiligen Oberbefehlshabern der militärischen Streitkräfte „und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des durch das gegenwärtige Abkommen errichteten Obersten Kontrollorganes“<sup>9)</sup>. Das gemeinsam von den Vier Mächten besetzte Sondergebiet von Berlin wurde unter die Gewalt einer interalliierten Regierungsbehörde gestellt, die sich aus vier von ihren jeweiligen Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten zusammensetzte, „um gemeinsam die Verwaltung von Groß-Berlin zu leiten“. Dabei sollte jeder der Kommandanten der Reihe nach die Befugnisse des diensttuenden Kommandanten als Leiter der interalliierten Regierungsbehörde übernehmen<sup>10)</sup>. Diese Londoner Vereinbarungen wurden dann schließlich noch von den Regierungschefs auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 gebilligt, darüber hinaus von den Siegermächten mit Erklärungen vom 5. Juni 1945 bestätigt<sup>11)</sup>.

Nachdem auch die westlichen Alliierten in Berlin eingezogen waren, trat die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin am 11. Juli 1945 zu einer ersten Sitzung zusammen<sup>12)</sup>. Ab Frühjahr 1948 demonstrierte die östliche Seite immer stärker, daß sie sich von der Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin lösen wollte. So verließ am 20. März 1948 der sowjetische Oberkommandierende, Marschall Sokolowski, den Kontrollrat, womit die gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands zum Erliegen kam<sup>13)</sup>. Am 16. Juni 1948 zog sich dann schließlich der sowjetische Vertreter, Oberst Kalinin, aus der Alliierten Kommandantur zurück und wies gleichzeitig darauf hin, daß „Berlin in der sowjetischen Besatzungszone liegt und wirtschaftlich einen Teil der Sowjetzone bildet“<sup>14)</sup>.

Vereinbarungen zu ändern vermochten. Auch wurden praktische Ausnahmeregelungen, die sich wegen der geographischen Lage, z. B. aus der Unterstellung des gesamten Berliner Eisenbahnnetzes unter sowjetische Verwaltung, ergaben, als Beleg aufgeführt, um die gleiche Berechtigung der westlichen Alliierten in Frage zu stellen (siehe hierzu Erläuterungen in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [Hrsg.], Die Berlin-Regelung, Bonn 1971, S. 211 ff.; siehe ferner R. R. Legien, Die Viermächtevereinbarungen über Berlin — Ersatzlösungen für den Status quo?, Berlin 1961).

9) Dokumente zur Berlin-Frage (Anm. 4), S. 5.

10) Ebda.

11) Ebda., S. 11.

12) Ebda., S. 16.

13) Ebda., S. 63.

14) Ebda., S. 66.

Auch sonst wurde 1948 das Jahr, in dem die faktische Spaltung Berlins immer sichtbarer wurde. Am 6. September 1948 hatten kommunistische Demonstranten den Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung im Berliner Rathaus besetzt und die am 20. Oktober 1946 gewählten Volksvertreter gezwungen, ihre Sitzungen in den Westteil der Stadt zu verlegen<sup>15)</sup>. Der Kommandant des sowjetischen Sektors verbot darüber hinaus die für den 5. Dezember 1948 festgesetzten Neuwahlen des Parlaments, wobei einige Tage vorher, am 30. November, eine „außerordentliche Stadtverordnetenversammlung“ von SED-Vertretern stattfand, die im Ost-Berliner Admiralspalast den Magistrat von Groß-Berlin als abgesetzt erklärte und einen „provisorischen demokratischen Magistrat“ unter Friedrich Ebert bildete<sup>16)</sup>. Die gemeinsame Volksvertretung war damit gespalten, zumal die Neuwahlen nur in den drei Westsektoren durchgeführt werden konnten.

Die östliche Seite versuchte vor allem durch die Blockade 1948/49 die westliche Position entscheidend zu schwächen<sup>17)</sup>. Doch führte die Blockade auf der westlichen Seite zu Reaktionen, die von der östlichen Seite so nicht gewünscht sein konnten. Denn die Blockade zwang die Westmächte zu einer engeren Abstimmung, die ihre zuvor vorhandenen deutschlandpolitischen Divergenzen in den Hintergrund treten ließ.

Nach der Spaltung der einheitlichen Stadtverwaltung, dem sowjetischen Boykott der gemeinsamen Alliierten Kommandantur, der Blockade 1948/49, und der Abschnürung der westlichen Sektoren von vielen Verbindungen nach außen kam es schließlich zum Mauerbau des Jahres 1961. Berlin (West) blieb jedoch trotz aller Pressionen frei und entwickelte — im Rahmen des verbliebenen Sonderstatus — engste Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland<sup>18)</sup>.

Die Folge ist eine weitgehende Rechtseinheit zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet, vor allem die mit Billigung der Drei Mächte vollzogene wirtschaftliche Integration West-Berlins in die Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang muß vor allem auf die Bedeutung des Dritten Überleitungsgesetzes hingewiesen

<sup>15)</sup> Ebda., S. 70.

<sup>16)</sup> Ebda., S. 75.

<sup>17)</sup> Siehe hierzu insbesondere Udo Wetzlaugk (Anm. 3), S. 47 ff.

<sup>18)</sup> Gero Pfennig/Manfred J. Neumann (Hrsg.), Verfassung von Berlin — Kommentar, Berlin-New York 1978, siehe auch Peter Fülleln zu entsprechenden Artikeln hinsichtlich Berlins im Grundgesetz, in: Karl-Heinz Seifert/Dieter Hömig (Hrsg.) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Kommentar), Baden-Baden 1982.

werden: Der Bund übernimmt die finanziellen Sonderlasten Berlins<sup>19)</sup>.

Jene durch Berlin-Krisen und Konfrontation zwischen Ost und West gekennzeichnete Phase wurde durch das 1971 geschlossene Vier-Mächte-Abkommen abgelöst. Damit wurden wieder Verbindungen von Berlin (West) nach Berlin (Ost) und zum Gebiet der DDR möglich, die mit den Verbindungen zwischen Westdeutschland und der DDR mindestens vergleichbar sind. Durch das Vier-Mächte-Abkommen wurde auch die Beteiligung des westlichen Berlins am internationalen Austausch — unter dem Schirm und Dach der Bundesregierung — bekräftigt.

An dieser Stelle kann das Vier-Mächte-Abkommen nicht ausführlich analysiert werden, zumal im Zusammenhang mit der Ostpolitik der damaligen Bundesregierung auch die entsprechenden Vertragswerke der Würdigung bedürften, insbesondere der Grundlagenvertrag<sup>21)</sup>, aber auch der Moskauer und Warschauer Vertrag. Es wäre eine Fehldeutung des Vier-Mächte-Abkommens, würde man darin den Versuch sehen, die rechtlichen Auffassungen der beiden Seiten auf einen Nenner zu bringen. Vielmehr ist auch nach dem Vier-Mächte-Abkommen die Rechtslage in grundlegenden Punkten umstritten. So behauptete der Botschafter der UdSSR in Berlin (Ost) am 12. September 1971, also wenige Tage nach Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens, daß das „sozialistische Berlin“ — nämlich Berlin (Ost) — nie Gegenstand der Verhandlungen über das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 gewesen sei<sup>22)</sup>.

Demgegenüber stellte die westliche Seite, so die amerikanische Botschaft am 22. September 1971, klar, daß sich das Abkommen auf ganz Berlin erstrecke. Beide Seiten hatten ihre grundsätzlichen Positionen zum Berlin-Status also nicht aufgegeben. Dementsprechend wird in der Präambel des Vier-Mächte-Abkommens und in Ziffer I nur der Ausdruck „das betreffende Gebiet“ verwendet, eine ausdrückliche Beschreibung dieses Ge-

<sup>19)</sup> Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (3. Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (BGBl. I 1952, S. 1).

<sup>20)</sup> Siehe hierzu: Hartmut Schiedermaier, Der völkerrechtliche Status Berlins nach dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, Berlin-Heidelberg-New York 1975.

<sup>21)</sup> Siehe hierzu: Georg Röss, Die Rechtslage Deutschlands nach dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972, Berlin-Heidelberg-New York 1978.

<sup>22)</sup> Hans Heinrich Mahnke, Das Hauptstadtproblem, in: Hans Adolf Jacobsen/Gert Leptin/Ulrich Scheuner/Eberhard Schulz (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München-Wien 1979, S. 129.

bietet jedoch nicht gegeben<sup>23</sup>). Aus westlicher Sicht gilt: Der heutige Status von Berlin, damit auch die Rechtsstellung von Berlin (Ost), mußte nicht im Vier-Mächte-Abkommen von 1971 fixiert werden, sondern war durch ein seit 1944 aufgebautes System von Fall-Entscheidungen („cases“) bereits festgelegt<sup>24</sup>).

Ohne auf alle Einzelheiten eingehen zu können, die in ihrer Zusammenschau die westliche Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens ergeben, sollen hier nur einige grundsätzliche Hinweise gegeben werden: Im Vier-Mächte-Abkommen werden die originären Kompetenzen der früheren Siegermächte ausdrücklich erwähnt; wird doch in der Präambel von der Grundlage ihrer „Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht berührt werden“, gesprochen.

Die Zielsetzung des Vier-Mächte-Abkommens war also nicht die Überbrückung unüberbrückbarer rechtlicher und politischer Grundsatzpositionen von West und Ost, sondern vielmehr die praktische Verbesserung der Lage in Berlin, vor allem der Berliner Bevölkerung. Dieses Abkommen hat der östlichen Seite die wesentlichen Hebel für eine tatsächliche Bedrohung oder Abschnürung des freien Berlin genommen. Allerdings ist ein bis ins subtilste Details reichender Auslegungstreit geblieben, wobei beide Seiten versuchen, ihre politischen und juristischen Positionen gegenüber dem Vier-Mächte-Abkommen zu verbessern oder zumindest — und dies mit größerem Erfolg — derartige Versuche der anderen Seite zu unterbinden.

### III. Die Bedeutung Berlins für die Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe „Deutschland-Politik“ und „Berlin-Politik“ verwendet, was die Vermutung nahelegt, es handle sich hier um zwei getrennte Politikbereiche mit unterschiedlichen Gegenständen. Tatsächlich sind es aber zwei Kreise, die sich schneiden. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung hat Berlin sogar zum Hauptgegenstand. So erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, fast am Ende in einer längeren Grund-

<sup>23</sup>) Unter Ziffer II sind enthalten die „Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen“. Daraus ergibt sich rechtslogisch, daß — wenn unter Ziffer I von „dem betreffenden Gebiet“ gesprochen wird — damit nicht nur Berlin (West) gemeint sein kann, sondern alle vier Sektoren.

<sup>24</sup>) Siehe auch Hans Heinrich Mahnke (Anm. 22), S. 129.

Ergänzend sollen hier noch einige Bemerkungen zu den praktischen Verbesserungen gemacht werden: Daß die Bindungen zwischen Berlinern und Deutschen in der DDR nach wie vor bestehen, kann an der Zahl der Besuche von West-Berlinern in Ost-Berlin und der DDR aufgezeigt werden. In der Zeit von Ostern 1972 bis einschließlich 31. Mai 1986 fanden insgesamt ca. 36,7 Millionen Besuche statt, wobei im Zeitraum zwischen Juni 1972 und Mai 1973 mit 3,72 Millionen der Höhepunkt erreicht wurde.

Die Erhöhung des Mindestumtausches im Oktober 1980 hat diesen Reiseverkehr erheblich beeinträchtigt. Immerhin besuchten zwischen Juni 1984 und Mai 1985 wieder 1,77 Millionen West-Berliner Ost-Berlin und die DDR und im Zeitraum zwischen Juni 1985 und Mai 1986 gab es sogar ca. 2,1 Millionen Besucher.

Reisende von und nach Berlin (West) gab es im Jahre 1985 im Straßen-, Eisenbahn- und Luftverkehr insgesamt 28 698 964. Allein der Transitverkehr (Straße und Schiene) erbrachte eine Zahl von 23 736 776 und damit gegenüber dem Vorjahr (21 774 458) eine Steigerung um 9%. Wer die Verkehrszahlen von 1957 bis 1985 im Transitverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet vergleicht, kann eine stetige Steigerung feststellen. 1957 wurden 4,884 Millionen Personen registriert, 1958 6,584 Millionen, 1960 8,05 Millionen, 1970 12,505 Millionen, 1980 23,869 Millionen und — wie berichtet — 1985 28,699 Millionen. Diese enorme Steigerung zeigt auf, wie wichtig die Verbindung zwischen Berlin und den anderen Bundesländern ist.

satzrede zur Deutschlandpolitik am 4. Februar 1986: „Bisher ... habe ich nur scheinbar wenig von Berlin gesprochen, In Wirklichkeit hat nahezu jeder innerdeutsche Sachverhalt unmittelbar mit Berlin zu tun.“<sup>25</sup>) Die wichtigsten Gesichtspunkte dieses Beziehungsgeflechtes sind:

Die Bundesregierung vertritt Berlin nach außen, also gegenüber dem Ausland, aber auch gegenüber der DDR. Dies ist im Vier-Mächte-Abkommen bestätigt worden. Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR müssen

<sup>25</sup>) Eberhard Diepgen, Perspektiven statt Illusionen — Berliner Anmerkungen zur Politik in Deutschland, in: Der Übersee-Club in Hamburg, Mitteilungen, (1986) 2, S. 19 (veröffentlicht auch in: Deutschland-Archiv, [1986] 3, S. 268 ff.).

daher Berlin einbeziehen, darauf erstreckt bzw. darauf ausgedehnt werden. Im Detail führt dies häufig zu Schwierigkeiten und Komplikationen — was im übrigen generell auch für Vereinbarungen mit anderen Staaten des Warschauer Paktes gilt.

Deshalb muß eingeräumt werden, daß die Berlin-Frage gelegentlich auch als ‚Bremse‘ für innerdeutsche Vereinbarungen wirkt: So haben Berlin-Probleme das Kulturabkommen mit der DDR über viele Jahre hinweg aufgehalten, bevor es unter der jetzigen Bundesregierung zu Ende verhandelt und am 6. Mai 1986 in Berlin (Ost), 13 Jahre nach Verhandlungsbeginn, unterzeichnet werden konnte. Ein Wissenschaftsabkommen mit der DDR ist fast unterschrittsreif — aber immer noch fehlt es an einer Einigung über Berlin-Probleme. Für die Bundesregierung sind Vereinbarungen mit der DDR nur dann akzeptabel, wenn eine ausreichende Einbeziehung von Berlin (West) erfolgt.

Berliner Probleme begründen auch selbst einen erheblichen Teil der innerdeutschen Aktivitäten. So hatten viele Vereinbarungen mit der DDR vor allem eine Verbesserung der Verkehrswege zwischen Westdeutschland und Berlin zum Inhalt. Vor allem die Straßenverbindungen, aber auch die Binnenwasserstraßen und zum Teil die Schienenverbindungen wurden verbessert und ausgebaut. Diese Maßnahmen mußten auf dem Gebiet der DDR vorgenommen werden, deren Eigeninteresse an der Verbesserung der Verkehrswege zwar keineswegs fehlte, aber im Vergleich zu dem westlichen Interesse doch verhältnismäßig gering zu veranschlagen war. Eine Realisierung der genannten Verbesserungen war also ohne erhebliche finanzielle Beiträge der Bundesregierung nicht möglich. In den Jahren von 1976 bis 1988 wurden für die Verbesserung der Straßenverbindungen ausgegeben oder sind z. Z. veranschlagt 1,806 Milliarden DM, für die Binnenschiffsverkehr 340 Millionen DM und für das Transit-Schienennetz 133,6 Millionen DM. Bedenkt man, daß die finanziell-wirtschaftlichen Leistungen an die DDR ein wesentliches Instrument der Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber der DDR sind, so bedeutet das: Berlin wirkt nicht nur als „Bremse“, sondern kann gleichzeitig auch ein starker Motor für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen sein. Das Beispiel der Verkehrsverbindungen ist noch mit dem Hinweis zu ergänzen, daß diese Verbesserungen durch Beiträge der Bundesrepublik Deutschland fast stets mit weiteren Regelungen oder — formell — einseitigen Handlungen der DDR gekoppelt waren, die auch zu Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis führten.

Das gleiche Prinzip wie für die genannten Verkehrsverbesserungen gilt im übrigen auch für andere Regelungen. Erwähnt seien Leistungen der Deutschen Bundespost an die DDR, vor allem zur Verbesserung der Fernmeldeverbindungen zwischen Westdeutschland und Berlin. So wurde 1985 eine Vereinbarung über die Verlegung eines Glasfaser-Kabels getroffen, das den Telefonverkehr zwischen Westdeutschland und Berlin entscheidend verbessern wird.

Die Verbesserung der Transit-Verkehrswege, die auch den Deutschen in der DDR nützt, macht ein weiteres Ziel der Deutschland-Politik sichtbar: über Vorteile für Berlin (West) und das übrige Bundesgebiet hinaus Verbesserungen für die Lage der Menschen in Berlin (Ost) und der DDR zu erreichen. Bisweilen kann ein und dieselbe Vereinbarung gleichzeitig den Deutschen in Berlin (West), in Westdeutschland, in Berlin (Ost) und in der DDR nutzen. Dieses Idealziel besteht etwa im Bereich des Umweltschutzes, der nach grenzüberschreitenden Lösungen verlangt. Bislang verlief auf diesem Gebiet die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen nicht so stürmisch wie in früheren Zeiten auf dem Verkehrssektor. Es ist aber nicht auszuschließen, daß hier die politische Lage nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl und damit auch der in der DDR gewachsene Bevölkerungsdruck für verstärkte Umweltschutzmaßnahmen beschleunigend wirken kann. Einen positiven Einfluß könnten auch die erfolgreichen Verhandlungen Bundesaußenminister Genschers vom 20. bis 22. Juli 1986 in Moskau ausüben, die zur Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geführt haben, das eine hinreichende Einbeziehung von Berlin (West) ermöglicht und damit auch den politischen Spielraum der DDR bei ihren eigenen Verhandlungen mit der Bundesrepublik markiert.

Berlin-Politik wird schließlich Teil der Deutschlandpolitik dann, wenn der Senat von Berlin selbst Verhandlungen mit der DDR führt. Dies ist nach dem Vier-Mächte-Abkommen nur für einige Gebiete vorgesehen, die indes für Berlin besonders wichtig sind: der Reise- und Besucherverkehr der West-Berliner nach Ost-Berlin und in die DDR, der Gebietsaustausch mit der DDR bzw. Berlin (Ost) und weitere Kommunikationen, wie sie in einer nun schon lange geteilten, aber dennoch vielfältig miteinander verbundenen Stadt unabweisbar sind.

Die Gespräche und Vereinbarungen des Senats mit der DDR sind in aller Regel formell von denen der Bundesregierung gegenüber der DDR deutlich geschieden. Tatsächlich haben sich aber in den vergangenen Jahren Senat und Bundesre-

gierung eng und erfolgreich abgestimmt; schließlich ist die DDR in beiden Fällen der Verhandlungspartner. Und diese verzichtet ebensowenig wie die UdSSR auf Versuche, ihre grundsätzliche Position gegenüber der westlichen Seite zu verbessern. So wird dem Berliner Senat nicht selten von der DDR ein unannehmbares Angebot gemacht, auf solchen Gebieten Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen zu schließen, die nach westlicher Auffassung nicht in die Zuständigkeit des Senats fallen, sondern entweder in die der Bundesregierung oder — weil es sich um alliierte Vorbehalte handelt — in die der Schutzmächte selbst. Die DDR ist in hartnäckiger Weise bestrebt und läßt sich auch durch die bisherigen Mißerfolge nicht davon abhalten, eigene Vorstellungen über die Zuständigkeiten des Senats von Berlin durchzusetzen, anstatt zu akzeptieren, wie Schutzmächte, Bundesregierung und Senat die Zuständigkeiten tatsächlich geordnet haben. Dahinter steht das offenkundige östliche Bestreben, den Rechtsstatus Groß-Berlins zu leugnen, die Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik Deutschland ebenso zu bestreiten wie gleichzeitig die integrierende Zugehörigkeit des Ostsektors zur DDR zu betonen und demonstrativ zu unterstreichen.

Deutschland- und Berlin-Politik bedeutet also auch, verlockende Angebote der anderen Seite unbeachtet zu lassen, da sich die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen nicht zu Lasten des Status von Berlin vollziehen darf. Als Beispiel sei der Asylantenstrom nach Berlin (West) genannt, der sichtbar macht, wie sensibel der Status Berlins ist. Da die DDR Berlin (West) nicht als Teil der Bundesrepublik betrachtet, erklärt sie, die Probleme hinsichtlich des Asylantenzustroms vom Flugplatz Schönefeld über die innerstädtische Grenze ließen sich gegebenenfalls dann lösen, wenn der Senat unmittelbar mit der DDR verhandle.

Im Rahmen der Deutschland-Politik der DDR hat Berlin auch aus folgenden Gründen eine besondere Bedeutung: In Berlin-Fragen wird das Mitspracherecht und die endgültige Entscheidungsbefugnis der Sowjetunion gegenüber der DDR noch deutlicher als in anderen Bereichen der Außenpolitik der DDR (wozu nach ihrer Auffassung die Deutschland-Politik gehört). Offiziell bringt die östliche Seite — wie bereits ausgeführt — immer wieder zum Ausdruck, daß sich der Vier-Mächte-Status Berlins heute nur noch auf Berlin (West) konzentriere, die Sowjetunion also für den Westteil ihre Befugnisse aufrechterhalten habe, in Berlin (Ost) dagegen die DDR als uneingeschränkter Souverän behandelt würde.

Die östliche Seite eröffnet sich mit dieser Auslegung ein reiches Instrumentarium: Sie kann das Interesse der Bundesrepublik an einer befriedigenden Berlin-Einbeziehung und an für Berlin wichtigen materiellen Regelungsinhalten nutzen. Sie wird immer versuchen, Dinge mit dem Berliner Senat zu regeln, die in die Zuständigkeit der Bundesregierung fallen. Sie bemüht sich dabei, ihren Vorteil mit einer „besseren“ Verhandlungsposition gegenüber einem „schwächeren“ Partner, der der Senat im Verhältnis zur Bundesregierung nun einmal ist, auszuspielen, wobei sie damit auch gleichzeitig eine Stärkung der östlichen Grundsatzzpositionen zum Status von Berlin (West) herbeiführen will. Die DDR wird dabei immer wieder versuchen, die „integrierende“ Zugehörigkeit des Ostsektors von Berlin zur DDR zu untermauern und hervorzuheben. Diese Versuche werden mit der Sowjetunion abgestimmt, die dabei auch auf den angeblich unterschiedlichen rechtlichen Status der Westsektoren einerseits und von Berlin (Ost) andererseits Bezug nimmt.

Gleichwohl verfolgt die DDR in diesem Zusammenhang eigene Interessen, nämlich die besondere Hervorhebung der Hauptstadt-eigenschaft von Berlin (Ost). Dabei bedient sie sich einer Semantik, die Berlin (Ost) als das eigentliche Berlin — ohne Zusatz oder in Verbindung mit der Bezeichnung „Hauptstadt der DDR“ — in den Vordergrund treten läßt. Mit dieser Semantik und Politik verbinden sich für die DDR gleichzeitig mehrere Vorteile:

— Sie versucht, ihre historische Legitimation zu verstärken, indem sie die Hauptstadt-Tradition Berlins weiterführt. Gerade in der gegenwärtigen Phase der DDR-Politik, in der in Abkehrung von früheren vulgär-marxistischen Einstellungen das historische Erbe betont wird<sup>26</sup>), verringert die DDR damit ihr — freilich nach wie vor sehr großes — Legitimationsdefizit in der eigenen Bevölkerung und bei Dritten.

— Die DDR attackiert dabei gleichzeitig die Position von Berlin (West), das — nach ihrer Beschreibung — sozusagen in der Nachkriegszeit stehen geblieben erscheint, das noch unter Besatzungsrecht steht und im Vergleich zu dem langsamen, aber beharrlichen Aufblühen Ost-Berlins als Gebiet ohne Perspektiven dargestellt wird.

— Darüber hinaus kann die DDR versuchen, ein relativ entspanntes Verhältnis zur Bundesregierung mit einer härteren Haltung gegenüber dem Senat von Berlin zu kombinieren oder umgekehrt.

<sup>26</sup>) Siehe Peter Jochen Winters, Alleinvertretungs-Anspruch für die ganze deutsche Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. August 1983.

## IV. Die Bedeutung Berlins für die sowjetische Deutschlandpolitik

Wie aus den aufgeführten Beispielen ersichtlich, hat die DDR vielfältige Möglichkeiten, Berlin zum Hebel ihrer deutschlandpolitischen Aktivitäten zu machen. Darüber hinaus muß wohl auch in Betracht gezogen werden, daß es zwischen der Sowjetunion und der DDR in bezug auf Berlin nicht nur Interessenidentitäten, sondern auch Interessendivergenzen gibt. Denn Berlin ist für die Sowjetunion ein wichtiges Potential, um ihr unangenehme Entwicklungen in der Deutschland- und Außenpolitik der DDR frühzeitig zu beeinflussen. Wie am Beispiel des von der DDR gemachten Versuchs der Einführung einer Visumpflicht für in Berlin (West) akkreditierte Diplomaten aufgezeigt werden kann, bestimmt die Sowjetunion im Konfliktfall die Gestaltungsfreiheit der DDR in ihrer Deutschlandpolitik. Denn Berlin (West) ist ein Mittel, mit dem sich die Sowjetunion selbst ins Spiel bringen kann, und zwar auch gegenüber den drei westlichen Alliierten. Die Sowjetunion wird auf diese Möglichkeit wohl noch lange nicht verzichten wollen. Insbesondere wird die Berlin-Karte

von ihr immer dann gespielt werden, wenn gegenüber den westlichen Alliierten bestimmte Signale gegeben werden sollen. So können z. B. Schwierigkeiten bei Patrouillenfahrten der drei Westalliierten auftreten oder „technische“ Erschwernisse für den alliierten Luftverkehr in den Korridoren entstehen. Allerdings besteht diesbezüglich kein Grund zu Dramatisierungen, zum einen, weil das Vier-Mächte-Abkommen Druckmöglichkeiten der östlichen Seite deutlich verringert hat (vor allem die gröberen Instrumente stehen seitdem nicht mehr zur Verfügung), zum anderen — und darauf hat des öfteren schon als damaliger Regierender Bürgermeister von Berlin Richard von Weizsäcker hingewiesen — ist Druck auf Berlin für die Sowjets auch ein problematisches Mittel: Er führt nämlich zu einer raschen Solidarisierung der westlichen Seite, zu einem engeren Zusammenrücken, wo es doch der Sowjetunion darum gehen muß, Auffassungsunterschiede innerhalb des Westens zu vertiefen und die westlichen Mächte so möglichst gegeneinander auszuspielen.

## V. Die Deutschlandpolitik der Schutzmächte

Bereits bei der Betrachtung der sowjetischen Position ist deutlich geworden, daß die Berlin-Frage keineswegs nur eine innerdeutsche Dimension hat, sondern auch eine atlantische. Präziser gesagt: Sie hat Bedeutung für das Verhältnis der NATO zum Warschauer Pakt, für das Verhältnis der Supermächte untereinander.

Die Politik der drei Schutzmächte ist vor allem — selbstverständlich — auf die Wahrung des Status gerichtet. Für viele praktische Belange hat dieser Status im Vier-Mächte-Abkommen seine Konkretisierung gefunden. Diese Regelungen einzuhalten und auszuschöpfen ist ein Kernpunkt der westlichen Berlin-Politik. In diesem Bereich sind die Verfahren der Abstimmung und Kommunikation besonders anschaulich: Die Drei Mächte und die Bundesregierung stimmen sich ständig und sorgfältig miteinander ab. Eine aus Vertretern der Botschaften der Drei Mächte und des Auswärtigen Amtes bestehende „Bonner Vierergruppe“ stellt dabei das wichtigste Steuerungsinstrument dar<sup>27)</sup>. Ihre umfangreiche Tagesordnung enthält von der Zurückweisung östlicher Proteste gegen internationale Veranstaltungen in Berlin (West) oder ge-

gen die Teilnahme von Berlinern im internationalen Austausch oder westliche Proteste gegen Verletzungen des Status von Berlin (Ost) über Fragen des Berlin-Verkehrs bis zur Konsultation wichtiger innerdeutscher Vereinbarungen ein breites Spektrum wechselseitiger Information, Beratung und Abstimmung. Diese beziehen auf deutscher Seite auch den Senat von Berlin ein, zumal dieser in einem noch dichteren Geflecht ständiger Kontakte mit den Schutzmächten in Berlin steht: von der Ebene der alliierten Kommandanten und Gesandten bis zu den im Schöneberger Rathaus amtierenden Verbindungsoffizieren.

Die Berlin-Frage ist also auf westlicher Seite heute ein Musterbeispiel für engste Abstimmung zwischen den Schutzmächten untereinander wie auch mit Bundesregierung und Senat. Das Routineinstrumentarium der wöchentlichen Sitzungen wird natürlich durch Besprechungen auf höherer Ebene ergänzt, vor allem der Ebene des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und der drei westlichen Botschafter. Darüber hinaus finden am Vorabend der NATO-Außenministerkonferenzen — zweimal im Jahr — Deutschlandtreffen statt. In diesen Treffen wird jeweils berlinpolitische Bilanz gezogen, und es werden Perspektiven für die Zukunft erarbeitet.

<sup>27)</sup> Wie weiter unten ersichtlich, ist der Deutschlandvertrag (Art. 6) die eigentliche Grundlage für die Bonner Vierergruppe.

Ein enges Beziehungsgeflecht der deutschen Seite mit den westlichen Alliierten gibt es aber nicht erst seit dem Vier-Mächte-Abkommen. Die Pariser Deutschlandverträge vom 26. Mai 1952 in der geänderten Fassung vom 23. Oktober 1954 legen die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die Französische Republik in ihrer Berlin- und Deutschlandpolitik in präziser Weise fest. In dem „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (Deutschlandvertrag)“ wird das Besatzungsregime in der Bundesrepublik Deutschland beendet, das Besatzungsstatut aufgehoben und insoweit der Bundesrepublik Deutschland die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten zuerkannt. In Artikel 2 dieses Vertrages heißt es zur deutschen Frage: „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.“<sup>28)</sup>

Die Unterzeichnerstaaten waren und sind sich darüber einig, „daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll.“ (Art. 7,1)<sup>29)</sup>. Die Ver-

tragspartner waren sich darüber hinaus einig, „daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß“ (Art. 7,1). Vertraglich ist außerdem vereinbart, daß die Unterzeichnerstaaten bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung zusammenwirken, „um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ (Art. 7.2). Der Deutschlandvertrag verpflichtet die Drei Mächte und die Bundesrepublik in Artikel 6, sich eng in ihrer Berlin-Politik zu konsultieren (siehe Bonner Vierergruppe, gelegentlich auch „Bonn-Group“ genannt). Er zeigt also das Netzwerk gegenseitiger Verpflichtungen für eine auf Frieden und Freiheit gerichtete Deutschlandpolitik auf. Dieses Vertragswerk ist ein zentrales Dokument, weil es die Verpflichtungen der westlichen Alliierten wie auch der Bundesrepublik Deutschland für ein demokratisches, wiedervereinigtes Deutschland festschreibt, das sich der europäischen Integration verpflichtet. Es gibt nicht nur der westlichen Deutschlandpolitik eine formale Grundlage, sondern zeigt auch die Ideale der westlichen Politik für die Verteidigung von Frieden und Freiheit auf. Dies belegt auch Artikel 3,1 des Deutschlandvertrages, in dem die Bundesrepublik versichert, sie werde ihre Politik „in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.“<sup>30)</sup>

## VI. Gibt es eine europäische Deutschlandpolitik?

Eine ausformulierte Deutschland- und Berlin-Politik der Europäischen Gemeinschaft gibt es zwar nicht, doch bestehen einige rechtliche Rahmenbedingungen, die insbesondere die Rolle Berlins in der Politik der EG berücksichtigen und damit auch die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland wie auch an die Europäische Gemeinschaft verstärken. Die Römischen Verträge des Jahres 1957 behandeln in ihrem Zusatzprotokoll den innerdeutschen Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als Binnenhandel. Dieser innerdeutsche Handel

besitzt damit einen Sonderstatus, unterstreicht er doch die Besonderheit der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. So heißt es in einem „Protokoll über den innerdeutschen Handel und der damit zusammenhängenden Fragen“, daß „Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist“, und zwar „unter Berücksichtigung der zur Zeit infolge der Teilung Deutschlands gegebenen Verhältnisse“<sup>31)</sup>. (Vergleiche auch die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag über die Bedeutung des

<sup>28)</sup> Zitiert nach: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Grundgesetz — Textausgabe, Bonn 1977, S. 109 ff.; veröffentlicht auch in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972.

<sup>29)</sup> Ebda.

<sup>30)</sup> Ebda.

<sup>31)</sup> Zitiert nach: Claus Schöndube, Europa — Verträge und Gesetze, Bonn 1982, S. 177.

innerdeutschen Handels für die Bewertung der innerdeutschen Beziehungen.)

Darüber hinaus haben bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge die anderen Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft „zu allen erforderlichen Maßnahmen“ erklärt, „um die wirtschaftliche und soziale Lage Berlins zu erleichtern, seine Entwicklung zu fördern und seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern.“<sup>32)</sup>

Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Europäische Gemeinschaft die Deutschland-Politik zum Schwerpunkt erklärt hat. Zwar gibt es im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) vielfältige gemeinsame außenpolitische Aktivitäten der europäischen Staaten (so eine westliche Ostpolitik zu Fragen des Selbstbestimmungsrechtes oder zur Afghanistan-Politik der Sowjetunion). Indes hat die seit 1970 bestehende EPZ, die aufgrund einer politischen Übereinkunft außerhalb der Römischen Verträge zustande kam und erst jetzt aufgrund des Luxemburger Gipfels vom Dezember 1985 eine vertragliche Regelung erfahren soll, bisher die Deutschlandpolitik weitgehend ausgeklammert. Wie bereits dargestellt, gibt es allerdings eine

Deutschlandpolitik der Drei Mächte und der NATO-Mitgliedstaaten.

Es soll auch nicht übersehen werden, daß es innerhalb der befreundeten westeuropäischen Staaten — wie auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland selbst — unterschiedliche Auffassungen zur Wiedervereinigung gibt. Ein gewisses Aufsehen erregte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1984 die Tatsache, daß der damalige italienische Außenminister Andreotti nicht nur formulierte: „Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei müssen es bleiben“, sondern auch das Gespenst des „Pangermanismus“ als drohende Gefahr bezeichnete. Das Konzept der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland basiert jedoch letztlich auf der Einsicht, daß damit auch die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland Teil einer gesamteuropäischen Politik ist. Wenn im befreundeten europäischen Ausland die Bemühungen um die deutsche Einigung keine Unterstützung erfahren sollten, könnte dies leicht dazu führen, daß auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das bisher weitestgehend unumstrittene Ziel europäischer Einigungsbemühungen ebenfalls in Frage gestellt werden könnte. Wiedervereinigung und europäische Einigungsbemühungen bedingen einander.

## VII. Thesen zur Deutschland- und Berlin-Politik

1. Berlin liegt im Schnittpunkt zweier antagonistischer politischer Systeme. Berlin (West) ist ein Symbol der westlichen Freiheit: Die Präsenz der Schutzmächte in Berlin dokumentiert auf symbolhafte Weise den politischen Willen der westlichen Staatengemeinschaft, Berlin als „Vorposten der Freiheit“ nicht preiszugeben.

Vielleicht mag diese Aussage etwas pathetisch klingen, doch hat Berlin trotz des Vier-Mächte-Abkommens nach wie vor den Charakter eines Gradmessers des Ost-West-Verhältnisses. Am deutlichsten zeigte dies die Berlin-Blockade 1948/49. Diese führte übrigens nicht nur dazu, daß sich die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland inklusive der in Berlin (West) lebenden Bürger frühzeitig den einstigen westlichen Siegermächten zuwandte und sich auch innerlich unter deren Schutz stellte, sondern daß die westlichen Siegermächte gleichzeitig veranlaßt wurden, ihre gelegentlich divergierenden Deutschlandkonzeptionen zu vereinheitlichen und eng miteinander sowie mit der Bundesregierung abzustimmen.

<sup>32)</sup> Gemeinsame Erklärung betreffend Berlin, veröffentlicht in BGBl. I 1957, II, S. 760, zitiert nach: Claus Schöndube, (Anm. 31), S. 75.

Berlin dokumentiert gleichzeitig die Offenheit der deutschen Frage: „Berlin ist eine Art Antiblockiersystem — gegen endgültige negative Entscheidungen. Solange es Berlin in der heutigen Form gibt, kann die Deutsche Frage auf der Basis der Teilung nicht endgültig beantwortet werden. Und angesichts der Präsenz von Vier Mächten in Berlin wird die Teilung auch nicht überwunden werden können. Berlin mahnt zur Mäßigung und zum vernünftigen Umgang miteinander.“<sup>33)</sup>

2. Ein Festschreiben des Status quo kann also nicht bereits ein Ziel der Deutschlandpolitik sein. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich selbst durch freie Wahlen legitimiert, kann darüber hinaus einseitig gar nicht auf das Gebot der Wiedervereinigung verzichten, solange nicht die Deutschen in der DDR selbst die Möglichkeit haben, sich in freien und geheimen Wahlen für oder gegen eine gesamtstaatliche Einigung zu entscheiden. Langfristiges Ziel deutscher Politik muß also die friedliche Überwindung der Teilung der deutschen Nation sein, ohne daß damit Freiheit und Stabilität gefährdet werden.

<sup>33)</sup> Eberhard Diepge (Anm. 25).

3. Es geht nicht nur um die Teilung Deutschlands, sondern auch um die Teilung Europas. Ihre Überwindung ist vor allem eine Frage der Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker. Gerade die Deutschen müssen aufgrund ihrer eigenen Geschichte und der Spaltung ihres Volkes die sensibelsten Mahner für eine europäische Friedensordnung sein, aber auch für ein Selbstbestimmungsrecht derjenigen Europäer, für die dieses Recht noch keine Gültigkeit hat. Die Lösung der deutschen Frage wird wohl gleichzeitig nur eine europäische Lösung sein können<sup>34</sup>). Die Bundesrepublik ist durch Vertragswerke im atlantischen Bündnis wie auch in der Europäischen Gemeinschaft verankert. Dies bedeutet, daß sie die politischen Rahmenbedingungen sowohl innerhalb der EG als auch im NATO-Bündnis so beeinflussen muß, daß die deutsche Frage offen bleibt.

Indes breitet sich nicht nur innerhalb der sogenannten Friedensbewegung ein diffuser Kulturnationalismus aus, der letztlich die europäische Integration in Frage stellt. Als Beispiel sei Günter Gaus genannt, der einer tiefen Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß Ausdruck verleiht. Der europäische Weg, so Gaus, zementiere „gleichzeitig durch den weiteren Ausbau der Westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Teilung des Kontinents“, und bilaterale Handelsabkommen zwischen einzelnen EWG- und RGW-Staaten seien seit einigen Jahren nicht mehr möglich, weil eine von Brüssel „betriebene europäische Spaltungspolitik“ die ohnehin geringen Handlungsvollmachten der osteuropäischen Staaten nur noch weiter zugunsten der Moskauer RGW-Zentrale einenge: „Die EWG selbst ist die Säule, auf der westlicherseits die europäische Teilung ruht.“<sup>35</sup>) Trotz dieser fundamentalen Kritik ist die proeuropäische Ausrichtung nach wie vor wesentliche Handlungsmaxime der Deutschland-Politik der Bundesrepublik Deutschland: „Eine neutralistische, nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage, wie sie in den Vorstellungen bei der äußeren Rechten und Linken herumgeistert, wäre ein untauglicher Rückfall in die Gedankenwelt der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.“<sup>36</sup>)

4. Die Deutschland- und damit auch Berlin-Politik der westlichen Staaten muß stärker als bisher

<sup>34</sup>) Siehe hierzu: Wolfgang Schäuble, Die deutsche Frage im europäischen und weltpolitischen Rahmen, in: Europa-Archiv, (1986)12, S. 341 ff.

<sup>35</sup>) Günter Gaus, Wo Deutschland liegt — Eine Ortsbestimmung, München 1986, S. 174 f.

<sup>36</sup>) Heinrich Windelen, Die europäische Verantwortung der Deutschlandpolitik, in: Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Die Teilung Deutschlands und Europas, Bonn 1984, S. 19.

die gemeinsamen geistigen Grundlagen, die Fundamente einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung betonen. Diese Prinzipien westlich-freiheitlicher Politik kommen beispielsweise frühzeitig im Deutschlandvertrag zum Ausdruck, einem nach wie vor bedeutenden und zentralen Dokument, das den geistigen Horizont einer gemeinsamen solidarischen Politik westlich-freiheitlicher Staaten aufzeigt. Gleichwohl ist es bezeichnend, daß der Tag der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages lediglich zu einem Expertendatum verkümmert ist, das inzwischen nur noch ein kleiner Kreis von Deutschland-Experten kennt.

5. Ein Festschreiben allein des Status quo kann nicht bereits Ziel konkreter Deutschland-Politik sein, wenngleich Rechtspositionen keineswegs gering geschätzt werden sollen. Aber: „Recht trägt in der Regel wenig zur Veränderung eines Zustandes bei“<sup>37</sup>). Mit Deklamationen von Rechtsstandpunkten ist es in der Deutschland-Politik nicht getan. Dies gilt auch für die Berlin-Politik. Das bloße Beharren auf dem Berlin-Status und die Erinnerung an das Zustandekommen ihrer Elemente bewirken noch keine dynamische Weiterentwicklung des freien Berlin.

Dies wird auch deutlich, wenn man sich die Politik der DDR im Hinblick auf Berlin (Ost) vergegenwärtigt. Seit langem versucht die DDR, dem Ostteil der Stadt als „Hauptstadt der DDR“ zu weltweiter Anerkennung zu verhelfen. Die bevorstehende 750-Jahr-Feier wird zusätzlich Gelegenheit geben, diesem besonderen Prestigebedürfnis der DDR Rechnung zu tragen. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, wird der Erfolg dieser DDR-Politik begrenzt bleiben. Dennoch sollte bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß sich langfristig eine Schwierigkeit abzeichnet, die bisher — jedenfalls bei nüchterner Betrachtung — zwar geringfügig ist, in der Zukunft aber Bedeutung erlangen könnte. Sie liegt in dem Gegensatz zwischen unserer auf die Bewahrung des Status gerichteten Berlin-Politik einerseits und der trotz aller Mängel des sozialistischen Systems mit einer gewissen dynamischen Tendenz versehenen östlichen Politik andererseits.

Zur Verdeutlichung sei ein — überzeichnetes — Szenario gemalt: Die Berlin-Politik der DDR könnte sich über den bisherigen Ansatz hinaus noch stärker in die Richtung entwickeln, daß die DDR die „besseren deutschen Traditionen“ verkörpere und in Berlin (Ost) die Tradition der preußisch-deutschen Hauptstadt legitim fort-

<sup>37</sup>) Eberhard Diepgen (Anm. 25), S. 7.

führe<sup>38)</sup> — ein Eindruck, um den sich die DDR schon seit Jahrzehnten auch städtebaulich bemüht. Man braucht nur einige Aspekte von Gorbatschows Reformbemühungen auf die DDR zu übertragen und einige Verkrustungen des „realen Sozialismus“ in der DDR gedanklich wegfällen zu lassen, und wir hätten damit ein Staatswesen vor uns, daß sicherlich etwas mehr „Attraktion“ aufweist als das gegenwärtige: ein Staat und eine Gesellschaft, deren sozialistische Ausrichtung eher an preußische Staatsautorität und an preußisches Staatsdienertum als an Stalins Bolschewismus erinnert; ein Staat, der zwar keine freien Diskussionen erlaubt, jedoch über Varianten des Sozialismus nachdenken läßt und politisch ungefährliche Gruppierungen — wie den Kirchen oder gesellschaftlichen Außenseitern — etwas mehr Artikulationsmöglichkeiten gibt als bisher; ein Staat, der seinen Bürgern immerhin soviel Reismöglichkeiten läßt, wie dies in Polen und Ungarn bereits seit längerem möglich ist; ein Staat, der sich von der „Verwestlichung“ und „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik Deutschland durch betontes Anknüpfen an preußisch-deutsche Ordnungselemente für manchen Deutschen wohlthuend abhebt; ein Staat, der der totalen Westintegration der Bundesrepublik Deutschland die Pflege traditioneller geistiger deutscher Eigenständigkeit zwischen West und Ost entgegenstellt; ein Staat schließlich, der vielleicht auch wirtschaftlich ideologische Fesseln stärker ablegt und so das Gefälle an Wohlstand zwischen den beiden deutschen Staaten doch für eine große Zahl der Bürger verringert.

Auf der anderen Seite ein Berlin (West), in dem 1945 politisch die Uhr stehen geblieben wäre, in dem die Kriegsbündigten das Sagen behalten hätten; eine Stadt zudem, die von ihren Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland weniger Vorteile als vielmehr die Nachteile zermürender Diskussion mit der östlichen Seite habe und vielfältige Behinderung im internationalen Bereich hätte; eine Stadt schließlich, die auf alle Hauptstadtambitionen verzichten müßte und statt dessen davon leben würde, einerseits ein Ausflugsziel für westdeutsche Berlin-Touristen zu sein, andererseits Einkaufs- und Vergnügungsviertel für Diplomaten und politische Besucher, die es nach Berlin (Ost) gezogen hat.

<sup>38)</sup> Siehe hierzu: Peter Jochen Winters (Anm. 26); Rudolf von Thadden, *Mit Blick auf Erbe und Tradition — Die DDR besinnt sich auf ihre gesamtdeutsche Geschichte*, in: *DAS PARLAMENT* vom 17/24. Juni 1986, S. 4; ferner: Johannes Kuppe, *Kontinuität und Wandel in der Geschichtsschreibung der DDR — Das Beispiel Preußen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20-21/86.

Dieses Szenario ist bewußt übertrieben, es soll jedoch auf eine Problematik hinweisen, die gerade im Zusammenhang mit den für 1987 anstehenden 750-Jahr-Feiern nicht verkannt werden sollte. In Berlin (West) wird alles daran gesetzt werden, dieses Szenario nicht Wirklichkeit werden zu lassen, vor allem durch die wissenschaftliche und kulturelle Ausstrahlung dieser Metropole, die von der EG für das Jahr 1988 zur „Europäischen Stadt der Kultur“ erklärt wurde. Auch insgesamt verhindert die Bedeutung Berlins für die Entwicklung der Deutschlandpolitik ein solches Szenario, doch zeigt es, welche Bedeutung Berlin (West) in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West besitzt.

6. Zu einer offensiven und gleichzeitig realistischen Deutschland- und Berlin-Politik gehört auch die Einsicht, daß Machtfragen in Europa auf absehbare Zeit entschieden sind, auch wenn die Frage nach der Zeitdauer nicht beantwortet werden kann. Daher ist es eine wesentliche Aufgabe der Deutschland- und Berlin-Politik, sich auf die Lösung solcher Fragen zu konzentrieren, die nicht unmittelbar macht-, ideologie- oder sicherheitsbezogen sind<sup>39)</sup>. Ein solches pragmatisches Vorgehen ist nicht opportunistisch oder gar ein freiwilliger Verzicht auf politische Einheit, denn Ziel einer pragmatischen Deutschland- und Berlin-Politik muß es auch sein, daß Deutsche in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland zusammenkommen und die Bindungen bestehen bleiben. Denn gerade wenn „Nation“ definiert wird als ein „sich täglich wiederholendes Plebiszit“ (Renan), ist der Zugehörigkeitswille zur Nation entscheidend<sup>40)</sup>. Nur mit Hilfe einer Politik, die den Zugehörigkeitswillen auch praktisch werden läßt, kann ein solches Plebiszit überhaupt hergestellt werden. Deshalb muß es Ziel einer pragmatischen und zugleich wertgebundenen Deutschlandpolitik sein, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in beiden Staaten zu fördern.

7. Gerade in Berlin-Fragen ist die DDR sehr viel stärker als in anderen Bereichen der Deutschlandpolitik von der Sowjetunion abhängig. Deshalb kann es auch nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein, eine solche Deutschland- und Ostpolitik zu betreiben, die die Bündnisloyalität der DDR gegenüber der Sowjetunion grundsätzlich in Frage stellt, weil diese zu einer flexiblen Position gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nur dann in der Lage ist, wenn ihr Spielraum nicht durch die Sowjetunion eingegrenzt wird. Deshalb erklärte Bundeskanzler Kohl in der letzten Debatte zur Lage der Nation

<sup>39)</sup> Siehe Eberhard Diepgen (Anm. 25).

<sup>40)</sup> Gerd Langguth, *Nation und Demokratie*, in: ders. (Hrsg.), *Offensive Demokratie — Versuch einer rationalen Orientierung*, Stuttgart 1972, S. 128 ff.

zu Recht: „Es wäre eine falsche Auffassung, daß uns schadet, was der DDR Nutzen bringt, oder daß uns nutzt, was der DDR schadet.“<sup>41)</sup>

Ziel der Deutschland-Politik der Bundesrepublik Deutschland muß es also sein, jene Felder der innerdeutschen Politik zu vergrößern, auf denen eine Verflechtung gemeinsamer Interessen möglich ist. Dabei kann man nicht die Augen davor verschließen, daß die DDR aus anderen Gründen als die Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Zusammenarbeit anstrebt. Die DDR will in erster Linie ihre internationale Reputation erhöhen, sich innerhalb der eigenen Bevölkerung ‚stabilisieren‘, wozu auch westliche Devisen nötig sind; der Bundesrepublik Deutschland geht es in erster Linie um eine Stärkung des menschlichen Miteinanders im geteilten Deutschland, wie an verschiedenen Beispielen gezeigt worden ist<sup>42)</sup>.

---

<sup>41)</sup> Drucksache Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 123. Sitzung, 27. Februar 1985, Plenarprotokoll 10/122, S. 9014.

<sup>42)</sup> Vergleiche im übrigen die umfassende Aufzählung im Grundlagenvertrag, Artikel 7.

In der Deutschland- und Berlin-Politik kann es nicht nur darum gehen, machtpolitische und rechtspolitische — damit häufig statische — Fragen in den Vordergrund zu stellen, sondern die Diskussion muß durch dynamische Elemente ergänzt werden.

Auf dem Hintergrund einer gemeinsamen Geschichte und Kultur kann durch den Ausbau der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen das Bewußtsein von der „Einheit der Nation“ gestärkt werden, wobei die geistige Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus ein zentrales Element der Systemkonkurrenz auf deutschem Boden bleibt.

Die Sicherung der Freiheit war Ausgangspunkt und zentrales Ziel westlicher Berlin- und Deutschland-Politik. In einem Spannungsfeld zwischen Konflikt und Kooperation entwickelt sich Deutschland- und Berlin-Politik mit dem Ziel, politische Spannungen abzubauen, das Miteinander der Menschen zu erleichtern und langfristig die Einheit der Nation zu bewahren.

## **Werner Müller: Die DDR und der Bau der Berliner Mauer im August 1961**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33—34/86, S. 3—18

Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 zementierte endgültig die in den ersten Nachkriegsjahren entstandenen „Einflußsphären“ der beiden Weltmächte in Mitteleuropa. Die zuvor von der Sowjetunion und der DDR forcierte Berlin-Krise war der bedeutsamste Versuch, diesen Zustand knapp unterhalb der Schwelle militärischer Aktionen zu verändern.

Die Abriegelung Ost-Berlins war für die DDR zweifellos nur ein Minimalziel. Für drei Bereiche ihrer Politik bedeutete der Mauerbau eine Weichenstellung:

— Erstens machte er den Weg frei (durch die Verhinderung der weiteren Massenflucht von DDR-Bürgern) zur allmählichen wirtschaftlichen Konsolidierung. Nach der „sozialistischen Umwälzung“ und nach Strukturreformen seit 1963 führte das zu einer Art „Wirtschaftswunder DDR“.

— Zweitens bedeutete der Mauerbau keinen eindeutigen Erfolg für die Verbreiterung der Legitimationsbasis der SED-Parteiherrschaft. Nach dem August 1961 war der Zwang zum Arrangement mit Partei und Staat unausweichlich; ob das auf Dauer zur Ausbildung eines „DDR-Staatsbewußtseins“ führen kann, bleibt zweifelhaft.

— Nach außen, vor allem in die Bundesrepublik hinein, wirkte drittens der Mauerbau für die DDR eindeutig negativ. Nach diesem Datum sind kaum noch Chancen sichtbar für eine kommunistische Massenbewegung ohne staatliche Unterstützung.

## **Hans Georg Lehmann: Mit der Mauer leben? Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33—34/86, S. 19—34

In 25 Jahren hat sich die Einstellung der Bürger der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der West-Berliner, zur Berliner Mauer notgedrungen gewandelt: Trotz der seit langem schwelenden Berlin-Krise lösten die Abriegelungsmaßnahmen damals einen Schock aus: zunächst Schrecken, Angst, Verwirrung und Erregung, danach Empörung, Wut und Haß. Die Parole hieß: „Die Mauer muß weg!“, denn sie schien unerträglich zu sein. Da jedoch die Westalliierten, vor allem die Amerikaner, eine abwartende Haltung einnahmen, erkannten die Deutschen, insbesondere die West-Berliner, bald ihre Ohnmacht, die Mauer zu beseitigen. So blieb nichts anderes übrig, als sich mit dem „Schandmal“ abzufinden: mit der Mauer zu leben. Langfristig bedeutete das die Hinnahme der Tatsache, daß sich auf deutschem Boden zwei Staaten entwickelt hatten und sich die staatliche Existenz der DDR nicht mehr leugnen ließ. Damit begann auch der Abschied von gesamtdeutschen Illusionen.

In den siebziger Jahren entkrampfte sich die Lage allmählich in West-Berlin, dessen Existenz das Vier-Mächte-Abkommen (1971) gewährleistete. Viele Berliner haben sich seitdem an die Mauer gewöhnt, die für Touristen eine Attraktion ist, wenn auch eine nach wie vor unheimliche, weil unmenschliche. Nicht die Zeiten und Tatsachen haben sich geändert, sondern die Wahrnehmungen der Menschen.

## **Gerd Langguth: Innerdeutsche und internationale Aspekte der Berlin-Politik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33—34/86, S. 35—46

Fast jede deutschlandpolitische Frage und nahezu jeder innerdeutsche Sachverhalt besitzt einen unmittelbaren Bezug zur politischen Lage Berlins. Aber auch jede Ostpolitik wird durch die Berlin-Frage bestimmt, wie faktisch alle Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR, der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Paktes aufzeigen. Denn während die östliche Seite bestrebt ist, Berlin als „selbständige politische Einheit“ erscheinen zu lassen, ist die Bundesregierung darum bemüht, Berlin als möglichst integralen Bestandteil des Bundes darzustellen. Die Einbeziehung Berlins auch in die Verträge mit dem Ostblock ist daher wichtiges Ziel aller politischen Verhandlungen. Trotz alliierter Vorbehalte, die sich nach westlicher Auffassung allerdings auf ganz Berlin beziehen, ist eine weitestgehende Rechtseinheit Berlins mit dem übrigen Bundesgebiet die Folge dieser Integration.

Der Autor beschreibt zunächst die Status- und Rechtsfragen Berlins, die die Rahmenbedingungen jeder aktiven Berlin- und Deutschlandpolitik darstellen (mit besonderem Hinweis auf die Londoner Protokolle des Jahres 1944 und das Vier-Mächte-Abkommen des Jahres 1971), und weist zudem immer wieder auf die Pariser Deutschlandverträge von 1954 hin, die die westlichen Alliierten verpflichten, in enger Konsultation mit der Bundesrepublik Deutschland ihre Gesamtverantwortung für Deutschland als Ganzes wahrzunehmen.

Einerseits wirkt die Berlin-Frage gelegentlich als „Bremse“ für innerdeutsche Vereinbarungen (Beispiel: Kulturabkommen, das wegen der Berlin-Frage erst 13 Jahre nach Verhandlungsbeginn im Mai 1986 unterzeichnet wurde), andererseits wirkt Berlin auch als ein starker Motor für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, weil viele Verhandlungen mit der DDR (Beispiel: Transitverkehr, Umweltschutz, Wissenschaftsabkommen) einen deutlichen Berlin-Bezug haben und somit die beiden deutschen Staaten an den Konferenztisch bringen.

Im Zusammenhang mit der für das Jahr 1987 anstehenden 750-Jahr-Feier bemüht sich die DDR, den Ostteil der Stadt immer mehr auch gegenüber der Weltöffentlichkeit als „Hauptstadt der DDR“ zu profilieren, wobei die östliche Seite gleichzeitig versucht, den Westteil der Stadt als unter Besatzungsrecht stehend darzustellen. Hingegen ist nach westlicher Rechtsauffassung Berlin-Ost kein integraler Bestandteil des Staatsgebietes der DDR.

Berlin ist ein Gradmesser auch für das Ost-West-Verhältnis. Gerade die Existenz Berlins bewirkt, daß die offene deutsche Frage kein rein deutsches Thema ist — eben wegen der Vielzahl internationaler Verflechtungen dieser Thematik. Berlin zwingt auch zur Vermeidung von Krisen zum Dialog und zur Kooperation der Weltmächte.